illoyal

Nr. 17 Herbst 2001 Journal für Antimilitarismus · 4 DM

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Anschlag
Vergeltung
Krieg

Wehrpflicht und Bündnisfall
Tabakrauch und Rasterfahndung

Stichwort Berufsarmee:
Rekrutierungsprobleme – Propagandafallen –
Schulen der Nation

Inhalt

3 Worte zum Quartal

Nato-Herbst

5 Wenn Demokratien Krieg machen *(Gerhard Piper)*
7 Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung im Krieg *(Ralf Siemens)*
10 Von der Schädlichkeit des Tabakrauchens *(Anke Engelmann)*

Stichwort Berufsarmee

11 Propagandafalle: Wehrpflichtarmee Bundeswehr *(Ralf Siemens)*
15 Eine Schule der Nation – Die Reichswehr als Berufsarmee 1919-1933 *(Martin Schuster)*
18 Armee bleibt Armee. Das französische Militär hat die Wehrpflicht abgeschafft *(Georges Broussaille)*
20 Kriegsdienst nach Losentscheid. Die dänische Armee in der Wehrpflichtfalle *(Lars Petersson)*
22 »Auch ein Sandsack symbolisiert einen lebendigen Menschen«.
Wie das Militär aus Jungen und Mädchen Soldaten macht
26 Wehrpflicht und Berufsarmee im Überblick (Nato-Staaten und Nato-Beitrittskandidaten)

Berichte

27 Alte Wehrungerechtigkeit im neuen Wehrrecht *(Ralf Siemens)*
28 Vorwurf: »Öffentliche Aufforderung zu Straftaten« *(Ulrike Gramann)*
30 Mahnmal für Gewaltfreiheit in Hamburg-Blankenese
31 Zu viele Knarren *(Erika Mezger)*
32 Gelöbnix5. Ein Aktionsbericht der »Scharping-Töchter« *(Susanne Braun, Rebekka Streck)*
34 Türkische und kurdische Verweigerer treffen sich in Münster *(Rudi Friedrich)*

Totale Kriegsdienstverweigerung

36 Große Angst vor schwarzen Schafen: Bundeswehr beugt Recht
36 Brief aus dem Arrest *(Kai Steyer)*

Innenansichten

38 Verdun – Ramstein, 31. August - 2. September 2001 *(Bike for Peace)*
40 »Wir bleiben wachsam«. Antimilitaristische Arbeit in Südfrankreich *(COT)*
41 »Wir kriegen sie alle« – irgendwann *(Kampagne Potsdam)*

Service

42 Jeder hat ein Recht auf Akteneinsicht *(Michael Behrendt)*
43 Kontakt und Termine

Impressum

Herausgeber: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin · Tel. 0 30 / 44 01 30-28 · Fax 0 30 / 44 01 30-29
E-Mail: illoyal@kampagne.de · Internet: www.illoyal.de

Redaktion: Ulrike Gramann (V.i.S.d.P.), Sabine Schaaf, Ralf Siemens
Mitarbeit: Christiane Klinger, Ulla Menzel, Undine Schneider

Die veröffentlichten Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Wir freuen uns über eingesandte Beiträge, übernehmen jedoch keine Haftung und behalten uns den Abdruck vor.
Nachdruck einzelner Beiträge, auch auszugsweise, wird gern gesehen, und zwar in Absprache mit der Redaktion und unter Nennung der Quelle sowie Zusendung von Belegexemplaren.

Gestaltung: Marc Berger · Grafik auf S. 28: Wilfried Porwol (Bezug der Originalgrafik ist möglich, Kontakt über die Redaktion.)
Druck: agit
Bezug: *illoyal* erscheint einmal im Quartal. Für Mitglieder des Vereins Mit uns gegen die Wehrpflicht ist der Preis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis: DM 4,00 zuzüglich Porto. Jahresabonnement: DM 20,00 inklusive Versand.
Preis ab Januar 2002: 2,50 Euro zuzüglich Porto.
Jahresabo ab Januar 2002:12,50 Euro inkl. Versand

ISSN: 1434-2871

Worte zum Quartal

Liebe Leserinnen und Leser,

der Beginn eines neuen Zeitalters wurde uns angekündigt. Im Schrecken, den die Anschläge des 11. Septembers verbreitet haben, und im Mitgefühl für die Opfer und ihre Hinterbliebenen dämmert uns, daß das »neue Zeitalter« dem alten gleichen wird: geprägt von struktureller, politischer, militärischer, ökonomischer Gewalt.

Während wir an der Schlußredaktion dieses Heftes arbeiten, sehen wir uns Meldungen gegenüber, auf die wir inhaltlich eingehen möchten: der mögliche Nato-Bündnisfall und der Vorratsbeschluß des Deutschen Bundestags, gegebenenfalls auch militärische Mittel »zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus« einzusetzen. Sicher ist schon heute: Militärische Vergeltungsschläge werden ohne völkerrechtliche Grundlage stattfinden, sie sind sicherheitspolitisch unsinnig und politisch destabilisierend und nehmen den Tod vieler Unbeteiligter bewußt in Kauf. Wer immer die Anschläge verübt hat, hat auch das einkalkuliert, denn die Androhung der US-Regierung, auf Terrorismus mit militärischen Mitteln zu reagieren, ist ebenfalls nichts Neues.

Wir können begreifen, daß Überlebende und Angehörige von Opfern der Anschläge von Gefühlen der Rache bewegt sind. Gefühle solcher Art dürfen jedoch nicht die Basis für politisches oder militärisches Handeln einer Regierung sein. Afghanistan als Ziel von Vergeltungsschlägen ist ein Land, in dem es keine reguläre Regierung gibt. Nach mehr als 20 Jahren Krieg ist Afghanistan vermint und zerstört. Die afghanische Zivilbevölkerung, insbesondere die Frauen, leidet unter den Menschenrechtsverletzungen der herrschenden Milizen und ist darüber hinaus von humanitärer Hilfe aus dem Ausland abhängig. Die Vergeltungsdrohung wendet sich schon jetzt, da das Land noch nicht beschossen wurde, gegen die afghanische Zivilbevölkerung, denn die humanitäre Hilfe, die derzeit in die im Winter unzugänglichen Gebiete des Landes gebracht werden müßte, bleibt nunmehr völlig aus. Die Nachbarstaaten haben ihre Grenzen für afghanische Flüchtlinge geschlossen. Selbst wenn ein Nachbarland Flüchtlinge aufnehmen sollte, die Bedingungen werden elendig sein. Bis in die Festung Europa kommen nur die allerwenigsten, und in der BRD gelten sie nicht als Opfer staatlicher politischer Verfolgung, weil die Taliban keine rechtmäßige Regierung sind. Kann es den wirtschaftlich mächtigen Staaten der Welt, könnte es selbst den Hinterbliebenen der Opfer irgendeine Genugtuung verschaffen, wenn in diesem Jahr noch mehr afghanische ZivilistInnen sterben als in den Jahren zuvor?

Die Androhung, an allen Staaten Vergeltung zu üben, die Terroristen »Unterschlupf gewährt« haben, führt logisch dahin, daß die Nato-Staaten zunächst einmal ihr eigenes Territorium bombardieren müßten, jedenfalls wenn es stimmt, daß ein Teil der Attentäter in Hamburg und anderen europäischen Städten gelebt hat. Ein ausgesprochen heuchlerischer Diskurs knüpft sich hieran: »Wie konnte es geschehen, daß solche Menschen unter uns gelebt haben?« Sehr einfach. Sie haben unter uns gelebt genau wie Neofaschisten, wie Wirtschaftskriminelle, wie Vergewaltiger, wie Verantwortliche der NS-Verbrechen – als Teil einer Kultur der Gewalt, die uns umgibt. Wer die Frage beantworten will, wie es möglich ist, daß Menschen sich derart radikalisieren und daß derart Radikalisierte sich in einer Gruppe zusammenschließen und über Jahre hinweg Verbrechen planen, mit denen sie buchstäblich über Leichen gehen, muß diese Gewaltstruktur und Gewaltkultur offenlegen und gegen ihre Ursachen vorgehen. Auch die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten der Welt sind Gewalt. Darauf hinzuweisen, heißt nicht, die Anschläge zu rechtfertigen, sondern nach ihren Ursachen zu suchen. Dies und eine daraus abgeleitete Politik kann zukünftige Anschläge verhindern helfen.

Wem nützt die Destabilisierung von ganzen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens? Hilft sie, irgendeine Person auf der Welt vor terroristischen Anschlägen von Extremisten – egal welcher Herkunft – zu schützen? Wem nützt es, wenn jetzt unter dem Vorzeichen der »inneren Sicherheit« rassistische und obrigkeitsstaatliche Gesetze beschlossen werden, deren Pläne schon lange im Innenministerium bereit lagen? Abgesehen von ihrem undemokratischen Gehalt – aber wer könnte davon absehen! – sind sie nicht einmal ein effektiver Schutz vor Anschlägen: Denn wer ein Selbstmordattentat plant, braucht sich um seine Fingerabdrücke keine Sorgen mehr zu machen. Und wer einen Anschlag ausführen möchte, wird den Teufel tun und in der Öffentlichkeit Bekenntnisse zu verbotenen Organisationen ablegen. Rassistische Vorurteile werden weiter angeheizt. Zur Ideologie des »vollen Bootes« kommt die (nicht immer nur stillschweigende) Unterstellung, ausländische BürgerInnen und Menschen mit einer anderen als der christlichen Religion wären allesamt potentielle Fundamentalisten, und diese wiederum würden grundsätzlich Terroranschlägen zustimmen. Und wem nützt es, wenn jetzt die Freiheit der Medien beschränkt wird, wenn Nachrichtensperren verhängt und wenn in das Post- und Fernmeldege-

heimnis noch weiter eingegriffen wird als bisher schon? Nicht zuletzt haben die Anschläge gezeigt, daß die Logik der Hochrüstung keinen wirksamen Schutz vor terroristischen Anschlägen bietet, wie sie die militärisch stärkste Macht der Welt, die USA, soeben erlebt hat.

Die Anschläge verdrängen in der Öffentlichkeit alle anderen Themen. Wer fragt jetzt noch nach dem Sinn und Nutzen des Mazedonien-Einsatzes? Eine Nachfolgemission, möglicherweise unter Führung der Bundeswehr, wird keinen Sturm der Entrüstung mehr hervorrufen, da es vermeintlich Dringlicheres gibt. Die UN-Kinderkonferenz wurde verschoben. Nun wird auf UN-Ebene vorerst weder über das Thema Kindersoldaten noch über den Bildungsnotstand noch über Kinderarbeit oder die sexuelle Ausbeutung von Kindern gesprochen werden. Die US-Regierung und nicht wenige andere Regierungen – egal auf welcher Seite sie in den aktuellen oder bereits lange schwelenden Konflikten stehen – werden damit hochzufrieden sein.

Das »neue Zeitalter«, das wir meinen, würde den Verzicht auf weitere Hochrüstung bedeuten. Statt wirtschaftlicher Ausplünderung hieße das Einsatz für soziale Gerechtigkeit; statt militärischer Einmischung hieße das, Projekte der gewaltfreien Konfliktbearbeitung voranzubringen. Es hieße, den gleichberechtigten kulturellen Austausch zu pflegen statt einer Politik der Dominanz.

◆◆◆

Aufgrund der aktuellen politischen Ereignisse haben wir einige zusätzliche Beiträge ins Heft genommen: Gerhard Piper kommentiert für uns die Entscheidung der Nato, den Artikel V des Nato-Vertrages in Kraft zu setzen. Ralf Siemens hat für Wehrpflichtige, Soldaten und Reservisten zusammengestellt, was Bündnis-, Spannungs- und Verteidigungsfall für sie bedeuten können. Anke Engelmann kommentiert die Kriegssteuer-Gesetze.
Unser Themenschwerpunkt »Stichwort Berufsarmee« ist – ohne daß wir das voraussehen konnten – gleichermaßen brisant im Hinblick auf die steigende Kriegsgefahr. Denn Kriege, wie sie die USA und die Nato-Staaten jetzt planen, erfordern das perfekt ausgerüstete und professionalisierte Militär, zu dem nach den Armeen anderer Nato-Staaten jetzt auch die Bundeswehr umgerüstet wird.
Leider konnte wegen der Ereignisse der geplante Mazedonien-Artikel nicht mehr rechtzeitig fertig werden. Wir werden dies im nächsten Heft nachholen.

Außerdem in diesem Heft: Zwei Berlinerinnen stören ein nicht öffentliches Gelöbnis. Staatsanwaltschaften müssen klein beigeben. Türkische und kurdische Kriegsdienstverweigerer schließen sich zusammen. RadlerInnen demonstrieren für den Frieden. Läppisch angesichts der Weltlage? Nicht, wenn aus den vereinzelten Initiativen wieder eine Bewegung wird. Herbeireden können wir sie nicht, aber immerhin gibt es derzeit Antikriegsdemonstrationen in den westeuropäischen Ländern und in den USA. Angesichts der innen- und außenpolitischen Lage rufen wir Sie und Euch zu wacher Beteiligung an friedenspolitischer Tätigkeit und zu lauten Protesten gegen das Rache- und Kriegsgeschrei auf. Auch nach dem 11. September 2001 setzen wir unsere Kritik der militärgestützten Politik fort.

Redaktion *illoyal*

Nato Herbst

Wenn Demokratien Krieg machen

Ein (gescheiterter) Anschlag auf den US-Präsidenten, das Pentagon in Flammen, der Wolkenkratzer World Trade Center in New York wird von Flugzeugen gerammt und stürzt in sich zusammen.
Dies ist ein realistisches Szenario für den Beginn des Dritten Weltkrieges. Von dem feinen Unterschied zwischen »realistisch« und »real« hängt nun der Weltfrieden ab. Die Terroranschläge arabischer Terroristen am 11. September sind die ersten nenwenige Wochen zuvor mit einer Drohung selbst belastet: »Es ist an der Zeit, Amerika und Israel anzugreifen, wo es ihnen am meisten weh tut.« Nach den Terroranschlägen sprach der US-Präsident von Krieg und einem langandauernden Feldzug gegen den internationalen Terrorismus.

Gemäß der »CinC«-Klausel der amerikanischen Verfassung verfügt der Präsident als militärischer

Foto: Lothar Eberhardt

nenswerten Attacken auf das amerikanische »Homeland« seit Gründung der USA vor über 200 Jahren. An einem einzigen Tag starben in Washington und New York genauso viele Amerikaner, wie während des Vietnamkrieges in einem ganzen Jahr.

Vom ersten Tag an war klar, daß der amerikanische Gegenschlag nur eine Frage der Zeit und des Ortes ist. Terroristen hatten das schöne Pentagon kaputt gemacht und über tausend Generäle und Admiräle wollten noch mehr Blut sehen, da hatte selbst der Präsident als »Commander in Chief« (CinC) keine andere Wahl. Hauptziele waren Osama bin Laden, seine Organisation Al-Qaida und die befreundeten Taliban in Afghanistan. Zwar bezweifelten viele die Urheberschaft von bin Laden, doch dieser hatte sich

Oberbefehlshaber nur über eine »sudden repulse power«, um im Fall eines Raketenangriffs innerhalb einer halben Stunde den Befehl zum atomaren Gegenschlag zu erteilen. Bei einem Konflikt in der sogenannten Dritten Welt kann er zwar militärisch intervenieren, muß sich dann aber vom Kongreß im Nachhinein eine Genehmigung einholen oder die Einheiten zurückziehen. Letztendlich hat nur der Kongreß das Recht, über die Verhängung des Kriegszustandes zu entscheiden. Als sich US-Präsident Bush beim Parlament die Genehmigung für einen Kampfeinsatz abholte, stimmte eine einzige Abgeordnete, Barbara Lee, gegen den Kriegskurs.

Über die Bundesrepublik Deutschland wurde am 13. September der »Verteidigungsfall« verhängt. Die

Erklärung kam aber nicht vom Bundestag, sondern vom deutschen Zeitungs- und Verlagswesen. Auf zahllosen Gazetten prangten kriegerische Schlagzeilen. Am Ende erwies sich die Kriegserklärung als »Ente«. Es überraschte nicht, daß die Journalisten die NATO-Oberen falsch verstanden hatten. Man hatte vielmehr den Eindruck, daß sie bei der Militärallianz zeitweise selbst nicht so genau wußten, ob noch Frieden oder schon Krieg sei. Dabei hätte man doch erwarten dürfen, daß in einer Militärallianz diese Frage eindeutig geklärt ist, schließlich ist der Unterschied ziemlich groß.

Artikel 5 des Washingtoner Vertrages von 1949 besagt: »*Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.*«

Die Hijacker hatten die Flugzeuge mit Messern in ihre Gewalt gebracht, aber eine Attacke mit einem Brotmesser wird nirgendwo in der Militärliteratur als ein »bewaffneter Angriff« angesehen, der die Sicherheit einer ganzen NATO gefährdet. Auch beinhaltet der Kriegsbegriff in der Völkerrechtspraxis ein höheres Maß an Gewaltanwendung. Dies hatte der Internationale Gerichtshof entschieden, als die Nicaraguanische Regierung die US-Administration wegen der Sabotageakte der CIA verurteilt wissen wollte. Bei den aktuellen Terroranschlägen kam der Angriff nicht von außen, schließlich waren die Flugzeuge in den USA gestartet und stürzten innerhalb des Landes ab. Der Absturz der Maschinen markiert zugleich das Ende der Bedrohung. Weitere Attacken gab es nicht, zumal sich der »Feind« gleich selbst vernichtete. Folglich brauchte auch die Sicherheit des NATO-Gebietes nicht erst wiederhergestellt werden. Im Gegenteil, erst ein militärischer Angriff auf die Taliban-Stellungen in Afghanistan beschwört die Gefahr weiterer terroristischer Anschläge mit konventionellen oder Massenvernichtungswaffen herauf. Außerdem billigt die UN-Charta nur die Selbstverteidigung, nicht aber politisch motivierte Vergeltungsschläge. Schließlich ist fraglich, ob die Terroranschläge in Washington und New York überhaupt vom Washingtoner Vertrag erfaßt werden. Diese Gründungsurkunde der NATO ist nämlich ein völkerrechtliches Abkommen, und völkerrechtliche Akteure können nur Nationalstaaten sein, nicht aber eine substaatliche Terroristengruppe.

Für die Feststellung eines »Bündnisfalles« durch die Bundesregierung nach Artikel 80a GG gab es also keinerlei Anlaß. Selbst wenn man die Einwände nicht gelten lassen würde, ergäbe sich dennoch keinerlei vertragliche Verpflichtung zum Einsatz der Bundeswehr, was dann der »Verteidigungsfall« wäre und vom Bundestag beschlossen werden müßte. Im Nato-Vertrag gibt es nämlich keine »automatische militärische Beistandspflicht«, wie sie der Brüsseler Vertrag zwischen den Mitgliedsstaaten der Westeuropäischen Union (WEU) vorsieht. Es waren die USA selbst, die dies bei Gründung der NATO abgelehnt hatten. Der US-Kongreß hatte dazu 1948 die Vandenberg-Resolution verabschiedet, weil er jede Entscheidung über Krieg und Frieden in eigener Machtvollkommenheit treffen wollte, ohne jemandem verpflichtet zu sein. Diese Haltung der USA hat in den vergangenen fünfzig Jahren immer wieder Anlaß zur Spekulation gegeben, im Kriegsfall seien die Beistandsversicherungen der USA keinen Pfifferling wert. Weil für die Feststellung des Kriegszustandes wie in den USA so auch in der BRD der Parlamentsvorbehalt gilt, brachte die rhetorisch gemeinte Feststellung von Gerhard Schröder, die Terroranschläge in den USA seien eine »Kriegserklärung« an die zivilisierte Welt, dem Bundeskanzler eine Strafanzeige wegen Amtsanmaßung ein. Der »Spannungsfall« ergibt sich zwar aus dem Bündnisfall, bedeutet aber nicht zwingend, daß die Bundesregierung alle gesetzlichen Sonderregelungen aktiviert, die aufgrund dessen möglich sind. (1)

Selbst wenn ein Militäreinsatz nicht zustande käme, weil die Bundeswehr nicht über die technischen Langstreckenkapazitäten verfügt, stellt sich die Frage, ob angesichts der akuten Krisensituation der Bundestag den »Spannungsfall« verhängt. Schon 1967 ist mit den Notstandsgesetzen in das Grundgesetz eine zweite anti-demokratische Gesetzgebung hineingeschrieben worden, die die Verfassung konterkariert. Im Extremfall täte es auch §34 StGB über den »übergesetzlichen Notstand«. (2) Diesen Paragraphen mißbrauchte Bundeskanzler Helmut Schmidt während der Schleyer-Entführung im September 1977, um das Grundgesetz auszuhebeln: Der Militärische Abschirmdienst (MAD), dessen Zuständigkeit gesetzlich auf den Bereich der Bundeswehr beschränkt ist, wurde mit Hilfe dieses »übergesetzlichen Notstands« zur Terroristenbekämpfung im Innern eingesetzt, eine extensive Telefonüberwachung wurde durchgeführt und mit der Nachrichtensperre eine besondere Form der Pressezensur eingeführt.

Gerhard Piper

(1) Vgl. dazu den Beitrag von Ralf Siemens auf S. 7.
(2) § 34 StGB: Rechtfertigender Notstand: »Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein geeignetes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.«

Aus aktuellem Anlaß möchten wir darstellen, welche Auswirkungen sich für Wehrpflichtige aus dem Bündnisfall der NATO ergeben können. Die Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär hat seit dem Terroranschlag in den USA einige hundert Anfragen bekommen, welche Auswirkungen die derzeit nicht genau abzuschätzende Situation auf Wehrpflichtige hat. Unter diesen Anfragen sind auch Hilferufe von Soldaten aus bundesdeutschen Kasernen und von Reservisten der Bundeswehr, die den Kriegsdienst verweigern möchten. Gerade unter den Reservisten wollen viele mit ihrer nachträglichen Kriegsdienstverweigerung auch ein Zeichen gegen die bevorstehende Eskalation von Gewalt in der Weltpolitik setzen.

Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung im Krieg

Für einen Kriegsfall (»Bündnisfall« / »Spannungsfall« oder »Verteidigungsfall«) gelten besondere gesetzliche Bestimmungen, die automatisch oder erst aufgrund eines Beschlusses eines Verfassungsorgans in Kraft treten. Sie setzen in diesem Fall die ohnehin eingeschränkten Grundrechte von Wehrpflichtigen weiter außer Kraft.

Spannungsfall und Bündnisfall in der aktuellen Situation

Der Spannungsfall tritt gemäß Art. 80a Absatz 1 Grundgesetz dann ein, wenn der Bundestag dies mit einer Zweidrittelmehrheit der Anwesenden beschließt. Nach Art. 80a Absatz 3 tritt der Spannungsfall sogar bereits dann ein, wenn ein »internationales Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung« einen entsprechenden Beschluß faßt. Ein solches internationales Organ ist die Nato. Die USA hat die Terroranschläge als einen militärischen Angriff gewertet. Der Nato-Rat hat am 12.09.2001 beschlossen, den Bündnisfall festzustellen, wenn die Ermittlungen ergeben würden, daß diese Anschläge »von außerhalb der Vereinigten Staaten gesteuert« wurden. Der Bundestag hat am 19.09.2001 eine Entschließung verabschiedet, die diese Erklärung des Nato-Rates ausdrücklich begrüßt.

Das Eintreten des Bündnisfalles würde bedeuten, daß die USA auf die gesamte Nato-Infrastruktur zurückgreifen könnten. Die Bundeswehr dürfte sich an Kampfmaßnahmen allerdings erst dann beteiligen, wenn der Bundestag dies vorher beschlossen hätte. Da die terroristischen Anschläge in den USA als ein militärischer Angriff gewertet wurden, könnte dies bedeuten, daß im Falle von etwaigen terroristischen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Bundesrepublik Deutschland, ihrerseits Folge der US-/Nato-Vergeltungsschläge, der »Verteidigungsfall« nach Artikel 115a festgestellt werden könnte. Deutschland wäre dann im Kriegszustand.

Neben dem grundgesetzlich verankerten Spannungs- und Verteidigungsfall gibt es außerdem den »Bereitschaftsfall« mit weitreichenden Konsequenzen für Wehrpflichtige. Im folgenden geben wir einen Überblick über die wichtigsten Konsequenzen:

Grundsätzlich: Soldaten und Auslandseinsätze

Alle freiwillig dienenden Soldaten (Berufs-, Zeitsoldaten, Freiwillig Wehrdienst Leistende) können zu jedem Einsatz abkommandiert werden. Es bedarf keiner vorherigen Zustimmung des einzelnen Soldaten. Nach der Rechtsauffassung der derzeitigen Bundesregierung sind »auch Soldaten im Grundwehrdienst verpflichtet, im Rahmen der verfassungsmäßigen Aufgaben der Bundeswehr überall dort Dienst zu leisten, wo es erforderlich ist«, also auch im Ausland. Allerdings ist es Praxis, daß sie dort »ausschließlich aufgrund freiwilliger Meldung eingesetzt werden«. (Drucksache des Bundestages 14/3893, S. 14) In einer sicherheitspolitisch zugespitzten Situation kann von dieser Praxis abgewichen werden. Potentiell ist also auch jeder Grundwehrdienstleistende davon bedroht, im Ausland eingesetzt zu werden.

Grundsätzlich: Reservisten und Auslandseinsätze

Wehrpflichtige gehören nach ihrer Dienstzeit zur Reserve. Reservisten können jederzeit zu Wehrübungen einberufen werden. Eine Wehrübung darf höchstens 3 Monate dauern. Die Gesamtdauer von Wehrübungen für Mannschaftssoldaten beträgt 9, bei Unteroffizieren 15 und bei Offizieren maximal 18 Monate.

Reservisten dürfen bei Nichtvorliegen des Spannungs- oder Verteidigungsfalles nicht gegen ihren Willen zu einem Auslandseinsatz einberufen werden. Hat ein Reservist eine »Erklärung zur Teilnahme an besonderen Auslandsverwendungen« unterschrieben, kann er zu einer maximal siebenmonatigen Auslandswehrübung einberufen werden. Seine Erklärung kann er nur bis zur Einberufung zurückziehen. Nach einer Einberufung ist der Widerruf ausgeschlossen. Einberufbar ist ein Reservist mit Mannschaftsdienstgrad bis zum Ablauf des Jahres, in dem er das 45. Lebensjahr, mit Unteroffiziers- oder Offiziersdienstgrad bis zum Ablauf des Jahres, in dem er das 60. Lebensjahr vollendet.

Kontakt
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Tel. 0 30 / 4 40 13 00
E-Mail:
info@kampagne.de
www. kampagne.de

Die Ex-Reservistengruppe illoyal hat den Ratgeber »Nix wie raus...! – Kriegsdienstverweigerung für Soldaten und Reservisten« herausgegeben. Diese 64-seitige Broschüre wendet sich an Soldaten und Reservisten, die den Kriegsdienst an der Waffe verweigern wollen, und geht u.a. ausführlich auf das Ausschuß-Anerkennungsverfahren ein. Diese Broschüre enthält die notwendigen Basisinformationen. Weitere Hinweise hierzu auf Seite 43 unter »Bücher und Broschüren«.

Wehrpflicht im Bereitschaftsdienst und Bereitschaftsfall

Unabhängig von einer gesetzlichen Voraussetzung kann die Bundesregierung verfügen, daß Reservisten zu unbefristeten Wehrübungen, als Bereitschaftsdienst deklariert, einberufen werden können. Diese Einberufungen können durch die Kreiswehrersatzämter ohne Einhaltung einer Frist ausgesprochen werden (Musterungsverordnung § 2). Darüber hinaus kann die Bundesregierung – in eigenem Ermessen und ohne parlamentarische Zustimmung – den Bereitschaftsfall anordnen. Die Kreiswehrersatzämter können Zurückstellungen, die nach § 12 Absatz 2 und 4 des Wehrpflichtgesetzes vorgenommen wurden (Vorbereitung auf das geistliche Amt, Berufsausbildung, zweiter Bildungsweg etc.), widerrufen. Widersprüche gegen Musterungsbescheide verlieren ihre aufschiebende Wirkung, gesetzlich vorgeschriebene Anhörungen vor der Einberufung können unterbleiben. Wehrpflichtige, die sich im Ausland aufhalten, können zur unverzüglichen Rückkehr aufgefordert werden, und jeder Grenzübertritt ist genehmigungspflichtig. Der Bereitschaftsfall hat keine Auswirkungen auf anerkannte Kriegsdienstverweigerer.

Wehrpflicht und Spannungsfall

Nach Eintreten des Spannungsfalls kann eine »Sonderregelung für Verteidigungsangelegenheiten« im Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 95) in Kraft treten. Danach werden durch Vereinfachungen Verwaltungsvorgänge erheblich beschleunigt, da auf Anhörungen, schriftliche Bestätigungen und Begründungen verzichtet werden kann. Die Aufgabe der Kreiswehrersatzämter, der Truppe Personalersatz zuzuführen, wird dadurch erheblich vereinfacht. Unabkömmlichkeitsstellungen für Wehrpflichtige können auf Tätigkeiten beschränkt werden, die für den Weiterbetrieb kriegsnotwendiger Betriebe oder Aufgaben notwendig sind.

Spannungsfall/Verteidigungsfall

Nach Artikel 12a können sowohl im Spannungs- als auch im Verteidigungsfall Wehrpflichtige, die sich weder im Wehr- noch Zivildienstverhältnis befinden, für »Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden«. Allerdings ist hier zwischen dem Spannungsfall nach Artikel 80a

> *Art. 80a (Spannungsfall)*
>
> *(1) Ist in diesem Grundgesetz oder in einem Bundesgesetz über die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung bestimmt, daß Rechtsvorschriften nur nach Maßgabe dieses Artikels angewandt werden dürfen, so ist die Anwendung außer im Verteidigungsfalle nur zulässig, wenn der Bundestag den Eintritt des Spannungsfalles festgestellt oder wenn er der Anwendung besonders zugestimmt hat. Die Feststellung des Spannungsfalles und die besondere Zustimmung in den Fällen des Artikels 12a Abs. 5 Satz 1 und Abs. 6 Satz 2 bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.*
>
> *(2) Maßnahmen auf Grund von Rechtsvorschriften nach Absatz 1 sind aufzuheben, wenn der Bundestag es verlangt.*
>
> *(3) Abweichend von Absatz 1 ist die Anwendung solcher Rechtsvorschriften auch auf der Grundlage und nach Maßgabe eines Beschlusses zulässig, der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung gefaßt wird. Maßnahmen nach diesem Absatz sind aufzuheben, wenn der Bundestag es mit der Mehrheit seiner Mitglieder verlangt.*

Foto: Lothar Eberhardt

Absatz 1, der eine Entscheidung des Bundestages voraussetzt, und nach Artikel 80a Absatz 3 zu unterscheiden. Letzterer wird aufgrund einer Entscheidung durch ein internationales Gremium festgestellt. Das ist der Bündnisfall. Arbeitsverpflichtungen von Wehrpflichtigen sind nur dann möglich, wenn der Bundestag den Spannungsfall festgestellt hat.

Notstandsgesetze können bei Eintritt des Spannungsfalles oder im Verteidigungsfall in Kraft treten und hebeln in grundlegenden Bereichen die Grundrechte aller Bürger und Bürgerinnen aus. Aber auch unabhängig von der formellen Feststellung des Spannungsfalls kann der Bundestag nach Artikel 80a Absatz 1 die Anwendung der Notstandsgesetze beschließen, die ansonsten nur im Spannungsfall oder Verteidigungsfall zugelassen sind. Dies wird als »Teilnotfall« bezeichnet.

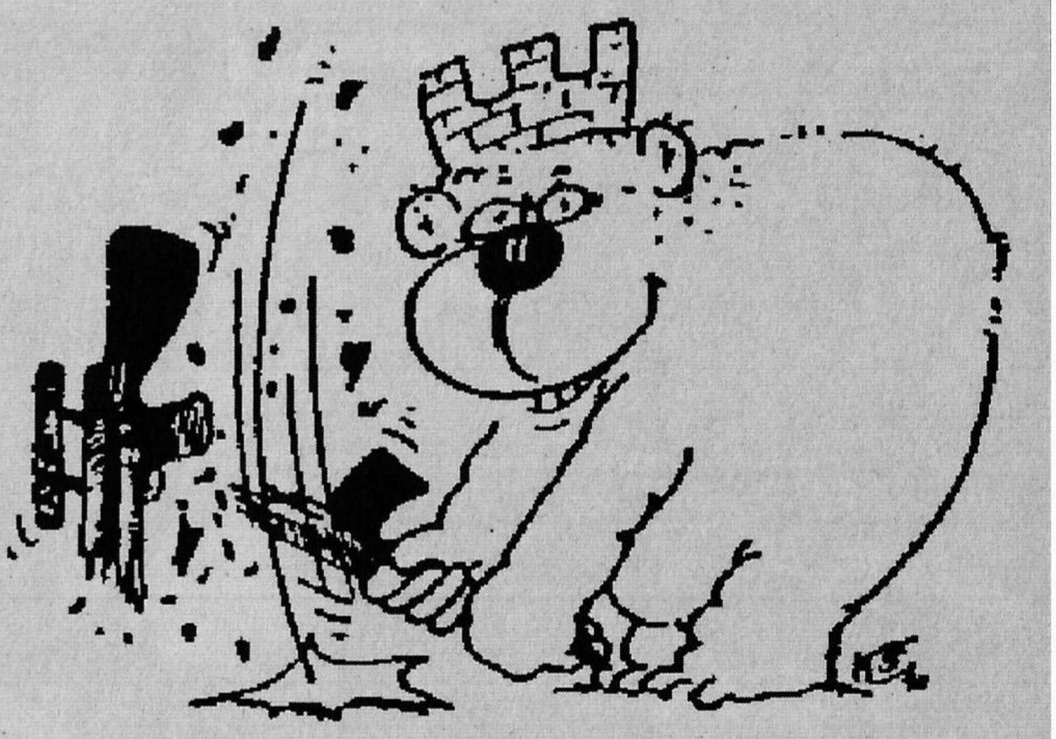
Anträge auf Kriegsdienstverweigerung, die von nicht einberufenen Ungedienten gestellt werden, verlieren im Verteidigungs- und Spannungsfall einschließlich Bündnisfall ihre einberufungshemmende Wirkung. Über diese Anträge entscheiden dann die Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung (§ 8 Kriegsdienstverweigerungsgesetz). Antragsteller können trotzdem vor der Entscheidung über ihren Antrag zum Wehrdienst einberufen werden. Jedoch hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 24. April 1985 entschieden, daß man im Kriegsfall nach einem KDV-Antrag nur zu einem waffenlosen Dienst verpflichtet werden darf. Zum waffenlosen Dienst können folgende Hilfstätigkeiten für das Militär gehören: Dienst in der Militärverwaltung, Sanitätsdienst, Verpflegung, Reparaturen (aber nicht von Waffen), Feuer löschen, Entschärfen von Blindgängern.

Wehrpflicht, KDV und Verteidigungsfall

Nach Feststellung des Verteidigungsfalles unterliegen alle Wehrpflichtigen bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem sie das 60. Lebensjahr beenden, der Wehrpflicht (§ 3 Absatz 5 Wehrpflichtgesetz). Für aktive Soldaten wird die Dienstzeit auf unbestimmte Zeit erweitert, Reservisten können zu einem unbefristeten Wehrdienst einberufen werden (§ 4 Absatz 1 Satz 4 Wehrpflichtgesetz), auch zu Einsätzen rund um den Globus. Ungediente Wehrpflichtige gehören zur Ersatzreserve und können im Verteidigungsfall zur Bundeswehr einberufen werden. Die Ausweitung der Wehrpflicht gilt auch für anerkannte Kriegsdienstverweigerer. Sie können ebenfalls bis zum 60. Lebensjahr zu einem unbefristeten Zivildienst einberufen werden, unabhängig davon, ob sie bereits Zivildienst geleistet haben oder noch nicht – so § 79 Absatz 1 Zivildienstgesetz. Ein Kriegsdienstverweigerer, der noch vor Feststellung des Verteidigungsfalles seine Anerkennung beantragt hat, über dessen Antrag aber noch nicht entschieden ist, kann sofort zum Zivildienst einberufen werden (Wehrpflichtgesetz § 48 Absatz 2 Satz 2). Alle erfolgten Zurückstellungen vom Wehr- oder Zivildienst, ausgenommen solche aus gesundheitlichen Gründen, treten außer Kraft (Wehrpflichtgesetz § 48 Absatz 2 Satz 3 und § 79 Absatz 4 Zivildienstgesetz). Einberufungen zum unbefristeten Wehrdienst und zwar zum sofortigen Dienstantritt können ohne Einhaltung einer Frist erfolgen (§21 Absatz 3 Wehrpflichtgesetz).

Nur die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer schützt Wehrpflichtige vor den vielfältigen Möglichkeiten einer Einberufung in Krisenzeiten. Und ein solcher Antrag ist auch ein deutliches Zeichen: Nicht mehr mit mir! Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär hilft jedem mit Rat und Tat, der seine Rechte durchsetzen will. Nur wer sich wehrt, hat eine Chance, der Gewaltspirale zu entrinnen. Laßt euch nicht für einen der zukünftigen Kriege einplanen und verplanen!

Ralf Siemens
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär



Von der Schädlichkeit des Tabakrauchens

Konsequent zu seiner politischen Überzeugung zu stehen, kann manchmal ganz schön weh tun. Der Finanzminister hat mit der Steuerreform zur Finanzierung des Anti- Terror- Programms die privateste aller linken Domänen angegriffen: das Rauchen. Wer erinnert sich nicht an verqualmte Plena: diskutiert, gestritten, Lösungen gesucht, Ideen gehabt, und – geraucht. Endlos viele Zigaretten, eine nach der anderen. Ob unkonventionell-individualistisch selbstgedreht (»Die antike Fanfare«, »Die vollgefressene Blindschleiche«, »Nach dem Akt«, »Der

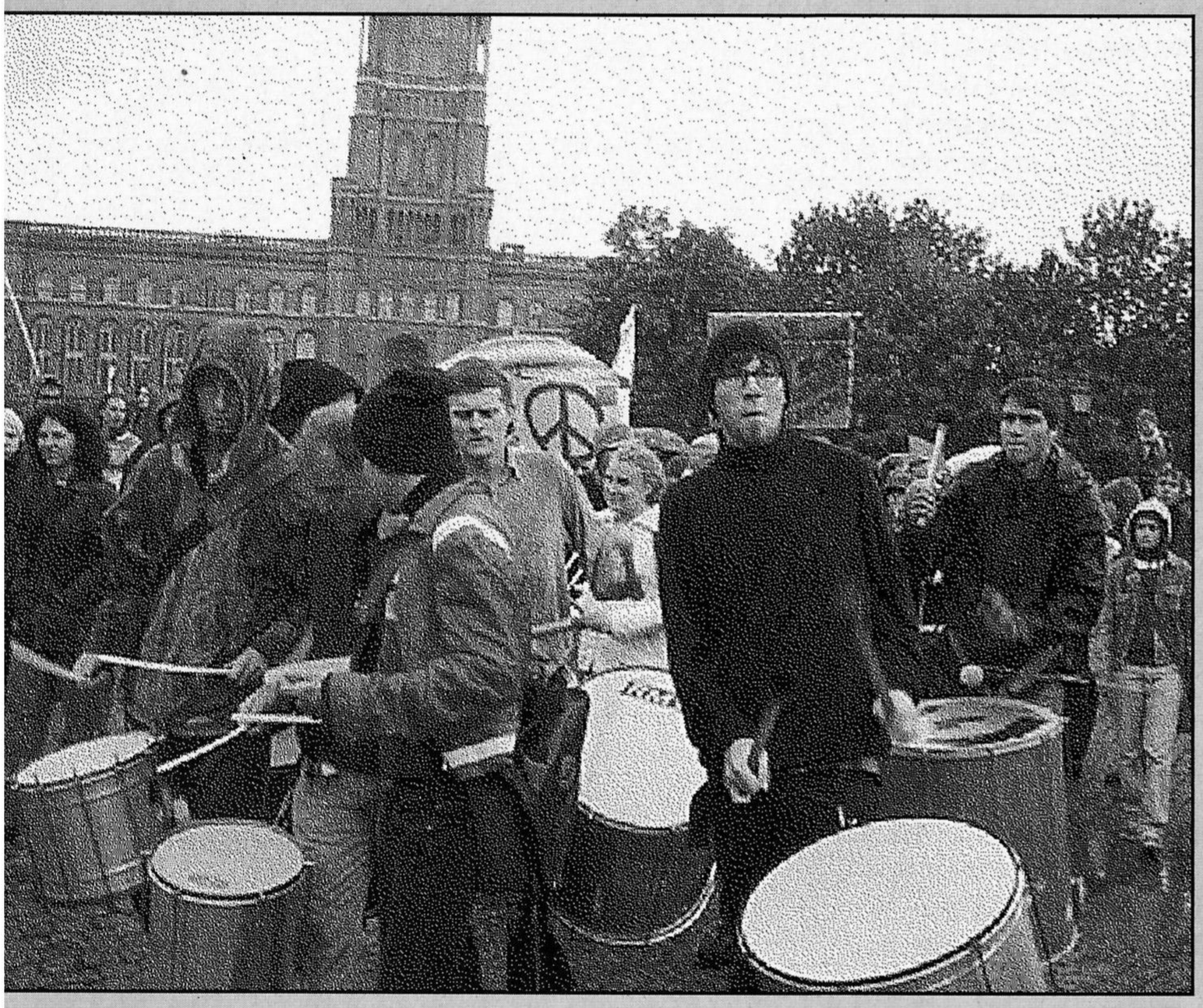


Foto: Fred kowasch/interpool tv

Papierfaden«), ob konservativ mit Filter, mit der treuen Fluffe verwachsen Zeige- und Mittelfinger zu einer untrennbaren Einheit und weisen gleichzeitig über sich hinaus bis ins Ätherische. Welch schönes Sinnbild!

Rauchen verbindet. Raucher erkennen sich gegenseitig nicht nur am »Haste ma Feuer« oder den gelben Fingern: wir riechen einander. Raucher sind störrisch: Sogar die Staatsgewalt, die sich auf jeder Schachtel in Gestalt des mit Hölle und Verdammnis drohenden Bundesgesundheitsministers manifestiert, bringt sie nicht von ihrer Sucht. Rauchen ist anarchistisch: Jeder Raucher läßt die Arbeit Arbeit sein und den Chef Chef und vielleicht auch den Krieg Krieg bei der Frage: »Kommste mit eine rauchen?« Joschka Fischer ist Nichtraucher.

Nun ist in Deutschland der Punkt gekommen, an dem jeder anständige Mensch zwischen seiner Sucht und seinem politischen Gewissen wählen muß. Die neudeutsche Betroffenheit schreit »Angst, Angst!«. Unsere Unfähigkeit, sich mit Gefühlen auseinanderzusetzen, wird von den Medien aufgenommen und zurückgeworfen, »Sicherheit, Sicherheit!« echot es, und alle haben das schon immer gesagt. Der Staat wird's schon richten! Der Staat jedoch, das sind die Regierungsparteien und alle oppositionellen, das sind die mächtigen Finanzinteressen hinter und vor diesen Parteien, die sich einen Dreck um deine Angst kümmern. Und das sind die erzkonservativen Militärs wie z.B. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm, die jetzt Morgenluft wittern.

Drei (!) Milliarden (!) DM werden für das »Sicherheitspaket« benötigt. Und dieses Päckchen hat es in sich: der berüchtigte Paragraph 129a (Strafbarkeit der Gründung, Mitgliedschaft und Unterstützung von terroristischen Vereinigungen) wurde mit §129b auf ausländische Organisationen erweitert, wobei der Verdacht ausreicht, daß sich deren Ziele darauf richten, Straftaten zu begehen. Restriktive Maßnahmen bei der Einreise von Ausländern und Ausländerinnen und Verschärfung der Abschiebepraxis. Stärkung der Ermittlungstätigkeiten der Geheimdienste. Bessere Ausstattung des Bundesgrenzschutzes. Beaufsichtigung des Finanzmarktes. Rasterfahndungen in Berlin und Hamburg: Mindestens zwei Schachteln pro Tag sollten wir uns den Polizeistaat schon kosten lassen, Gesundheit gegen Staatsschutz, ein fairer Tausch für gute Bürger.

Wenn das derzeitige innen- und außenpolitische Konzept der Bundesrepublik auch nur z.T. über die Tabaksteuer finanziert werden soll, wenn die Damen und Herren so könnten, wie sie wollen, dann sind wir bald bei 20,00 DM pro Schachtel. Der Bundesinnenminister empfiehlt: Rauchen gefährdet Ihre politische Freiheit.

Zeigen wir Verantwortung: hören wir mit dem Rauchen auf.

Anke Engelmann

Stichwort Berufsarmee

Propagandafalle: Wehrpflichtarmee Bundeswehr

Mit dem Zusammenbruch des Ost-West-Konflikts 1989/90 ist die Wehrpflicht als Rekrutierungsinstrument für Streitkräfte in den Nato-Staaten unter Druck geraten. Niederlande, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal haben seither die Wehrpflicht abgeschafft, ausgesetzt oder werden dies tun. Die US-amerikanischen, britischen und kanadischen Streitkräfte rekrutierten sich bereits seit den 60er und 70er Jahren ausschließlich aus Freiwilligen. Auch in der BRD gerät die Wehrpflicht zunehmend unter politischen und juristischen Druck. Mit der FDP hat sich erstmals eine etablierte Altpartei gegen die Wehrpflicht ausgesprochen, innerhalb der SPD häufen sich die Stimmen, die die Wehrpflicht aussetzen wollen.(1) Mehr noch, es scheint so, als ob mittlerweile nur noch der politisch angeschlagene Kriegsminister an ihr festhält – entgegen plausibler Kritik. Scharping steht offensichtlich in dieser Frage bereits mit dem Rücken an der Wand. In einem Interview sagte er auf die Frage, wie lange wird es die Wehrpflicht noch gebe: »Solange ich Verteidigungsminister bin und Gerhard Schröder Kanzler der Bundesrepublik.«(2)

Noch bis 1990 gab es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, die Wehrpflicht wurde nur von Teilen der Friedensbewegung thematisiert und kritisiert. Kernpunkt ihrer Kritik war und ist der demokratiefeindliche Zwangscharakter der Wehrpflicht und der mit ihr verbundenen militärischen Sozialisation. Gerade in einer wichtigen Lebensphase der Persönlichkeitsentwicklung müssen sich junge Männer auf der untersten Ebene der hierarchischen Militärwelt unterordnen, die im Gegensatz zum freiheitlichen und demokratischen Postulat nach freier Entfaltung der Persönlichkeit organisiert ist.

Aus dem Militär selbst und von Befürwortern einer weltweit operierenden Bundeswehr werden militärische Effizienzgründe gegen die Beibehaltung der Wehrpflicht ins Feld geführt. Nur von Profis könne verlangt werden, im Ausland für deutsche Interessen militärisch zu wahren. Zudem sei die technologische Voraussetzung moderner Kriegführung durch Wehrpflichtige nicht zu bewältigen. Solche Überlegungen haben beispielsweise in Frankreich dazu geführt, die Wehrpflicht abzuschaffen.

(1) So der saarländische SPD-Vorsitzende Heiko Maas, SZ vom 6.8.2001, und die stellvertretene SPD-Vorsitzende Renate Schmidt, FAZ vom 8.8.2001.
(2) Interview mit Scharping in SZ, 9.8.01.
(3) Siehe beispielsweise: www.bundeswehr.de/wehrpflicht/notwendigkeit.html
(4) Parlamentarischer Rat, Hauptausschuß, 43. Sitzung, 18.1.1949, S. 35.

Wehrpflicht – offizielle Begründungen

Die Verteidiger der Wehrpflicht führen in der bundesdeutschen Diskussion der letzten Jahre in der Regel fünf Argumentationsmuster an, die die Beibehaltung der Wehrpflicht rechtfertigen sollen und eine Umwandlung in eine Freiwilligenarmee nicht zulassen würden:

- Es sei demokratische Gepflogenheit, daß jeder männliche Bürger für die Sicherheit des Staates eintrete.
- Nur über die Wehrpflicht lasse sich ein Reservistenpool schaffen, aus dem die Bundeswehr im Verteidigungsfall auf eine personelle Verdoppelung ihrer »Friedensstärke« heranwachsen kann.
- Wehrpflichtige verhinderten eine unkontrollierte Verselbständigung der Streitkräfte und würden aktuelle gesellschaftliche Impulse in die Streitkräfte tragen.
- Eine Wehrpflichtarmee sei »die intelligentere Armee«, da sich fast die Hälfte der Zeit- und Berufssoldaten aus dem Kreis ehemaliger Wehrpflichtiger rekrutierten.
- Und die Wehrpflicht sei notwendig, um den Nachwuchs der Bundeswehr zu sichern.(3)

Wehrpflicht und Demokratie

Der erste Bundespräsident der BRD, Theodor Heuss, hat 1949 bei den Beratungen über das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung im Parlamentarischen Rat die bis heute vielfach zitierte Formulierung geprägt: »Die allgemeine Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie, seine Wiege stand in Frankreich.« (4)

Er hat sich dabei auf die in den Folgejahren der Französischen Revolution von 1789 eingeführte und über Zwang durchgesetzte Rekrutierung von Teilen der französischen Bevölkerung zur Verteidigung der erkämpften Freiheiten bezogen. Die »Levée en masse«, die 1793 erfolgte Mobilisierung der männlichen Bevölkerung im revolutionären Frankreich zur Abwehr der absolutistischen Gegenbewegung des Auslandes, gilt allgemein als die Geburtsstunde der modernen Wehrpflicht. Diese Form der Rekrutierung von Soldaten symbolisiert daher für die Befürworter der Wehrpflicht vielfach eine Verbindung zwischen demokratischer Staatsverfassung und der Pflicht, in Streitkräften zu dienen.
Verschwiegen wird allerdings, daß noch vier Jahre zuvor, im Revolutionsjahr 1789, die Einführung einer Wehrpflicht als mit der Würde des Menschen unvereinbar abgelehnt worden war.(5) Die ausschließlich für unverheiratete Franzosen im Alter von 18 bis 40 Jahren geltende Wehrpflicht von 1793 war nur für die Dauer des Krieges gesetzlich vorgesehen.
Der Widerstand des priviligierten Bürgertums führte bereits 1794 zum Stellvertreterprinzip: die wohlhabenderen Bürger haben sich von der Dienstpflicht freikaufen können, gedient haben lediglich die Besitzlosen. (6)
Die entscheidenden Vorteile einer Wehrpflichtarmee sind die geringeren Personalkosten und die Möglichkeit des Zugriffs auf ein erheblich größeres Potential an Menschen gegenüber einer ausschließlich aus Freiwilligen rekrutierten Streitmacht. Die Zwangsrekrutierung erlaubt die Aufstellung größerer Streitkräfte, als dies mit Freiwilligen möglich wäre. Mit Armeen von bis dahin nicht gekanntem personellen Umfang führte Napoleon Angriffskriege bis nach Rußland. Die unterlegenen europäischen Mächte führten alsbald ihrerseits die Wehrpflicht ein.

(5) Christian Herz, in: ami 10/1990 (20), S. A 50 - 53; Manfred Messerschmidt, in: Katholische Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung (K.A.K..) 1990, S. 4 - 7.
(6) Vgl.: Messerschmidt, ebd., S. 4f.
(7) Wolfgang R. Vogt, in: K.A.K. 1990, S. 8 - 13. Diese Aufzählung ließe sich wohl beliebig erweitern. Mein eigener »reichhaltiger Erfahrungsschatz« als ehemaliger Grundwehrdienstleistender weist noch einige andere »Dienste niederer Art« auf.

Daß die Wehrpflicht ein besonders auf die Verteidigung eines Heimatlandes verpflichtendes Wehrsystem ist, wird auch durch die deutsche Geschichte eindeutig widerlegt. Das wilhelminische und das nationalsozialistische Deutschland haben jeweils mit einer Wehrpflichtarmee Angriffskriege geführt. Die Wehrpflicht hat die Massenkriege des 20. Jahrhunderts erst möglich gemacht. Erkennbare demokratisierende Impulse sind von den Wehrpflichtigen dabei nicht ausgegangen.

Entscheidung zugunsten der Wehrpflicht in der BRD
Die bereits seit 1947 mit der Planung einer Remilitarisierung beschäftigten deutschen Stellen und Personen haben die Problematik der Wehrpflicht in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft nicht aufgegriffen. Der von deutscher Seite geplante und schließlich umgesetzte Umfang sowie die Struktur des militärischen Beitrages der BRD für die Nato basierte auf der von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren 1950 verfaßten »Himmeroder Denkschrift«, die sich weitgehend auf militärspezifische Fragen beschränkte. Insgesamt wurde eine rund 500.000 aktive Soldaten umfassende Streitmacht für erforderlich gehalten. Und auch für die verantwortlichen Politiker war die Diskussion über die Einführung der Wehrpflicht keine Frage der Demokratieverträglichkeit.

Der Bundestag beschloß am 7. Juli 1956 das Gesetz über die Einführung der Wehrpflicht. Mit dem knapp ein Jahr zuvor verabschiedeten »Freiwilligengesetz« und den »Wehrergänzungen« des Grundgesetzes 1954 und 1956 war der gesetzliche Rahmen für die Bundeswehr geschaffen. Bereits zum 2. Januar 1956 zogen die ersten Freiwilligen, zum 1. April 1957 dann die ersten Wehrpflichtigen in die Kasernen ein.

Wehrpflicht als Kontrollinstrument
Wehrpflichtige würden eine Kontrolle über Streitkräfte ausüben, die eine von der Gesellschaft abgekoppelte Entwicklung der Streitkräfte verhindere, betonen immer wieder ihre Verfechter. Aber welche Position nehmen die Wehrpflichtigen innerhalb der Streitkräfte ein, die sie zur Kontrolle befähigen sollen? Der Militärsoziologe und Friedensforscher Wolfgang R. Vogt hat die Funktionen von Wehrpflichtigen einmal ganz schlicht unter arbeits- und organisationssoziologischen Gesichtspunkten untersucht: »... sie können das nicht, was von ihnen verlangt wird, insbesondere das Umgehen mit der Waffe nicht. Sie können nicht grüßen, sie können nicht gehen, sie können nicht stehen, sie können nicht richtig schlafen. (...) Ihre Dienste sind niederer Art... Das ist putzen, wachen, warten, Präsenz pflegen, graben.« (7)

Grundwehrdienstleistende nehmen in den streng hierarchisch strukturierten Streitkräften die untersten Positionen ein. Dienstlich und räumlich getrennt von den Längerdienenden, insbesondere von den Offizieren, müssen sie nach dem Prinzip von »Befehl und Gehorsam« funktionieren. »Tatsächlich ist die soziale Distanz der Offiziere«, so die empirischen Befunde des Sozialwissenschaftlichen

Instituts der Bundeswehr, »zu den Wehrpflichtigen bemerkenswert groß.«(8) Und natürlich haben Wehrpflichtige keinen Einfluß auf militärische oder politische Entscheidungen.

Der Wehrpflicht wird häufig die Funktion einer gesellschaftlichen und demokratischen Kontrollinstanz gegenüber den Streitkräften zugeschrieben. In Wahrheit hat sie eine ganz andere Funktion. Seit Aufstellung der Bundeswehr haben mehr als 8 Millionen junge Männer als Wehrpflichtige in der Bundeswehr gedient. Sie sichern umgekehrt die gesellschaftliche Integration der Streitkräfte. Die Wehrpflicht trägt das Militärische in die Gesellschaft, nicht umgekehrt. Passen sich Rekruten dem nicht an, werden sie mit Zwangsmitteln diszipliniert.

Bundeswehr kein Spiegelbild der Gesellschaft

Streitkräfte spiegeln nie die Gesellschaft hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung wieder. 50 % der Gesellschaft sind von vornherein ausgeschlossen, da Frauen der Wehrpflicht nicht unterliegen. Es werden auch nie alle männlichen Wehrpflichtigen eingezogen. Unter ihnen findet eine körperliche, geistige und bildungsbezogene Auswahl statt. Vor allem aber findet eine Auswahl hinsichtlich der inneren Einstellung gegenüber dem Militär statt. Wer sich freiwillig als Soldat bewirbt, ist auch bereit, sich einer militärischen Struktur von Befehl und Gehorsam zu unterwerfen und hat eine Tötungsbereitschaft.
Angesichts des gesamtgesellschaftlichen Klimas in der BRD und der Vermutung, daß ein Zusammenhang zwischen der politischen Orientierung Heranwachsender und ihrer Einstellung zur Bundeswehr besteht, hat das SOWI bereits im November 1992 eine entsprechende Untersuchung durchführen lassen. Ein eindeutiger empirischer, aber banaler Zusammenhang wurde festgestellt: »Je weiter ›rechts‹ sich die Jugendlichen einstufen, desto klarer befürworten sie Bundeswehr und Wehrdienst, je weiter ›links‹, desto ablehnender ist ihre Position.«(9)
Bei Wehrdienstleistenden und unter den an einer freiwilligen Verpflichtung interessierten Jugendlichen ist eine »rechte« Orientierung deutlich überrepräsentiert. Diejenigen mit »linker« Einstellung verweigern den Kriegsdienst. Auch aktuelle Untersuchungen bestätigen diesen Zusammenhang.
16 % der Freiwilligenbewerber bevorzugten im Herbst 2000 rechtsextremistischen Parteien. In der Gesamtaltersgruppe waren es »lediglich« 5 %. Auch hier das Fazit: Die Freiwilligenbewerber würden ein niedrigeres Bildungsniveau gegenüber denjenigen aufweisen, die lediglich den Zwangsgrundwehrdienst ableisten wollten. Potentielle Kriegsdienstverweigerer würden im Durchschnitt das höchste Bildungsniveau aufweisen.(10)

Wehrpflichtarmee Bundeswehr?

Die Bundeswehr ist bereits seit Jahren keine Wehrpflichtarmee. Es gibt zwar keine allgemein gültige Definition, wann eine Armee eine Wehrpflichtarmee ist. Wenn aber in den Streitkräften weit mehr Freiwillige dienen als Wehrpflichtige und diese eigentlich eine Wahlmöglichkeit zwischen Wehr- und Ersatzdienst haben, haben wir bereits eine Freiwilligenarmee. Im Juni 2001 waren von 303.377 Soldaten lediglich 94.927 Grundwehrdienstleistende. Nicht einmal jeder dritte Soldat ist Wehrpflichtiger gewesen. Zwei Jahre zuvor lag ihr Anteil noch bei 35%, in den 80ern noch bei etwa 45 %. Die beschlossene Personalreduzierung der Bundeswehr auf 282.000 Soldaten wird ausschließlich dadurch erreicht, daß die Anzahl von Wehrdienstleistenden

(8) Jürgen Kuhlmann / Ekkehard Lippert, SoWi-Arbeitspapier Nr. 48 1991, S. 27.
(9) Heinz-Ulrich Kohr, SoWi-Arbeitspapier Nr. 77 1993, S. 25.

deutlich verringert wird. Spätestens 2006 werden lediglich 53.000 Grundwehrdienstleistende 202.000 Zeit- und Berufssoldaten und 27.000 Freiwillig länger Wehrdienstleistende gegenüberstehen.(11)

In Hinsicht auf die bestehende und zunehmende Wehrungerechtigkeit stellt selbst der Wehrbeauftragte Willfried Penner, ein Befürworter der Wehrpflicht, fest: »Wir haben seit Jahren faktisch zwar eine Dienstpflicht, aber von einer allgemeinen Wehrpflicht zu reden, fällt zunehmend schwerer, weil eben der Anteil derer, die tatsächlich der Wehrpflicht genügen, immer geringer wird.«(12)

Penner wurde für seine Äußerung von seinen Parteigenossen öffentlich gerügt. Hans-Peter Bartels, Mitglied im Verteidigungsausschusses, unterstrich in seiner Kritik folgenden Punkt: »Wenn wir ausreichend Berufs- und Zeitsoldaten hätten und die Nachwuchsfrage kein Problem wäre, dann hätte ich mit der Aussetzung der Wehrpflicht keine Probleme.«(13) Wahrscheinlich ungewollt wies er hiermit auf den zentralen Grund hin, warum Scharping und die Führung der Bundeswehr krampfhaft an der Wehrpflicht festhalten. Der Bundeswehr fehlt es an qualifiziertem Nachwuchs.

Das Bewerberaufkommen für Offiziere des Truppendienstes fiel um 10 % gegenüber dem Vorjahr, stellte der Wehrbeauftragte in seinem Jahresbericht 2000 fest. Die Zahl der Bewerbungen für die Einstellung als Zeitsoldat hat sich um 4.000 verringert. Bereits im Vorjahr stellte Penners Vorgängerin fest: »Das Bewerberaufkommen aus dem Bereich der Ungedienten ist im Berichtsjahr deutlich zurückgegangen. (...) So sollten nach den Planungen der Streitkräfte im Jahr 1999 insgesamt 15.054 Soldaten auf Zeit neu eingestellt werden. Tatsächlich konnten nur 12.250 Soldaten auf Zeit gewonnen werden.«(14) Nach aktuellen Angaben sind mehr als 5.500 Offiziers- und Unteroffiziersstellen in der Bundeswehr nicht besetzt.(15)

Deshalb versucht die Bundeswehr gegenwärtig mit einer neu gestarteten Werbekampagne »Du willst Zukunft?« verstärkt, Abiturienten und Realschulabgänger mit abgeschlossener Berufsausbildung in die Kasernen zu locken.(16) Im Rahmen der Bundeswehrreform wird großer Wert auf eine Attraktivitätssteigerung durch deutliche Verbesserung der Verdienstmöglichkeiten von Freiwilligen gelegt.(17)

Ein besonders untaugliches Argument ist die Behauptung, die Entscheidungsträger würde dann umsichtiger Kampfeinsätze beschließen, wenn sich die Bundeswehr aus Wehrpflichtigen rekrutiert. Eine Freiwilligenarmee würde, so die Annahme, eher dazu »verführen«, da nicht auf die weinenden Mütter von Wehrpflichtigen Rücksicht genommen werden bräuchte. Diese Argumentation blendet völlig aus, daß von einer Wehrpflichtarmee ohnehin nicht mehr geredet werden kann. Außerdem hat die Umstrukturierung der Bundeswehr zum Ziel, die für Auslandseinsätze vorgesehenen »Einsatzkräfte« auf einen Umfang von 150.000 Soldaten auszubauen. In ihnen werden Grundwehrdienstleistende nicht dienen. Und je spezialisierter die Einheiten für die Kriege der Zukunft ausgerichtet sind und werden, desto höher befinden sich in ihnen Soldaten mit langen Verpflichtungszeiten oder Berufssoldaten. Dies gilt gleichwohl für die Division für Spezielle Operationen (DSO), für die Division für Luftbewegliche Operationen (DLO) wie auch für die für Auslandseinsätze vorgesehenen Panzereinheiten der mechanisierten Divisionen des Heeres.(18) »Kontrolle« durch Wehrpflichtige? Fehlanzeige, da nicht vorhanden! »Spiegelbild« der Gesellschaft? Ach was!

Die Scheinargumente zur Aufrechterhaltung der Wehrpflicht dienen einem Ziel: Sie sollen verschleiern, daß die Bundeswehr ohne dieses Zwangssystem Schwierigkeiten hätte, qualifiziertes Personal in »ausreichendem« Maß zu gewinnen. Ohne Wehrpflicht müßte wesentlich mehr Geld in die Nachwuchswerbung und die Attraktivitätssteigerung des »Berufsbildes Soldat« investiert werden, ohne daß trotzdem sicher wäre, genügend Freiwillige für den geplanten personellen Umfang der Bundeswehr zu gewinnen. Die Folge wäre unweigerlich eine deutliche Verkleinerung des Bundeswehr. Deshalb: »Ich halte an der Wehrpflicht fest, weil sie garantiert, daß unsere Bundeswehr frisches Blut erhält.« Die SPD-»Verteidigungsexpertin« Verena Wohlleben, von der diese Äußerung stammt, hätte hinzufügen sollen: »Und genügend Blut.«(19)

Ralf Siemens

(11) http://wirtschaft.bundeswehr.de/hintergrund/sachstand_reform010601.pdf
(12) Interview in der Süddeutschen Zeitung v. 27.11.2000.
(13) Die Welt 04.12.00.
(14) Jahresbericht der Wehrbeauftragten 1999 (14.3.00).
(15) Berliner Morgenpost vom 9.9.2001, Beilage XI.
(16) Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Schulte vom 29.3.01, Bundestags-Drucksache 14/5839.
(17) Siehe dazu Beitrag in diesem Heft.
(18) Y. 9/2001, S. 74.
(19) Die Welt vom 7.8.2001

Eine Schule der Nation – Die Reichswehr als Berufsarmee 1919-1933

Wehrpflicht und Nation

»Das deutsche Volk jeder militärischen Instruktion durch Abschaffung des Pflichtdienstes berauben; das Prestige des Heeres schwächen, indem ihm der Charakter einer Legion von Söldnern gegeben wird; ... endlich das Heer völlig innerhalb der Nation isolieren, indem man alle Bindungen mit der Zivilbevölkerung, besonders mit der Jugend der Schulen und der Universitäten, abschneidet.« (1)

So schätzte der Chef der deutschen Heeresleitung, Generaloberst Hans von Seeckt, die Absichten des Versailler Friedensvertrages ein, der im Juni 1919 den Ersten Weltkrieg beendete. Im Verlauf dieses bis dahin totalsten Krieges der Geschichte waren neun Millionen Deutsche ins Feld gezogen, bei zirka zwei Millionen Verlusten. Allein in seinem letzten Jahr standen acht Millionen deutsche Männer im Alter zwischen 15 und 60 Jahren in Diensten des Militärs – praktisch jeder zweite dieser Altersgruppe. Das »Volk in Waffen«, preußisches Ideal seit den Befreiungskriegen, war beinahe erreicht.

Seine Entsprechung in Friedenszeiten war das »Volksheer«, basierend auf der allgemeinen Wehrpflicht. Sie hatte in der romantischen Überhöhung des nationalen Befreiungskampfes gegen Napoleon ihren Bezugspunkt und galt als konstitutiv für deutsches Nationalgefühl, ja geradezu identisch damit. Bis in liberale und sozialdemokratische Kreise hinein war die »Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterland«, die Erziehung zu Disziplin und nationaler Hingabe, hoch angesehen. In dieser Tradition erschien das Verbot der allgemeinen Wehrpflicht durch den Versailler Vertrag den deutschen Militärs wie der Untergang des Reiches selbst.

Alliierte Planungen

Im Januar 1919 begannen die Friedensverhandlungen in Paris. Die Alliierten würden einige Zeit benötigen, um ihre Standpunkte anzugleichen. Mitte Februar richteten sie auf Anregung des britischen Außenministers einen Militärausschuß ein, der in Fragen der Abrüstung Deutschlands eine Entschlußfindung vorbereiten sollte.

Die britischen Ausschußteilnehmer favorisierten dabei – nach dem Vorbild im eigenen Land – eine kleine Armee aus langgedienten Berufssoldaten. Ein deutsches Wehrpflichtheer sahen sie als Gefahr für den Frieden an, da in der umfassenden militärischen Ausbildung der männlichen Jugend der Grund für die deutsche Aggressivität zu suchen sei, die sie für den Ersten Weltkrieg verantwortlich

machten. In einem Berufsheer, so ihre Argumentation, würden die Offiziere schnell zu Militärbeamten, ihre Abenteuerlust ginge in der Routinearbeit verloren. Durch die zahlenmäßige Begrenzung würde der Einfluß des Militarismus auf die Gesellschaft zurückgedrängt.
Ganz im Gegensatz dazu befürwortete die französische Delegation unter Marschall Ferdinand Foch, Militärberater des französischen Ministerpräsidenten und 1918 Oberbefehlshaber der alliierten Truppen im Weltkrieg, ein kurzgedientes Wehrpflichtheer. Foch wollte dadurch verhindern, daß die Offiziere der alten kaiserlichen Armee zu großen Einfluß auf das neue Heer bekämen. Dieses neue Heer sollte keine abgeschlossene Kaste sein, keine »Zuflucht für den Kern des Kaiserheeres«, sondern eine offene, demokratische Institution. Die Gefahr einer ein- bis zweijährigen militärischen Ausbildung der gesamten männlichen Jugend und der daraus resultierenden höheren Mannschaftsstärke sah er als geringer an als die Gefahr eines Berufsheeres, das leicht zu einer Hochburg des preußischen Geistes werden könnte.
Die Standpunkte blieben unversöhnlich. Am 3. März legte Marschall Foch dem obersten Rat der Friedenskonferenz das Ergebnis der Ausschußberatungen vor. Seine Konzeption eines 200.000 Mann starken Wehrpflichtheeres hatte sich durchgesetzt, die Einwände der Briten waren dem Entwurf als Anhang beigefügt.
Zur allgemeinen Überraschung reagierte der französische Ministerpräsident George Clemenceau zögerlich auf diesen Erfolg seines militärischen Beraters. Er erklärte, die Frage der deutschen Abrüstung sei zu wichtig, um in Abwesenheit des britischen Premiers David Lloyd George verhandelt zu werden, der sich auf Wahlkampftour in Wales befand. Als Lloyd George zwei Tage später in Paris eintraf, unterstützte Clemenceau Fochs Planungen nur schwach (2). Die beiden Regierungschefs einigten sich auf das Prinzip des langgedienten Berufsheeres. Der Militärausschuß wurde angewiesen, einen neuen Plan auszuarbeiten.
Foch beharrte nun auf der zahlenmäßigen Verringerung des deutschen Heeres. Die Briten, die sich wohl auch mit einem 400.000-Mann-Heer zufrieden gegeben hätten, setzten Foch harten Widerstand entgegen, wohl um seine Verhandlungsführung zu diskreditieren, da Foch in den Territorialfragen um das Rheinland und das Saargebiet einen annexionistischen Standpunkt einnahm und so den britischen Vorstellungen vom Gleichgewicht der Mächte auf dem Kontinent widersprach. Nach harten Verhandlungen einigte man sich auf eine Heeresstärke von 140.000 Mann. Am 10. März wurde der neue Plan erneut dem obersten Rat vorgelegt.

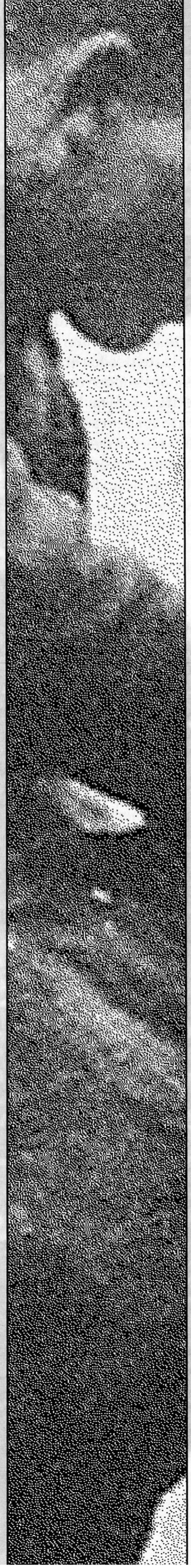
Das neue deutsche Heer

In Deutschland war unterdessen das neue Militär konstituiert worden. Noch vor der Demobilisierung der deutschen Truppen zum 31. Dezember 1918 hatte der revolutionäre Rat der Volksbeauftragten aus SPD und USPD eine Verordnung zur Aufstellung der Vorläufigen Reichswehr erlassen. In diese wurden die Freiwilligenverbände überführt, auch die offen reaktionären Freikorps, Stütze der Revolutionsregierung gegen kommunistische Bestrebungen. In Erwartung genauerer Bestimmungen des Friedensvertrages verzichteten die Volksbeauftragten darauf, Einzelheiten wie Mannschaftsstärke oder Dienstdauer festzulegen. Diese Freiwilligenarmee dürfte im März 1919 ca. 400.000 Mann umfaßt haben, die sämtlich dem breiten rechten Rand des politischen Spektrums entstammten.
Republikanische Offiziere und Einheiten waren entweder nicht übernommen oder herausgedrängt worden, oder aber sie schieden nach kurzer Zeit auf eigenen Wunsch aus. Der Anteil ehemaliger Offiziere des kaiserlichen Heeres in der Vorläufigen Reichswehr war sehr hoch, da einige der in sie überführten Freikorps ausschließlich aus Offizieren bestanden hatten. Lücken in den Mannschaften wurden mit Freiwilligen aufgefüllt, vor allem mit Jugendlichen, die im Weltkrieg nicht mehr zum Einsatz gekommen waren.
In Paris löste die schnelle Aufstellung eines neuen Heeres, noch dazu in diesem Umfang (3), Besorgnis aus. Vor allem die Franzosen sahen in der Vorläufigen Reichswehr, die quasi die Elite des Kaiserheeres umfaßte, eine neue Bedrohung für ihre Grenzen entstehen und drängten auf eine stärkere Beschränkung der Mannschaftsstärke des zukünftigen deutschen Heeres. Nach langen Verhandlungen einigten sich Lloyd George und Clemenceau auf eine Ist-Stärke von 100.000 Mann.
Am 7. Mai überreichten die Siegermächte den Vertragsentwurf der deutschen Delegation. In den Artikeln 173ff. enthielt er die Vorschrift, das deutsche Heer bis zum 31. März 1920 auf 100.000 Mann abzurüsten (4). Die allgemeine Wehrpflicht wurde abgeschafft, eine 12-jährige Dienstzeit für Unteroffiziere und Mannschaften festgelegt. Ein Verbot der vorzeitigen Entlassung sollte verhindern, daß durch eine rasche Ausbildung und Entlassung der Ausgebildeten die numerische Beschränkung umgangen würde. Daneben enthielt der Vertrag umfangreiche Vorschriften zur Entwaffnung und einige organisatorische Veränderungen.
Wie zu erwarten war, stießen die Bestimmungen in Deutschland auf empörte Ablehnung. In Bezug auf die Dienstart und sogar die personelle Abrüstung unterschied sich der Entwurf gar nicht so sehr von der Realität: in Deutschland bestand bereits ein Freiwilligen-Heer, das in langsamer Abrüstung auf 325.000 Mann geschrumpft war. Der Vertrag enthielt darüber hinaus keinerlei Vorschriften über die Art und Weise der Freiwilligenauswahl. (5) Dennoch protestierten die deutschen Militärs heftig. Seeckt bestand auf einem 300.000-Mann-Wehrpflichtheer. Der deutschen Seite blieb aber keine Wahl, als den Vertrag ohne wesentliche Änderungen zu ratifizieren. Die militärischen Bestimmungen wurden am 16. Juli 1919 als Reichsgesetz veröffentlicht. Alle Parteien außer der USPD und der KPD, die nicht Stellung nahmen, bedauerten das Ende der Wehrpflicht.

Ungebrochener Militarismus

Die Heeresleitung war nicht gewillt, die Einschränkungen des Versailler Vertrages zu akzeptieren. Daß das 100.000-Mann-Berufsheer nur eine vorüberge-

(1) Zitiert nach J.Benoist-Méchin, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946, Oldenbourg 1965, Bd. II, S. 129.
(2) Clemenceau wollte in diesem Fall – praktisch die einzige Situation während der Beratungen, in der sich die britische und die französische Verhandlungsspitze einig waren – wohl ein Exempel gegen Foch statuieren, der sich für seinen Geschmack zu sehr in die politische Entschlußfindung einmischte. Foch sollte auf seine Rolle als technischer Berater und ausführendes Organ zurechtgestutzt werden.
(3) Das kaiserlich-deutsche Heer hatte 1912 487.160 Mann umfaßt.
(4) 100.000 Mann inklusive 4.000 Offiziere zuzüglich 15.000 Mann Marine mit 1.500 Offizieren. Die Frist wurde später bis zum 1. Januar 1921 verlängert.
(5) Die republikanischen Institutionen der Weimarer Republik verzichteten ebenfalls auf personelle Eingriffe. Durch den Abbau auf 100.000 Mann behielt die Reichswehr nur die militärische Elite des alten Heeres, die dann bei der Einstellung des Nachwuchses völlig freie Hand behielt.
(6) Ferdinand v. Ledebur, Die Geschichte des deutschen Unteroffiziers, Berlin 1939, S. 520.



hende Erscheinung war und wieder ein Volksheer errichtet werden müßte, das dem Machtanspruch Deutschlands entsprach, stand für weite Kreise auch jenseits der Reichswehr außer Frage. Nach Plänen Seeckts sollte dabei die Reichswehr als Kader der künftigen Wehrmacht aufgebaut werden, indem alle 100.000 Soldaten der Republik so intensiv ausgebildet werden sollten, daß sie als Ausbilder bzw. Führer in einem Volksheer eingesetzt werden konnten. Der von den Briten erhofften befriedenden Wirkung der langen Dienstzeit sollte durch permanente Schulung entgegengearbeitet werden. Fach- und Fortbildungskurse, Abkommandierungen zu verschiedenen Waffengattungen, häufige Manöver und Geländeübungen sollten den Ausbildungsstand immer weiter verbessern.

Ab 1923 wurde die Anzahl der Bewerber auf die wenigen freien Planstellen im Heer so groß, daß ein – im Sinne der Reichswehr – politisch wie militärisch erstklassiger Nachwuchs gewährleistet war. 1928 kamen 15 Bewerber auf jede freie Stelle. Die Entscheidung über die Einstellung lag bei den Chefs der Kompanien, Eskadronen bzw. Batterien.

Aussicht auf Einstellung hatte nur, wer die Empfehlung eines informellen Vertrauensmannes erlangen konnte. Durch dieses bewahrte das Heeressystem seinen alten Charakter, indem politisch linksstehende oder republikanische Jugendliche faktisch keine Aussicht auf eine militärische Laufbahn hatten.

Nachdem 1926 in den republikanischen Parteien Besorgnis über diese Gesinnungsauswahl aufgekommen war, versuchte die SPD, ein Wartelistensystem einzuführen, wonach die Bewerber in der Reihenfolge ihrer Bewerbungen eingestellt werden sollten. Das scheiterte an der Lobbyarbeit der Militärs. Dieser Vorstoß war praktisch der einzige Versuch politischer Stellen, strukturell Einfluß auf die Reichswehr zu nehmen.

Das Programm der Reichswehrführung zur Umgehung des Versailler Vertrages umfaßte neben militärischer Aufrüstung und Mobilmachungsplänen auch die Erweiterung der personellen Basis. 1920 mußte auf Forderung der Alliierten das Zeitfreiwilligensystem beseitigt werden, durch das vor allem Studenten und Oberschüler zur Verstärkung der militärischen Verbände herangezogen wurden. 1923 wurde es wiederbelebt, und Wehrwillige wurden kurzzeitig militärisch ausgebildet.

Daneben bestand in der Schwarzen Reichswehr eine Organisation zur Grenzsicherung und zur Betreuung illegaler Waffenbestände, die durch die Fememorde an »Verrätern« berüchtigt wurde.

Weder die Zeitfreiwilligen noch die Schwarze Reichswehr erreichten aber einen Umfang, der den personellen Rahmen der Reichswehr nennenswert ausgeweitet hätte, ganz abgesehen von ihrem militärischen Wert.

Da sich die personelle Ausweitung der Reichswehr als ineffektiv herausgestellt hatte, arbeitete die Reichswehrführung seit Mitte der zwanziger Jahre verstärkt auf die Ausweitung ihres Einflusses in der Bevölkerung hin. Ziel war, den »Wehrwillen« zu stärken, also den in weiten Kreisen der Bevölkerung nach wie vor vorhandenen Militarismus auszubauen. Der »Wehrwille« der Bevölkerung drückte sich u.a. in der Existenz der rechtsradikalen Wehrverbände aus, deren Einfluß ständig wuchs. Allein die beiden größten, Stahlhelm und Jungdeutscher Orden, zählten 1924/25 zusammen 450.000 Mitglieder. Das Potential der Wehrverbände scheint zunächst relativ stabil bei insgesamt ca. 500.000 gelegen zu haben. Gegen Ende der Weimarer Republik ist eine Konzentration festzustellen, weil sich kleine Verbände auflösten oder den großen Organisationen anschlossen. 1932 hatte der Stahlhelm mindestens 300.000 Mitglieder, die SA 600.000. Insgesamt waren über eine Million junger Männer bereit, einen Großteil ihrer Freizeit für Wehrsport und militärische Aktivitäten zu verwenden.

Die Beziehungen der Reichswehr zu den einzelnen Wehrverbänden waren im großen und ganzen fördernd, nur der SA gegenüber wurde bis 1932 öffentlich strikte Ablehnung demonstriert. Ab 1924 veranstaltete die Reichswehr »Volkssport«-Kurse an ihren Sportschulen, in denen Freiwillige aus allen Bevölkerungsschichten Wehrsport trieben.

Der Volkssport wurde im Laufe der Zeit institutionalisiert in der »Arbeitsgemeinschaft Braunau«, benannt nach einer Sportschule in Schlesien, und schließlich in der »General-Vogt-Arbeitsgemeinschaft« (GVA, auch »Geländesport-Verbände-Arbeitsgemeinschaft«) unter der Leitung eines ehemaligen Generalmajors. Insbesondere in letzterer wurde ab Anfang 1932 besonders intensiv der Deutsche Volkssportverein militärisch ausgebildet, eine nur halbherzig getarnte Organisation der SA. Die Ausbildung fand oft auf Truppenübungsplätzen der Reichswehr statt. Im September 1932 wurde im Reichsinnenministerium das »Reichskuratorium für Jugendertüchtigung« (RKJ) unter Leitung eines Generals a.D. gebildet. Ziel dieser Organisation war es, die illegale, militärisch oft sinnlose Ausbildung der Wehrverbände zu zentralisieren und unter die Leitung der Reichswehr zu stellen. Auch die GVA wurde in das RKJ überführt. Im September 1933 wurde das RKJ offiziell der SA unterstellt, die damit die vormilitärische Ausbildung übernahm.

Fazit

Ziel der Reichswehr in der Weimarer Republik war nicht, aus eingezogenen Rekruten Soldaten zu machen. Ziel war vielmehr, die Berufssoldaten zu Führern auszubilden, die ein zu errichtendes Volksheer mit allgemeiner Wehrpflicht schnell und effektiv ausbilden konnten. Die Mannschaften dieses »Volksheeres« stellten die Millionen Jugendlichen dar, die sich zwischen 1919 und 1933 freiwillig wehrsportlich, d.h. militärisch ausbilden ließen. Die Reichswehr war mehr noch als das alte kaiserliche Heer ihrem Selbstverständnis nach eine »Schule der Nation« (6). Das System der vormilitärischen Ausbildung war die Vorstufe zur militärischen Erfassung der gesamten Jugend im Nationalsozialismus, vom Jungvolk bis zur SA. Die zivilisierende Absicht, die 1919 hinter der Einführung eines Berufsheeres gestanden hatte, mündete in ein »Volk in Waffen«. Sie scheiterte an der Beharrlichkeit des Militarismus in Deutschland.

Martin Schuster

Armee bleibt Armee

Das französische Militär hat die Wehrpflicht abgeschafft

Die Umwandlung der französischen Armee in eine Berufsarmee wurde im Februar 1996 von einem rechten Präsidenten im Fernsehen verkündet, im Oktober 1997 von einer linken Mehrheit per Gesetz verabschiedet und ist heute mit wenigen Ausnahmen von allen politischen Parteien akzeptiert. Es gibt in der Tat in Frankreich in dieser Frage eine »Staatsräson«, die alle traditionellen politischen Meinungsverschiedenheiten überlagert. Auch die öffentliche Meinung zu dieser Reform ist durchweg positiv, aber aus anderen Gründen. Für die jungen Menschen bedeutet diese Reform das Ende des Militärdienstes. Statt zehn Monaten Militärdienst oder alternativ zwanzig Monaten Zivildienst belaufen sich die »militärischen Verpflichtungen« jetzt auf einen »Tag zur Verteidigungsvorbereitung«. Die Reform geht so weit, daß im Juni 2001 die Wehrpflicht endgültig abgeschafft wurde. Diejenigen, die zur Zeit noch ihren Wehrdienst ableisten, werden spätestens Ende November 2001, ein Jahr vor Ablauf ihrer gesetzlich festgelegten Dienstpflicht, entlassen.

Das Ziel der Reform ist es, die französische Armee den strategischen Veränderungen anzupassen, die infolge der Auflösung des Ostblocks eintraten. Die »neue Weltordnung«, 1991 im Krieg gegen den Irak zu Tage getreten, hat seitdem die Doktrin der westlichen Armeen geprägt. Es geht heute darum, schnell überall dort in der Welt intervenieren zu können, wo die Interessen des Westens gefährdet scheinen. Früher gab es eine sehr große Anzahl von Soldaten, die dafür ausgebildet wurden, einen mächtigen und gut bekannten Feind zu bekämpfen. Die neue Strategie zielt darauf ab, in kurzer Zeit auf mehrere Bedrohungen reagieren zu können, die von Gegnern ausgehen, welche den westlichen Armeen unterlegen sind. Plötzlich mußten die Armeen verkleinert werden. Seit 1991 sind mehr als 100 Regimenter der Landstreitkräfte abgeschafft worden. Die Wehrpflichtigen, die auf Schlachtfeldern in Mittel- und Osteuropa kämpfen und sterben sollten, stellten bisher den größten Teil der Armee dar. Sie werden jetzt nicht mehr gebraucht. Die Aufteilung in Divisionen ist veraltet, und die französische Armee hat nun in Anlehnung an das britische Modell eine Aufteilung in Brigaden vorgenommen. Diese Brigaden sind in verschiedenen Bereiche spezialisiert (Panzer, Infanterie, Hubschrauber, Pioniere etc.) und sehr mobil, so daß die Armee schnell auf die jeweiligen Anforderungen reagieren kann. Im Dienste des Kapitalismus arbeitet auch die Armee mit kapitalistischen Methoden, wie Schnelligkeit und Flexibilität.

Und schließlich ist mit der Umwandlung in eine Berufsarmee das Ende einer ganzen Epoche eingeleitet worden: die der militärischen Unabhängigkeit Frankreichs. Die neue Berufsarmee ist so konzipiert, daß sie in multinationale Streitkräfte integriert werden kann, wie zum Beispiel in die NATO, die zukünftigen europäischen Streitkräfte und in UNO-Missionen. Um diese Integration zu erleichtern, ist mit der Reform auch eine neue Kommandostruktur nach dem Vorbild der NATO eingeführt worden. Selbst die afrikanischen Streitkräfte (in den mit Frankreich befreundeten Staaten) sollen in bewaffnete afrikanische Interventionstruppen umgewandelt werden, die mit Unterstützung Frankreichs oder Europas in die Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent eingreifen sollen. Auch in diesem Bereich paßt sich die Armee der neuen Form des Kapitalismus an. Zu Zeiten des nationalen Kapitalismus war die französische Armee weitgehend unabhängig, in der heutigen Zeit der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit muß sich die französische Armee in eine internationale, militärische »Holding« integrieren.

Die Durchführung der Reform gestaltet sich in den verschiedenen Teilstreitkräften unterschiedlich schwierig. In der Marine und den Luftstreitkräften, wo die Reform größtenteils abgeschlossen ist, gibt es keine Schwierigkeiten, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Im Gegensatz dazu ist es für die Landstreitkräfte, die einen vergleichsweise größeren Anteil an Wehrpflichtigen haben, sehr aufwendig, die Reform durchzuführen. So leisteten zum Beispiel 1989 54 % der einberufenen Wehrpflichtigen ihren Militärdienst bei den Landstreitkräften ab, 10,6 % bei den Luftstreitkräften, 8,8 % bei der Marine und der Rest in verschiedenen anderen Bereichen des Verteidigungsministeriums, wie zum Beispiel der Gendarmerie.

Um sie zu ersetzen, sind verschiedene Mittel vorgesehen.

Erstens soll die Anzahl der Zivilangestellten in der Armee erhöht werden, um die militärischen Kräfte von verschiedenen Aufgaben zu entlasten. Von 1996 bis 2002 soll die Zahl der Zivilangestellten von 6.500 auf 10.500 steigen (d.h. von bisher 13 % auf 19 %).

Zweitens soll eine neue militärische Satzung geschaffen werden, nach der Freiwillige sich für ein Jahr verpflichten können. Dieser Jahresvertrag kann bis zu vier Mal verlängert werden. Er gilt vor allem für Bereiche innerhalb der Armee, in denen zivile Berufe aufgeübt werden können, wie zum Beispiel in der Verpflegung oder als Maschinist, Koch, Wartungsarbeiter, Informatiker, Verwaltungsangestellter. Der Verdienst richtet sich nach der Qualifikation, bei der Marine zum Beispiel verdienen wenig qualifizierte oder ungelernte Freiwillige 4.363 Francs (1.301 DM) monatlich, diejenigen mit Vordiplom erhalten 5.231 Francs (1.560 DM). Unterkunft und Verpflegung sind kostenlos, und die Soldaten können sich verschiedene Prämien verdienen (vor allem bei Auslandseinsätzen).

Drittens soll die Anzahl der Berufssoldaten erhöht

Kontakt

Le RIRe
BP 2402
F-13215 Marseille cedex 02

E-Mail:
lerire@wanadoo.fr

Zeichnung: Le RIRe

werden. Die Landstreitkräfte haben den höchsten Bedarf. Sie müßten jährlich zwischen 10.000 und 15.000 ranghohe Soldaten für bis zu 22 Jahre verpflichten, um den Bedarf zu decken. Schließlich gibt es noch die Möglichkeit, eine Reservearmee von 100.000 Soldaten zu schaffen. Diese Reservisten wären ehemalige Berufssoldaten und Freiwillige, die jährlich für kurze Zeiträume Militärdienst leisten und die bis zu vier Monaten an Auslandseinsätzen teilnehmen können. Sie würden im Ernstfall mobilisiert werden.

Arbeitslosigkeit als Rekrutierungshilfe

Eine Wehrpflichtarmee besteht aus Zwangsverpflichteten, eine Berufsarmee aus Freiwilligen. Im ersten Fall stützt sich der Staat auf bestehende Strafgesetze, im zweiten muß er einen »Beruf« attraktiv erscheinen lassen, der dies nicht ist. Der Armee erwachsen daraus eine große Anzahl an Veränderungen und Schwierigkeiten.

Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist ein Mittel zur Rekrutierung. Der Eintritt in die Armee als Berufssoldat oder Freiwilliger wird jungen Männern und Frauen auf der Suche nach dem ersten Arbeitsplatz als eine große Chance, Berufserfahrung zu sammeln, nahegelegt, um ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Dieses Argument zieht in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit sehr gut, verliert aber an Wirkung, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt. Während dies für Tätigkeiten, die keine Qualifikation erfordern, bei jeglicher Arbeitsmarktlage unproblematisch erscheint, kann dann die Rekrutierung gefragter ziviler Berufstätiger, wie zum Beispiel Informatiker, schwierig werden.

Damit die Armee unabhängig von der Situation auf dem Arbeitsmarkt attraktiv bleibt, müssen gute Arbeitsbedingungen geboten (Unterbringung, Arbeitszeit, Urlaub, diverse Vorteile) und wettbewerbsfähige Gehälter gezahlt werden. Bis heute verrichteten die Wehrpflichtigen vielfältige Aufgaben für einen Sold von 500/600 Francs (76/91 DM) monatlich, ungefähr einem Zehntel des Mindestverdienstes, was dem Verteidigungsetat beträchtliche Einsparungen brachte. Ab jetzt wird der Sold den Etat zum Nachteil anderer Bereiche belasten, zu Lasten der Ausgaben für die Funktionalität der Streitkräfte, wie zum Beispiel für militärische Übungen, Manöver oder Wartung des Materials. Auch die Kredite für die Anschaffung militärischer Ausrüstung sind betroffen. Das erhöht den Druck, die französische Armee in einen größeren militärischen Rahmen zu integrieren, um Kosten zu sparen. An weiteren Problemen des französischen Militärs ist die Aufnahme von Frauen in die Armee zu nennen oder die Frage der Schaffung eines Berufsverbandes.

Aber am Prinzip wird sich nichts ändern. Armee bleibt Armee, egal ob Wehrpflicht- oder Berufsarmee. Für Antimilitaristen geht der Kampf weiter.

Georges Broussaille
Übersetzung: Christiane Klinger

Kriegsdienst nach Losentscheid

Die dänische Armee in der Wehrpflichtfalle

Im Jahr 1864 erlitt Dänemark eine bittere militärische Niederlage durch seinen Nachbarn im Süden, Preußen. Schleswig, das seit dem Jahre 811 zum dänischen Königreich gehört hatte, war jetzt, 1000 Jahre später, in die Hände des Feindes gefallen. Der preußisch-dänische Krieg war bisher der letzte Krieg, in dem dänische Truppen gekämpft haben, um die Grenzen des Landes zu verteidigen. Der nördliche Teil Schleswigs kam 1920 auf dem Wege der Volkabstimmung zum dänischen Staat zurück. Die kriegerische Vergangenheit war damit abgeschlossen. Selbst während des zweiten Weltkrieges blieb der Einsatz dänischer Truppen auf wenige Schüsse beschränkt. Vernünftigerweise hat man gegen eine gewaltsame Übermacht ohne militärischen Widerstand sofort aufgegeben, als die Wehrmacht Hitlers am 9. April 1940 das Land besetzte. Die traditionelle Aufgabe des Militärs als Verteidiger des dänischen Staatsgebiets ist jetzt, nachdem weitere 60 Jahre vergangen sind, fast ausgespielt. Auch traditionelle Befürworter der Armee geben das allmählich zu.

Am 5. September 1998 unterschrieben der dänische Verteidigungsminister und seine Kollegen aus Polen und Deutschland in Szczecin ein Abkommen zur Errichtung eines dänisch-polnisch-deutschen Korps – des »Multinational Corps Northeast«. Dieses Korps ist ein wichtiger Teil einer Strategie, die zu einer völligen Integration Polens in die militärische Zusammenarbeit in der NATO führen soll. Die Errichtung einer engen militärischen Zusammenarbeit mit einem ehemaligen Mitglied des Warschauer Pakts ist ein Symbol für die Ziele, die Dänemark sich für die nähere Zukunft gestellt hat. Daß Polen und andere ehemalige Ostländer (Warschauer-Pakt-Staaten) zunehmend von potentiellen Feinden in zukünftige Freunde und Partner für eine Zusammenarbeit transformiert werden, ist für die nationalen Interessen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mehr und mehr entscheidend.

Umdenken und Neuorientierung sind jetzt dringend erforderlich. Nach dem Ende des Kaltes Krieges muß ohne weiteres Zögern mit einer ehrlichen politischen Diskussion über die Zukunft der Verteidigungsstreitkräfte, über die Wehrpflicht und über den Rüstungsetat begonnen werden. Die Marine hat derzeit gerade ein gebrauchtes U-Boot von Schweden gekauft. Viele Menschen fragen sich: Wozu brauchen wir ein U-Boot? Wozu brauchen wir überhaupt eine Verteidigung? Als das Land vor 61 Jahren angegriffen wurde, hat man sowieso sofort aufgegeben. Heute sind die Feinde verschwunden oder besser: Sie haben sich in gute Freunde verwandelt. Manche Menschen sähen es deshalb gern, daß man einen neuen Feind findet, andere möchten, daß man das Geld lieber für was besseres benutzt.

(1) Eine von mehreren Sonderregelungen in einem Zusatzvertrag zum Maastricht-Vertrag, die z.B. besagt, daß Dänemark nicht an der geplanten Verteidigungsgemeinschaft teilnehmen muß.

Dänemark ist seit Gründung der Nato deren Mitglied und seit 1972 EU-Mitglied. Man hat sich eine vertragliche Sonderregelung gegen die militärische Zusammenarbeit innerhalb der EU gesichert. (1) Dieser Vorbehalt wird seit längerer Zeit diskutiert und wird mit Wahrscheinlichkeit in der Zukunft wieder aufgehoben. Dänemark hat sich im Lauf der Jahre mehrfach mit Soldaten an UN-Einsätzen beteiligt. In Bosnien sind derzeit 775 dänische Soldaten als Mitglieder der Sfor stationiert. An der Blokkade des Iraks nach dem Krieg am Persischen Golf war Dänemark symbolisch mit einem Schiff beteiligt. Auch am Angriff gegen Jugoslawien waren dänische Jagdflieger beteiligt, wenn auch nur als Hilfstruppe. Im allgemeinen sind dänische Politiker froh, wenn sie »mit den Großen spielen« dürfen. Die Beteiligung an internationalen militärischen »Operationen« wird daher zunehmend gefördert. Nur einzelne politische Gruppierungen und Parteien sind gegen diese Entwicklung. Im allgemeinen unterstützen die politischen Parteien ein aktives dänisches Engagement mit Ausrüstung und Soldaten in internationalen Einsätzen.

Dänische Soldaten werden deswegen auch künftig in Militäreinsätzen im Rahmen von UN, OSZE, NATO und – wenn die Vorbehalte eines Tages aufgehoben sind – in der EU eingesetzt werden. Es wird heute deswegen offen anerkannt, daß die künftigen Aufgaben dänischer Soldaten sich grundsätzlich von den früheren unterscheiden werden. Für diese Aufgaben werden bessere Ausrüstung, bessere Organisation und vor allem besser ausgebildetes Personal gebraucht.

In der neueren Geschichte des Landes ist die Verteidigung auf einem Wehrpflichtsystem aufgebaut. Angesichts der neuen Lage wird dieses System von mehreren Seiten in Frage gestellt: Die Teilnahme an der »internationale Brigade« der dänischen Armee fordert gut ausgebildete und motivierte Soldaten. Es hat sich als schwierig herausgestellt, eine ausreichende Anzahl von Freiwilligen zu rekrutieren. Heute werden diese Soldaten unter den Wehrpflichtigen rekrutiert, und zwar unter großen Schwierigkeiten. Viele, die sich vor der Ableistung ihrer Wehrpflicht vorstellen konnten, anschließend Berufssoldaten zu werden, haben im Verlauf ihres Wehrdienstes ihre Meinung geändert.

Viele junge Leute sehen den Wehrdienst als Zwangsdienst, als veraltet und sinnlos an. In dem heutigen Wehrpflichtsystem dauert die Dienstzeit 3 bis 12 Monate. Das »Bereitschaftskorps« – vergleichbar dem deutschen Katastrophenschutz – hat eine Dienstdauer zwischen 3 und 6 Monaten. Seine Aufgabe ist es, der Zivilbevölkerung während eines Krieges zu helfen, Brände zu löschen, und es wird auch bei anderen Katastrophen eingesetzt.

Der Dienst in den Streitkräften dauert zwischen 4 und 12 Monaten. Die Länge der Dienstzeit ist von der Art des Dienstes abhängig und wird nicht von dem Wehrpflichtigen selbst bestimmt. Alle Männer zwischen dem 18. und 55. Lebensjahr sind potentielle Soldaten. Das heißt, alle können zum Kriegsdienst einberufen werden. Es gibt keine obere Altersgrenze für die Grundausbildung, aber Praxis ist, daß niemand nach dem 35. Lebensjahr einberufen wird. Der Umfang von Wiedereinberufung variiert sehr. Ob jemand erneut einberufen wird, hängt von der militärischen Funktion des einzelnen ab und davon, wer gebraucht wird. Abgesehen von denen, die sich freiwillig melden, werden diejenigen Wehrpflichtigen, die auch einberufen werden, durch Losentscheid ausgewählt.

Preußische Gloria im deutsch-dänischen Krieg

Allgemein gibt es in der Bevölkerung eine Abneigung gegen die Wehrpflicht. Auch fast alle Jugendverbände der politischen Parteien sind heute der Meinung, daß die Wehrpflicht abgeschafft werden muß. Der Widerwille konzentriert sich auf den Willkürakt, der mit dem Lossystem verbunden ist. Das funktioniert so: Nach der Musterung zieht jeder tauglich Gemusterte ein Los »wie im Kopenhagener Tivoli«. Je höher die Nummer ist, desto unwahrscheinlicher ist es, einberufen zu werden. Je niedriger die Nummer, desto sicherer ist es. Bis zu welcher Nummer einberufen wird, hängt davon ab, wieviele Soldaten gebraucht werden. Es ist nur deshalb möglich, so mit den Menschen umzugehen, weil die Betroffenen gerade erst 18 Jahre alt sind. Später, wenn sie als Wähler mit ihrer Stimme Einfluß auf die Politik ausüben können, sind sie nicht mehr persönlich betroffen und denken nicht mehr darüber nach. In der Praxis wird also nur jeder vierte junge Mann einberufen. Die Anzahl der tatsächlich dienstleistenden Wehrpflichtigen hat sich im Lauf der 90er Jahre halbiert. Zur Zeit sind es jährlich 5000. Frauen dürfen in der Armee dienen, müssen aber nicht. Dieser willkürliche Freiheitsentzug wird von vielen als sehr ungerecht angesehen.

Weil das Militär heute wegen Einsparungen und wegen der politischen Situation in Europa nur wenige Rekruten braucht, ist es sehr einfach, den Dienst zu verweigern. Der Übertritt zum Zivildienst ist jederzeit während des Wehrdienstes möglich, und es ist keine Strafe damit verbunden. Die Länge der Dienstzeit ist die gleiche. Als Grund muß ein Gewissenskonflikt vorliegen. »Gewissenskonflikt« kann hier fast alles heißen: pazifistische Überzeugungen, antimilitaristische, religiöse und sogar politische Gründe. Man muß nichts erläutern, sondern nur eine Erklärung unterschreiben. Der einzige Grund, der nicht anerkannt wird, ist, daß man keine Lust hat. Die Anzahl von Zivildienstleistenden betrug in den letzten Jahren um die 700. Diese Zahl zeigt jedoch nicht, wie viele junge Leute den Dienst mit der Waffe hätten verweigen wollen, da die Verweigerung erst dann notwendig ist, wenn man die niedrige Nummer im Losverfahren gezogen hat, die die Einberufung bedeutet. Zivildienst wird in verschiedenden Organisationen geleistet, zum Beispiel bei amnesty international, in Umweltorganisationen, Theatern usw. Zivildienstleistende werden nicht in Krankenhäusern oder Pflegeheimen eingesetzt wie in Deutschland.

Ist das Wehrpflichtmodell noch sinnvoll oder soll das Militär zunehmend eine Aufgabe für Berufssoldaten und für Freiwillige mit Zeitvertrag werden? Ist Zwangseinberufung notwendig, wenn das Land von niemandem bedroht wird? Kann man überhaupt noch von einer allgemeinen Wehrpflicht sprechen, wenn nur jeder achte junge Mensch einberufen wird? Ist es in einer demokratischen Gesellschaft zu verantworten, daß nur wenige aufgrund eines Losentscheids und unter Androhung von Freiheitsstrafe zu einem Pflichtdienst gezwungen werden?

Lars Petersson

Alice Stewart-Sandford hat ein Leben beim Militär verbracht – bevor sie 18 war. 1975 als Tochter britischer Militärangehöriger in Westberlin geboren, hat sie viele Kasernen von innen gesehen: in der Bundesrepublik, in Großbritannien, in Nordirland. Als Vierzehnjährige trat sie den British Junior Leaders bei, einer Schule, in der Jugendliche für eine spätere Militärlaufbahn ausgebildet werden. Die Junior Leaders durchlaufen eine ähnliche Ausbildung wie in einer Kadettenschule, gelten im Vergleich mit Kadetten jedoch als Elite. (Kadettenschulen gibt es in Großbritannien außerdem.) Der Zweck dieser Schulen ist in erster Linie Nachwuchsgewinnung fürs Militär. Nach zwei Jahren lief Alice von den Junior Leaders weg und verließ die Armee für immer. Später kam sie zurück nach Berlin. Hier arbeitet sie heute als Übersetzerin und Sprachenlehrerin. illoyal sprach mit Alice über ihre Zeit bei den British Junior Leaders. (Redaktion)

»Auch ein Sandsack symbolisiert einen lebendigen Menschen«

Wie das Militär aus Jungen und Mädchen Soldaten macht

illoyal: Als du vierzehn warst, bist du bei den Junior Leaders eingetreten. Wie kam es dazu?
Alice: Das haben meine Eltern geregelt. Ich bin von der Zivilschule ausgesondert worden und sollte nach Sandhurst kommen. Meine Eltern wurden nach London versetzt, und ich sollte gleich nebenan nach Sandhurst zu den Junior Leaders gehen. Inzwischen ist das Mindestalter auf 16 hochgesetzt worden. Vor elf Jahren konntest du mit vierzehneinhalb eintreten. Ich habe einen Aufnahmekurs gemacht, eine medizinische Untersuchung, dann wurde in einem 3-Tage-Training die Fitneß getestet.

illoyal: In welche Schulen bist du bis zu diesem Zeitpunkt gegangen?
Alice: Das waren zivile Schulen innerhalb der Kasernengelände. Mit fünf bin ich in die Schule gekommen, als ich sechseinhalb war, sind wir in Belfast stationiert worden. Dort war die Kaserne von einer riesigen Mauer mit Stacheldraht umgeben. Du wurdest morgens von Soldaten abgeholt und mit einem Landrover oder Armeebus in die Schule gebracht und hinterher wieder zurück.

illoyal: Warum wolltest du zu den Junior Leaders?
Alice: Ich habe mich zum ersten Mal damit auseinandergesetzt, als ich zwölf war, als in der Schule gefragt wurde, was wir werden wollen. Ich habe eine Sprachbegabung. Deshalb bin ich dann auch zu einer Militäruni geschickt worden, um dort untersucht zu werden. Dort wurde festgestellt, daß ich Sprachen schnell aufnehmen, lernen und wiedergeben kann. Ich habe mich sehr gefreut. Was ich nicht wußte, ist, daß meine Eltern daran dachten, mich in der Spionage einsetzen zu lassen. Als ich 13 war, kurz bevor ich zu den Junior Leaders gegangen bin, hatte ich Besuch von einem Offizier, der gesagt hat, daß ich für Abhörgeschichten eingesetzt werden könnte.

illoyal: Habt ihr Unterricht erhalten wie in jeder anderen Schule?
Alice: Einerseits ja. Andererseits steht die Auseinandersetzung mit dem Militär im Vordergrund. Du trägst von Anfang an Uniform. Diese Uniform bedeutet deine Identität, und deshalb sollst du darauf aufpassen. Der Unterricht ist geteilt. Vormittags gibt es einen theoretischen Teil, am Nachmittag Sport: militärisch orientiertes Training. Dir werden die Waffen erklärt, und du erhältst Ausbildung an der Waffe. Du lernst marschieren und bekommst Drillunterricht. Am Vormittag hast du viel Geographie, Kartenlesen, Logistik, Kommunikationswesen etc. Alle Fächer werden subtil mit militärischen Inhalten durchzogen. In jedem Raum hängt ein großes Bild von der Queen. Geschichtsunterricht ist auf Militärgeschichte und auf das Könighaus ausgerichtet. Du denkst: Ich verteidige nicht nur mein Land, ich mache das auch für die Queen, und wenn ich gut bin, bekomme ich einen Orden.

illoyal: In welchem Verhältnis steht die Schule zum richtigen Militär?
Alice: Alle Junior Leaders haben ein Hauptregiment, dem sie angeschlossen sind. Ich wurde dann den Signals zugeordnet, das ist eine Einheit, die mit Kommunikation zu tun hat, im Feld oder in den Kasernen, Telefonanlagen, Internet, Radar.

illoyal: Wie ist denn die Verbindung zu diesem Hauptregiment gewesen?
Alice: Offiziere kommen, die dir das Regiment erklären, seine Aufgabe, seine Geschichte. Die Jungs wollen natürlich alle zu den Guards, den königlichen Leibwachen. Bei diesem Regiment geht es nach Schönheit und Größe. Alle müssen ungefähr gleich aussehen. Diejenigen, die »körperlich etwas unglücklicher« aussehen – »the physical unfortuned« – die landen meistens beim Catering Corps oder bei den Clercs, den Schreibern. Die müssen nur einige Pflichtmanöver im Jahr machen, damit sie noch wissen, was eine Waffe ist.

illoyal: Ist die Schule militärisch durchorganisiert?
Alice: Jede Junior-Leaders-Einheit ist militärisch. Und es melden sich viele Jugendliche dafür, die absehen können, daß sie auf anderem Wege kein Abitur machen würden.

illoyal: Das heißt, es ist eine Karrierechance für Schüler, denen sonst die finanziellen Mittel fehlen.
Alice: Ja. Ich finde es ja gut, daß jemand aufgefangen wird. Bloß daß es beim Militär geschieht, ist schlecht. Einige Kumpels sind zu den Junior Leaders

Alice Stewart-Sandford als Schülerin bei den Junior Leaders

gegangen, weil sie es zu Hause nicht ausgehalten haben und ihre Eltern Alkoholiker waren. Die haben sich bei den Junior Leaders pudelwohl gefühlt. Du wirst eingekleidet, hast eine Unterkunft, bekommst regelmäßig Essen, wirst vor dem sozialen Abstieg bewahrt, wenn du zum Beispiel eine kleine Jugendstrafe hast und dich dann für die Junior Leaders entscheidest. Manche bekommen das von ihrem Bewährungshelfer empfohlen.

illoyal: Sind Junior Leaders Kadetten?
Alice: Ja. Bessere Kadetten.

illoyal: Seit wann gibt es Kadetten in Großbritannien?
Alice: Seit Königin Victoria. Die Queen selbst war im zweiten Weltkrieg bei den Cadets. Die Junior Leaders sind nach dem 2. Weltkrieg gegründet worden.

illoyal: Wieviel Juniors Leaders-Schulen gibt es?
Alice: In jeder größeren Stadt gibt es Junior Leaders, also sind es vielleicht 25 Junior-Leaders-Schulen. Eine Klasse umfaßt zwischen 20 und 25, es gibt mehrere Klassen pro Jahrgang. Die SchülerInnen wohnen im Internat, außer am Wochenende.

illoyal: Hattest du auch Kontakt zu Jugendlichen »außerhalb«?
Alice: Wenn du nach Hause gefahren bist, vielleicht. Aber du bist oft in den Ferien dageblieben. Das ist wie Ferienlager, da gibt es Sport und Action, teure Sportarten, Snowboarding, Rafting, das ist ein Riesenspaß, und es geht dir auch wirklich gut. Das sieht aus wie Pfadfindertum.

illoyal: Aber es sind keine Pfadfinder.
Alice: Nein, es ist Ernst. In dem Alter empfindest du das aber als Pfadfinder. Und du bist auch an Uniform gewöhnt. Du denkst darüber nicht nach.

illoyal:
Wie hoch war der Anteil der Mädchen?
Alice: Ein Drittel. Heute sind es mehr, weil sie mehr Einsatzmöglichkeiten haben, nicht mehr nur als Krankenschwestern und in der Küche. Frauen wollen sogar zu SAS. Ich glaube, die wissen nicht, was so eine Einheit bedeutet.

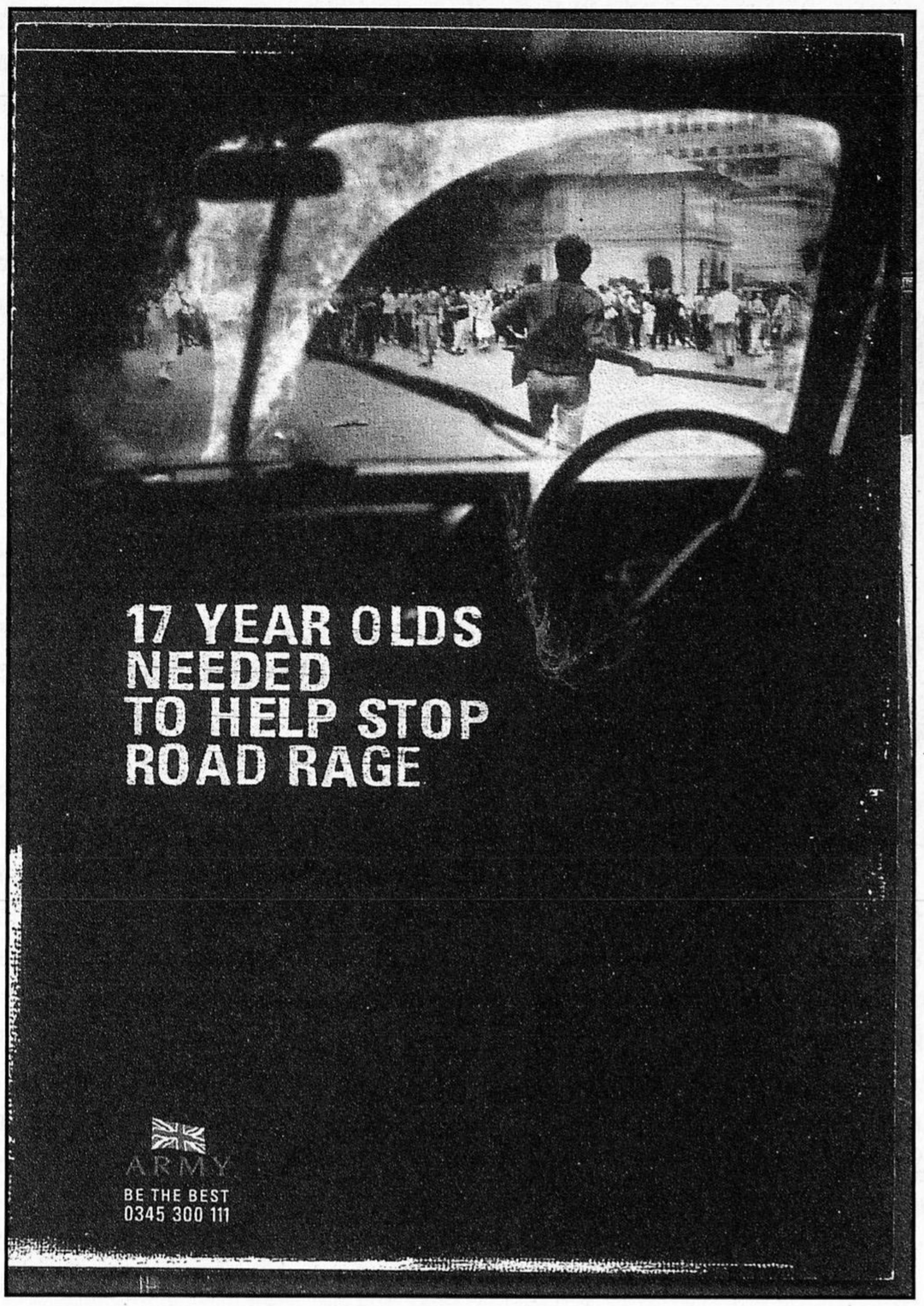
illoyal: Wie war dein Alltag organisiert?
Alice: Stubendienst, Flurdienst, wie bei der richtigen Armee. 6 Uhr aufstehen, bis 6.30 sportlich betätigen, 6.30 Appell auf dem Drillsquare, dann Waschen, Zähneputzen, dann mußt du nachsehen, ob du an dem Tag Dienst im Tarnanzug oder in der normalen Uniform hast. In der Mensa arbeiten welche vom Catering Corps, alles Berufssoldaten. Abends hängst du in deinem Army-Trainingsanzug ab. Wenn du rausgehst, dann nur in Uniform, auch am Wochenende. Es gibt genaue Vorschriften, wie dein Spind auszusehen hat und wie du die Wäsche falten mußt.

illoyal: Hast du deine Lehrer als Vorgesetzte betrachtet?
Alice: Sie tragen Uniform, sie sprechen mit dir wie Vorgesetzte. Du wirst nicht mehr mit dem Vornamen angesprochen und bekommst einen Rang. Zuerst bist du Soldier. Ich war innerhalb von drei Monaten Corporal. Das spornt dich an. Du bekommst einen Streifen, irgendwann einen zweiten, dann wirst du Sergeant, und dann wird es ernst. Es ist erwünscht, daß alle eine Militärkarriere machen, und außer mir sind auch alle, die mit mir dort waren, beim Militär gelandet. Wäre ich nicht weggelaufen, wäre ich auch dabei. Weil ich weggelaufen bin, hat mein Vater zwei Ränge verloren. Erst Jahre später habe ich mich mit meinen Eltern wiedergetroffen.

illoyal: Gibt es unter den Schülern eine Hierarchie?
Alice: Schon. Dir wird in Sozialkunde klargemacht, daß alles eine Einheit ist und daß es nicht um besser oder schlechter geht. Andererseits gewinnt nur der Stärkere. Wer den höchsten Rang hat, zieht die Schwächeren mit. Wenn du zum Beispiel lange krank bist, hast du einen niedrigeren Rang, weil du einfach eine Weile nicht mitgemacht hast. Aber ausgelacht wirst du nicht, dafür droht Rausschmiß. Konkurrenzdenken gibt es trotzdem. Und die Jungen lassen die Mädchen wissen, sie werden immer die Stärkeren sein. Das ignorierst du, aber die Vorgesetzten sagen »Mädels, ihr werdet nie gleichberechtigt sein. Entweder heiratet ihr einen Soldaten, oder ihr landet in der Schreibstube.«

illoyal: Aber du wolltest das nicht.
Alice: Ich habe einen Soldaten geheiratet, mit 16. Mit 15 1/2 bin ich weggelaufen, bin in London untergetaucht und habe in Pubs gejobbt. Und dort habe ich irgendwann meinen späteren Mann kennengelernt. Da spielte auch eine Rolle, daß er von der Army eine Wohnung bekam. Ich dachte, wenn ich mit ihm zusammen bin, und er liebt mich, habe ich

eine feste Wohnung, und mein Name ändert sich. Das war Quatsch. Wenn du einen Soldaten heiratest, hat das Verteidigungsministerium deine Daten. Ich habe in der Armeewohnung gesessen und durfte nichts machen. Zum Dienst wollte ich mich



Werbung für die britische Armee

nicht melden. Mein Mann war dauernd weg, und wenn er von den Manövern kam, fing er an, mich zu schlagen. Ich habe mir ein Herz gefaßt und bin an der Regenrinne runtergerutscht aus dem 2. Stock bei Nacht und Nebel. Dann bin ich zum Militärkrankenhaus gelaufen, und dort wurden Prellungen und ein Milzriß festgestellt. Mein Mann wurde verhaftet. Weil er aber ein extrem guter Soldat war, war er ein paar Wochen später in einer anderen Stationierungseinheit, und hat wieder normalen Dienst gemacht. Ich bin nach Berlin zu einer Freundin. Dann bin ich aber erst einmal wieder nach England zurück und habe eine Tanz- und Gesangsausbildung gemacht und als Sängerin für Bands herumgejobbt. Die Versuchung, zur Armee zurückzukehren, ist groß, wenn es dir finanziell richtig schlecht geht.

illoyal: Warum hast du das trotzdem nicht gemacht?
Alice: Heute finde ich es falsch, auch nur mit einem aufgepflanzten Bajonett in den Sandsack zu pieken, weil der einen lebenden Menschen symbolisiert. Dir wird gesagt: Die Nahkampfausbildung muß sein, aber wir haben Nuklear- oder ABC-Waffen, die erledigen das. Zum Nahkampf würde es überhaupt nicht kommen.

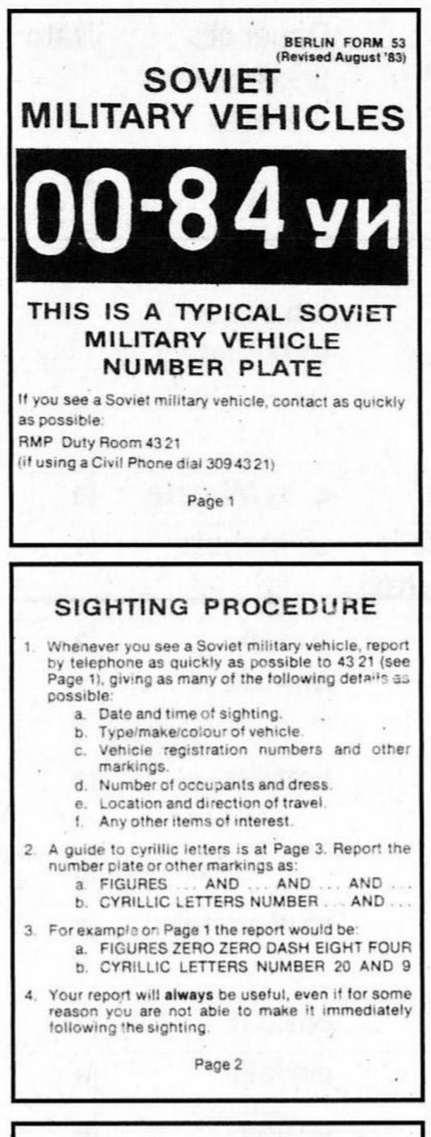
illoyal: Aber es gibt doch Einheiten, die speziell dafür ausgebildet werden, bei der britischen Armee ebenso wie bei der Bundeswehr.
Alice: Jeder britische Soldat, der auf sich hält, will zur SAS. Das gehört dazu: Wenn dir die Haut in Fetzen runterhängt, mußt du noch dein Land verteidigen und für die Krone kämpfen. Und klar gibt es Nahkampfsituationen, zum Beispiel im Falklandkrieg. Wenn du dich damit auseinandersetzt, fragst du dich, was passiert, wenn die anderen besser oder mehr sind. Dieser Zweifel soll dir genommen werden.

illoyal: Habt ihr daran geglaubt?
Alice: Du verschiebst die Realität, du fühlst dich unschlagbar. Du bist nie allein, immer soll jeder jedem helfen. Und wenn der Feind in der Überzahl ist, und es kommt zum Nahkampf, sollst du dich entweder selbst in die Luft jagen oder dir eine Kugel in den Kopf schießen. Wir haben gelernt, wie man das macht. Und einer hat es auch gemacht, weil er Liebeskummer hatte.

illoyal: Ihr solltet euch lieber umbringen, als euch in die Hände des Feinds zu begeben? Wie wurde das begründet?
Alice: Weil es grausamer ist, langsam in Feindeshand zu sterben, als sich selbst für das Land zu opfern und als Soldat schnell und schmerzlos zu sterben.

illoyal: Haben sie euch gesagt, daß »der Gegner« alle umbringt?
Alice: Ja, langsam. Du wirst erst gefoltert... Das war Gehirnwäsche: Der Ernstfall, daß du Kriegsgefangener wirst, wird geprobt. Sie strahlen dich mit ekligen Lampen an, sie tragen die Uniform von potentiellen Gegnern, Irakis, Sowjets, was weiß ich, die Gefangennahme wird simuliert. Du wirst an einen Ort gebracht, an dem normalerweise Überlebenstraining gemacht wird. Feinde fangen dich aus dem Hinterhalt, du wirst mit verbundenen Augen abgeführt usw. Und du darfst deinen Namen und deine Dienstnummer nennen, nicht mehr und nicht weniger, immer nur: »Two four six three one five nine zero Corporal Stewart.« Wir haben Survival-Training gemacht, Ernstfall-Situationen geübt, hatten zwei Wochen lang nur wenige Stunden Schlaf am Tag. Und du kommst da raus und denkst, was ist denn ein Supermarkt? Oder ne Zeitung? Weil du übermüdet bist. Und jeder britische Soldat, gerade wenn sie in Nordirand eingesetzt sind, ist auf Uppers und Downers, Coffeintabletten, von denen du hellwach bist, und dann nimmst du wieder was, damit du ein bißchen schlafen kannst. Mein Vater hat mir welche gegeben. Heute nenne ich das Medikamentenmißbrauch.

illoyal: Findest du solche Erziehungsmethoden mit den Menschenrechten vereinbar?
Alice: Ich habe manchmal gedacht, daß das falsch ist und hatte das Gefühl, »Mann, dafür bin ich doch viel zu jung.« Aber wenn so viele es machen, denkst du irgendwann, ist es okay und was du als negativ oder belastend empfindest, gehört dazu. Dir wird gesagt: »Entweder du willst diesen Karriereweg



BERLIN FORM 53
(Revised August '83)

SOVIET MILITARY VEHICLES

00-84 УИ

THIS IS A TYPICAL SOVIET MILITARY VEHICLE NUMBER PLATE

If you see a Soviet military vehicle, contact as quickly as possible:
RMP Duty Room 4321
(if using a Civil Phone dial 309 4321)

Page 1

SIGHTING PROCEDURE

1. Whenever you see a Soviet military vehicle, report by telephone as quickly as possible to 43 21 (see Page 1), giving as many of the following details as possible:
   a. Date and time of sighting.
   b. Type/make/colour of vehicle.
   c. Vehicle registration numbers and other markings.
   d. Number of occupants and dress.
   e. Location and direction of travel.
   f. Any other items of interest.
2. A guide to cyrillic letters is at Page 3. Report the number plate or other markings as:
   a. FIGURES ... AND ... AND ... AND ...
   b. CYRILLIC LETTERS NUMBER ... AND ...
3. For example on Page 1 the report would be:
   a. FIGURES ZERO ZERO DASH EIGHT FOUR
   b. CYRILLIC LETTERS NUMBER 20 AND 9
4. Your report will **always** be useful, even if for some reason you are not able to make it immediately following the sighting.

Page 2

GUIDE TO CYRILLIC LETTERS

А	1	П	12	Х	22
Б	2	М	13	Ц	23
В	3	Н	14	Ч	24
Г	4	О	15	Ш	25
Д	5	П	16	Щ	26
Е	6	Р	17	Э	27
Ж	7	С	18	Ю	28
З	8	Т	19	Я	29
И	9	У	20		
К	11	Ф	21		

Page 3

Kinder britischer Militärangehöriger in Westberlin wurden zu Zeiten der Blockkonfrontation angehalten, eventuelle Begegnungen mit sowjetischen Militärfahrzeugen zu melden und erhielten dazu diese »Merkzettel«

oder du willst nicht.« Und da gibt es keinen Psychologen, zu dem du rennen kannst. Du kannst es deinen Familienmitgliedern erzählen, wenn sie selbst bei der Armee sind. Wenn du erst einmal eine Weile dabei bist und dich auf viele Jahre verpflichtet hast, wirst du praktisch lebensunfähig und kommst in der zivilen Welt nur noch schwer zurecht.

illoyal: Erwachsene nehmen möglicherweise bewußt in Kauf, weniger Rechte zu haben, wenn sie Soldaten sind. Aber Jugendliche?
Alice: Natürlich nein. Aber wenn du dort bist, wird dir vorgegaukelt, daß du schon erwachsen bist, erst Kind und dann gleich erwachsen, nie Jugendliche. Du machst Sachen, die eigentlich nur Erwachsene machen. Du fühlst dich extrem alt. Hiphop hören, rumhängen, bißchen täggen, der ganze Kikikram, das fehlt mir. Ich habe unheimlichen Nachholbedarf. Diese Zeit habe ich mir selbst geklaut, weil ich mich für den Beruf des Kriegs habe ausbilden lassen.

illoyal: Und ihr habt Zugang zu scharfen Waffen gehabt?
Alice: Unter Anleitung. Der Junge in meiner Gruppe, der sich das Leben genommen hat, war allerdings über 16. Hätte er keinen Zugang zu dieser Waffe gehabt, wäre es nicht passiert. Durch diese Handreichung wurde es ihm leichter gemacht. Ich habe schon als Kind gedacht, wenn mir jemand was ganz Schlimmes tun will, dann schieße ich mich selber tot. Weil mein Vater auch immer die Dienstwaffe zu Hause hatte. Bevor dir jemand weh tut, machst du lieber das. Das geht schneller.

illoyal: In welchem Alter kann sich jemand bewußt für oder gegen die Armee entscheiden?
Alice: Der Einfluß war schon im Kindergarten da. Wir fanden die Königin ganz toll. »Prinzessin Diana heiratet, und da sind so viele Soldaten, das sieht schön aus, warum kann ich das nicht machen?« Du willst dazugehören. Darauf wird spekuliert, daß jede Frau-im-Spiegel-Leserin sich wünscht, sie hätte einen Sohn, der Soldat bei der Königin wär'. Da geht es um heile Welt, Wunschdenken, Glitzer und Glamour. Bewußt entscheiden? Ab 25, frühestens. Vorher hat das mit Gehirnwäsche zu tun.

illoyal: Was ist »Junior Leaders Culture«?
Alice: Das ist eine große Familie, die sich dann auf die British Army erweitert. Die geben dir das Gefühl, daß das eine riesengroße Familie ist, in der jeder sich glücklich fühlt. Das Geld fürs Militär geht nicht nur in die Rüstung, sondern wird auch für das Wohlergehen der Soldaten verwendet. Das erinnert mich an eine Sekte. Eine eigene Sprache, bestimmte Ausdrücke, die würdest du von einem Zivilisten nie hören. Dreckwäsche zum Beispiel, zivil: laundry, bei der Armee: doubie, Schlafsack heißt nicht sleeping bag, sondern gonk bag.

illoyal: In einer Sekte glauben alle an irgendetwas.
Alice: In der Army auch: Sie glauben an Sicherheit, an das Unverletzlichsein. »Mir kann keiner was, wir sind unerschütterlich.«

illoyal: Gibt es offizielle und inoffizielle Rituale, die das Zusammengehörigkeitsgefühl festigen?
Alice: Die Army ist eine Cliquenwirtschaft, vor allem bei den Junior Leaders. Du bist von der übrigen Welt getrennt, da brauchst du Rituale und Symbole, offizielle: die Uniform, deine Einheit, dein Regiment. Offiziell: Du bist permanent im Sport eingebunden, wirst auf Wettkampf getrimmt. Der Stärkere gewinnt. Inoffiziell gibt es nach jedem Semester eine Art Taufe. Zuerst kommst du mit dem Kopf ins Klo, und dann wird gespült. Im zweiten Semester wirst du mitten in der Nacht in den Spind gesperrt, und der Spind wird an einem Seil aus dem Fenster gelassen. Wenn du das ohne Schrammen und ohne Heulerei überstehst, gehörst du dazu.

illoyal: Wird das geduldet?
Alice: Die Augen werden zugekniffen. Manches ist unangenehm. Die Nummer mit dem Spind aus dem Fenster fand ich nicht so lustig.

illoyal: Spielt Nationalismus eine Rolle?
Alice: Ja. Ich habe sogar Phasen gehabt, da dachte ich, die machen mich zur Rassistin. Noch vor zwanzig Jahren wollte man in der Armee z.B. keine Farbigen. Heute ist das anders, aber die haben keinen leichten Stand. Sie sitzen in der Mensa immer zusammen in Grüppchen an einzelnen Tischen. Und es gab auch Schimpfworte für Farbige und Asiaten, sogar, wenn es deine Kumpel sind. Du nennst die trotzdem so.

illoyal: Ich denke, wenn jemand ausgelacht wurde, wurde das bestraft.
Alice: Aber das ist was anderes, eine Hierarchie. Das sind deine Kumpels und deine Kameraden, und die Abstufung gibt es trotzdem. Die sind 80 %, du bist 100 %.

illoyal: Und was passiert, wenn Jugendliche etwas falsch gemacht haben, angetrunken sind oder so etwas?
Alice: Die Kasernen sind meistens in kleinen Orten, wo es direkten Kontakt zur Kaserne gibt. Wenn etwas los ist, kommt die Militärpolizei. Am Kasernentor bekommen sie Plastikhandschellen und werden in Gewahrsam genommen bis zum nächsten Morgen. Du kriegst eine leere Spraydose in die Hand und mußt die abkratzen und polieren, bis sie silbern glänzt. Am nächsten Tag wird entschieden, ob du zum Duty Officer kommst. Wenn du ein schwereres Vergehen, Diebstahl oder Körperverletzung, begangen hast oder so etwas, dann kommst du vor eine Extra-Abteilung des Kriegsgerichts, weil du ja noch nicht voll strafmündig bist. Dann kann es eine Abmahnung geben, und je nach Vergehen wird diese Abmahnung dir von einem Offizier in einer Form vorgetragen, daß du innerlich richtiggehend gebrochen wirst, daß du gar nicht mehr richtig denken kannst. Und so sind viele Situationen, daß du gar nicht richtig selbst nachdenken kannst, auch alltägliche. Militärleute, die lange Berufssoldat sind, sind innerlich verhärtet, grob. Sie sind auch im Privaten abgestumpft.

Die Fragen stellte Ulrike Gramann

Wehrpflichtige und Berufssoldaten in Armeen von Nato-Staaten und Nato-Beitrittskandidaten

Land	Bevölkerung	Armeeangehörige total/davon Frauen	Wehrpflicht?	Dauer der Wehrpflicht	Zahl der Wehrpflichtigen in der Armee	KDV möglich?	Dauer des Ersatzdienstes	Nato
Belgien	10,13 Mio.	39.250 / 2.570	nein (seit 1992)	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	ja
BRD	82,11 Mio.	321.000 / 4.500 7.6.2001: 303.377*, Zahl sinkend	ja	10 Monate (ab 2002: 9 Monate*)	128.400 7.6.2001: 117.144* Zahl weiter sinkend	ja	11 Monate (ab 2002: 10 Monate*)	ja
Dänemark	5,27 Mio.	21.810 / 685	ja	4 - 12 Monate	5.025	ja	4 - 13 Monate	ja
Frankreich	59,43 Mio.	389.380 / 23.890	läuft Ende 2001 aus	10 Mónate	74.360	ja, (entfällt demnächst)	20 Monate	ja
Griechenland	10,69 Mio	163.170 / 5.520	ja	18 - 23 Monate (ab 2003 12 - 16 Monate)	98.321	ja	30 - 36 Monate	ja
Großbritannien	58,88 Mio.	212.450 / 15.060	nein	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	ja
Island	283.000	keine	nein					ja
Italien	57,93 Mio.	360.600	läuft Ende 2006 aus	10 Monate	111.800	ja	10 Monate	ja
Kanada	29,51 Mio.	68.450 / 6100	nein	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	ja
Luxemburg	420.000	899	nein	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	ja
Niederlande	15,79 Mio.	51.940 / 4.155	nein (seit 1996)	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	ja
Norwegen	4,44 Mio.	26.700	ja	6 - 12 Monate	15.200	ja	14 Monate	ja
Polen	38,65	238.790	ja	4 -12 Monate	112.950	ja	?	ja (Nato-Ost-erweiterung)
Portugal	9,88 Mio.	69.950 / 2.300	läuft 2003 aus	4 Monate	5.860	ja	7 Monate	ja
Spanien	39,24 Mio.	241.810 / 5.515	läuft Ende 2001 aus	9 Monate	51.700	ja (entfällt demnächst)	9 Monate	ja
Tschechien	10,29 Mio.	63.300	ja	12 Monate	27.500	ja	**	ja (Nato-Ost-erweiterung)
Türkei	66,13 Mio	609.700 (827.700)*	ja	8 - 18 Monate	529.400	nein		ja
Ungarn	10 Mio.	55.790	ja	9 Monate	22.900	ja	?	ja (Nato-Ost-erweiterung)
USA	278,06 Mio.*	1,12 Mio.*, derzeit aufgrund der Einberufung von Reservisten höhere Anzahl	1973 abgeschafft	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	ja
Albanien	3,79 Mio.	Etwa 47.000, keine verläßlichen Angaben	?	?	?	ja	?	Beitritts-kandidat
Bulgarien	8,23 Mio.	91.760	ja	6 - 9 Monate	49.000	ja	24 Monate	Beitritts-kandidat
Estland	1,45 Mio.	7.600 /	ja	12 Monate	3.230	ja	?	Beitrittskandidat
Lettland	2,42 Mio.	8.550	ja	12 Monate	1.690	ja	**	Beitrittskandidat
Litauen	3,7 Mio.	12.700	ja	12 Monate	4.000	ja	**	
Mazedonien	2,32 Mio.	Etwa 16.000	ja	9 Monate	etwa 8.000	ja	**	Beitrittskandidat
Rumänien	22,5 Mio.	229.900	ja	12 Monate	Mehr als 108.600	?	?	Beitrittskandidat
Slowakei	5,4 Mio.	38.600	ja	12 Monate	13.600	ja	**	Beitrittskandidat
Slowenien	2,02 Mio.	9.000	ja	7 Monate	4 - 5.000	ja	?	Beitrittskandidat

Quelle der Zahlen: Military Balance für das Jahr 2000. Die Spalte Wehrpflichtdauer wurde aktualisiert. Alle anderen Zahlen, die mit einem * versehen sind, stammen aus anderen, aktuelleren Quellen.
** Ersatzdienst deutlich länger als Wehrdienst

Berichte
- Reform-

Wehrungerechtigkeit im veränderten Wehrrecht

Mit einiger Spannung sind insbesondere von KDV-Organisationen die gesetzlichen Neuregelungen des Wehrrechts erwartet worden. Veränderungen des Wehrrechts, so die einhellige Erwartungen, werden vom Hause Scharping vorgenommen, um die gravierende Wehrungerechtigkeit zumindest formal in den Griff zu bekommen. Mit einer Vereinfachung des Kriegsdienstverweigerungsverfahrens, mit der generellen Absenkung des Einberufungshöchstalters und mit einer Ausweitung der gesetzlichen Zurückstellungsregelungen hätte die Regierung auf den in der Öffentlichkeit zunehmend bewußt gewordenen Fakt der Wehrungerechtigkeit reagieren können.

Aus taktischen Gründen hätte sich für Scharping angeboten, das Wehrrecht im Zusammenhang mit der Reform der Bundeswehr im oben genannten Sinn zu reformieren. Er unterließ es, weil er offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, Realitäten auch als solche wahrzunehmen. Nach wie vor spricht er, wie zuletzt in einem Zeitungsinterview, davon, daß es »keine Wehrungerechtigkeit« gäbe. Mehr noch, er meint sogar, daß von den für den Wehrdienst zur Verfügung Stehenden »96 bis 100 %« eingezogen werden würden.(1) Ernst kann man ihn nicht mehr nehmen.
Sein eigenes Ministerium gab an, daß allein zum Zeitpunkt Ende 2000 noch insgesamt 264.704 Wehrpflichtige für eine Einberufung zum Wehrdienst sofort zur Verfügung stehen würden.(2) Die Kreiswehrersatzämter bräuchten gar keine Wehrpflichtigen mehr neu zu mustern, der »Personalbedarf« an Grundwehrdienstleistenden für die Bundeswehr könnte für die Jahre 2001 und 2002 allein aus diesem Kreis gewonnen werden.
Und daß Scharping keine Hemmungen hat, öffentlich mit großem emotionalen Pathos zu lügen, ist spätestens seit seinen Propagandamärchen während des Nato-Angriffs auf Jugoslawien bekannt. Von ihm behauptete serbische Konzentrationslager, Liquidierungen kosovo-albanischer Intellektueller oder besonders abscheuliche Greueltaten serbischer Soldaten konnten aber erst nach Ende des Krieges als das bewiesen werden, was sie sind: Kriegspropaganda, um die öffentliche Meinung auf den Krieg gegen »die Serben« einzuschwören. Der Propaganda bedarf es offensichtlich mittlerweile auch, um die Wehrpflicht zu retten. Ein weiteres Beispiel für die Lügen Rudolf Scharpings: »Es wird 2008 statt 450.000 möglichen Wehrpflichtigen im Jahr nur noch 350.000 geben.«(3) Nach Zahlen seines eigenen Hauses werden nicht weniger als 446.508 junge Männer im Jahr 2008 ihren 18. Geburtstag feiern können.(4) Fast 100.000 mehr, als Scharping gegenüber der Öffentlichkeit angibt.

Am 25. Juli wurde das Geheimnis gelüftet: das »Gesetz zur Neuausrichtung der Bundeswehr« (Bundeswehrneuausrichtungsgesetz – BwNeuAusrG) (5) wurde durch das Kabinett verabschiedet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Nicht weniger als 18 Gesetze und Verordnungen sollen zum 1. Januar 2002 geändert werden, um die rechtliche Basis für die Umwandlung zur vollständigen Einsatzarmee zu schaffen.
Um es kurz zu machen: die Wehrungerechtigkeit bleibt gewahrt. Das Wehrpflichtgesetz (und analog das Zivildienstgesetz) wird gründlich entstaubt, aber nicht grundlegend verändert. »Überarbeitung der Gliederungsstruktur unter rechtsförmlichen Gesichtpunkten« und die Umstellung der Schreibweise von Zahlen in Ziffern »im Interesse einer einheitlichen rechtsförmlichen Gestaltung von Rechtsvorschriften« sind die herausragenden Eckpfeiler.
Substantiell gibt es wenig Neues: Tauglichkeitsgrad T 7 wird nun offiziell abgeschafft, der Katastrophenschutz wird von 7 Jahre auf 6 verkürzt, die bisher nicht praktizierte öffentliche Erfassung wird gestrichen, der Wehr- und Zivildienst wird um einen Monat gekürzt, und der Kriegsdienst an der Waffe kann abschnittsweise erfolgen. Negativ ist die neue Regelung, daß ein Widerspruch gegen einen Tauglichkeitsüberprüfungsbescheid keine aufschiebene Wirkung gegenüber einem Einberufungsbescheid hat. Diese Verletzung des rechtsstaatlichen Prinzips, daß Bürger gegen verwaltungsstaatliches Handeln Rechtsmittel mit einer Schutzwirkung einlegen können, wird im Wehrpflichtrecht erneut konterkariert. In Wehrpflichtfragen ist klar: Der Recht des betroffenen Wehrpflichtigen ist weniger wichtig als der Anspruch des Staates auf das Dienen.

Dieses BwNeuAusrG verweist in seinem Kern aber auf die eigentlichen Planungen des Verteidigungsministeriums: die Umwandlung zur Freiwilligenarmee. Da sich zu wenig Wehrpflichtige um eine längere Dienstzeit bewerben, wird nun über finanzielle Anreize und mit der Aussicht auf eine attraktivere Laufbahn zu locken versucht. Geld wird das zentrale Anwerbemittel: Höherer Sold, Höherstufung von Besoldungsgruppen, mehr Planstellen höherer Dienstgrade im Bereich der Mannschaften und Unteroffiziere weisen den Weg zum modernen Söldnertum. Und auch an die Folgen der Kriegseinsätze ist gedacht worden: Ein Soldat, der aufgrund seines Dienstes bleibende gesundheitliche Schäden erlitten hat, muß aufgrund seiner dann eigentlich eingetretenen Untauglichkeit nicht mehr automatisch entlassen werden. Das Vaterland dankt ihm durch die individuelle Herabsetzung seiner Tauglichkeitskriterien.

Ralf Siemens

(1) Süddeutsche Zeitung vom 9.8.2001.
(2) Antwort der Bundesregierung vom 3.4.2001 auf eine Kleine Anfrage der PDS, Frage 11 (Drucksache 14/5857).
(3) siehe 1.
(4) Antwort der Bundesregierung vom 1.6.2001 auf eine Kleine Anfrage der PDS, Frage 1b. (Drucksache 14/6232)
(5) www.bundeswehr.de/ministerium/politik_aktuell/neuausrichtung.pdf

Berichte
- Desertion-

Vorwurf: »Öffentliche Aufforderung zu Straftaten«

Zwei Jahre nach dem rechtswidrigen Krieg der Nato-Staaten gegen Jugoslawien kommt eine juristische Auseinandersetzung zum Ende, von der sich die Staatsanwaltschaft ebenso wie die Angeklagten einiges versprochen hatte. Das Ergebnis ist für die Staatsanwaltschaft sicher unbefriedigend. Für die Angeklagten jedoch ist es ausgesprochen zwiespältig.

Als im Frühjahr 1999 der völkerrechtswidrige Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien geführt wurde, gehörten zu den öffentlichen Protesten auch mehrere Aufrufe an Soldaten der Bundeswehr bzw. aller kriegführenden Parteien, zu desertieren, sich von der Truppe zu entfernen, alle völkerrechtswidrigen Befehle zu verweigern usw. (*illoyal* berichtete mehrfach). Dazu gehörten ein in der taz als Anzeige abgedruckter Aufruf, den eine große Anzahl von Einzelpersonen sowie das Neue Forum Berlin und die Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht unterzeichnet hatten, und ein Plakat der Berliner Kampagne, das zur Desertion aus allen kriegführenden Armeen aufrief. Auf diese beiden Aufrufe gehen die meisten der uns bekannt gewordenen Verfahren zurück. Angeklagt wegen der taz-Anzeige wurden die Mehrzahl der Erst- und der sogenannten ZweitunterzeichnerInnen, soweit es sich um Einzelpersonen handelte. Diese Anklagen machten den Hauptteil der bundesweit rund 70 Verfahren aus. Gegen Ralf Siemens, der sich für presserechtlich verantwortlich für das Plakat der Berliner Kampagne erklärt hatte, wurde ebenfalls Anklage erhoben. Weitere Verfahren hingen meistens mit der Verbreitung des in der taz veröffentlichten Aufrufs zusammen. Es wurde auch gegen Bernd Drücke, den bei »Graswurzelrevolution« presserechtlich Verantwortlichen für die am 26. April 1999 herausgekommene Aktionszeitung »Stoppt den Krieg! Nein zu Bomben, Krieg, Vertreibung!«, ermittelt. In der Aktionszeitung hieß es damals: »In Verbindung mit unseren direkten gewaltfreien Aktionen rufen wir alle Soldaten zur Verweigerung jeglicher Form von Kriegsdienst auf.« Darüber hinaus wurde gegen Personen ermittelt, die wie Tobias Pflüger aus Tübingen auf Kundgebungen entsprechende Aufrufe verlesen hatten oder Flugblätter verteilt hatten. Gegen Jost Gruber von der Nürnberger DFG-VK wurde aufgrund von Flugblättern zusätzlich wegen Beleidigung der Bundeswehr ermittelt.

Auf der Ebene der Amtsgerichte endeten die Verfahren weit überwiegend mit Freisprüchen, die meistens mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit begründet wurden: Bis Ende 2000 hatten sich 41 UnterzeichnerInnen in der 1. Instanz vor dem Berliner Amtsgericht verantworten müssen. 33 KriegsgegnerInnen wurden freigesprochen, 7 wurden verurteilt, und in einem Fall wurde das Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes eingestellt.
Die Mehrzahl der Amtsrichterinnen und -richter interpretierte den Aufruf bzw. die Plakate als – wenn auch nach Ansicht mehrerer Richter starkes oder überzogenes Mittel der freien Meinungsäußerung. Auf die Frage, die die meisten Angeklagten weitaus brennender interessierte, nämlich, ob die Soldaten nicht ohnehin zur Befehlsverweigerung verpflichtet gewesen wären, da der Krieg völkerrechtswidrig war, gingen die Gerichte in der Regel nicht ein, und wenn, dann meistens mit dem Verweis darauf, daß diese Frage schon zum Zeitpunkt des Krieges auch unter Juristen strittig gewesen sei, so daß man den Angeklagten nicht hätte zumuten können, eine abschließende Klärung dieses juristischen Problems abzuwarten, ehe sie sich äußerten. Deshalb hätten die UnterzeichnerInnen nicht wissen können, ob sie zu einer verbotenen Tat auffordern oder nicht, demzufolge auch nicht, ob sie sich selbst strafbar machen. Nur in einem Prozeß (1) erklärte Richter Lickleder, der Angeklagte sei freizusprechen, da der Krieg rechtswidrig gewesen sei. In diesem Urteil wurde erklärt, ein Soldat mache sich nicht strafbar, wenn er sich in einem völkerrechtswidrigen Krieg aus der Truppe entferne. Ein völkerrechtswidriger Befehl sei auch dann unverbindlich, wenn er in bester Absicht erfolge.

Die Staatsanwaltschaft legte bei jedem einzelnen Freispruch sowohl auf der Ebene des Amts- als auch des Landgerichts Rechtsmittel ein. Bei den wenigen Verurteilungen wurden wie im Fall des Berliner Politologieprofessors Wolf Dieter Narr teilweise erhebliche Geldstrafen verhängt. Auch die Verurteilten legten ihrerseits Rechtsmittel ein. In einem einzigen Fall wurde das Verfahren eingestellt, in einem anderen kam es zu keinem Prozeß, da der Angeklagte dem Strafbefehl nachkam und zahlte. Das Verfahren gegen Bernd Drücke wurde wegen Verjährung eingestellt. Anfang 2001 kam die Prozeßwelle zum Stehen, weil zwei Verfahren bereits in die dritte Instanz, vor das Berliner Kammergericht, gingen. Weitere Entscheidungen vor dem Landgericht sollten nicht gefällt werden, ehe nicht in den dem Kammergericht bereits vorliegenden Fällen (Ralf Siemens, Volker Böge) entschieden wäre. Bis zu diesem Zeitpunkt waren vor dem Landgericht Berlin 2 Verurteilungen und 13 Freisprüche ergangen.
Das Kammergericht Berlin sprach am 2. Mai 2001 sowohl Volker Böge (Erstunterzeichner des Aufrufs) als auch Ralf Siemens rechtskräftig frei und wies damit die Revision des Berliner Landgerichts in beiden Fällen zurück. Begründet wurde dies erneut damit, daß das Plakat bzw. der Aufruf starke, aber dennoch vom Grundgesetz Art. 5 gedeckte Meinungsäußerungen seien. Als Beitrag im politischen

Grafik: Wilfried Porwol

Meinungsstreit seien auch »einprägsame, teilweise überpointierte Formulierungen hinzunehmen«, erst recht, wenn »der Äußernde keine eigennützigen Ziele verfolgt, sondern sein Beitrag dem geistigen Meinungskampf in einer die Öffentlichkeit besonders berührenden Frage dient«. Der Aufruf sei Ausdruck »allgemeiner Ablehnung militärischer Lösungen als Mittel der politischen Konfliktbearbeitung und bestrebt, über diese Ziele in der Öffentlichkeit eine geistige Auseinandersetzung zu führen«. (2) Seitdem sind in mehreren Fällen die Revisionsbegehren der Berliner, in einem Fall auch der Tübinger Staatsanwaltschaft zurückgezogen worden, da sie nunmehr aussichtslos sind. Anders sieht es im Fall von Jost Gruber aus Nürnberg aus: Der Anklagepunkt des Desertionsaufrufs wurde zwar fallengelassen, wegen Beleidigung der Bundeswehr erfolgte jedoch eine Verurteilung. Er hat Verfassungsbeschwerde eingelegt, von der zur Zeit unbekannt ist, ob sie überhaupt vom Verfassungsgericht zur Entscheidung angenommen wird.

Die Rückweisung der Revisionen stellt für die Berliner Staatsanwaltschaft, die seit Jahren bemüht ist, den antimilitaristischen Widerstand zu kriminalisieren und damit von kritischen Äußerungen abzuschrecken, eine große Schlappe dar. Die Gerichte haben – weitestgehend auch schon in den Amtsgerichts- und Landgerichtsverfahren – das Grundrecht der Meinungsfreiheit zugunsten von antimilitaristischer Öffentlichkeitsarbeit gestärkt. Die Staatsanwaltschaft hatte weder Mühen noch Kosten gescheut, um AntimilitaristInnen zu kriminalisieren und verfehlte dennoch ihr Ziel. Andererseits haben die Gerichte bis in die Instanz des Kammergerichts die Frage der Völkerrechtswidrigkeit des Krieges für irrelevant für die Entscheidungsfindung erklärt. So erfreulich es ist, daß die Gerichte die Meinungsfreiheit als grundgesetzlich garantiertes Recht gestärkt haben – aus Sicht der Angeklagten wäre in erster Linie zu klären gewesen, ob ihr Aufruf anstatt zu einem strafbaren Handeln nicht vielmehr zu einem rechtmäßigen und straflosen Verhalten unter den Umständen eines völkerrechtswidrigen Krieges aufgefordert hätte. Wird die Rechtswidrigkeit des Angriffs auf die Bundesrepublik Jugoslawien auch unter Völkerrechtsexperten weitestgehend bejaht, wären doch die Prozesse wegen »Aufforderung zu Straftaten« eine zusätzliche Möglichkeit gewesen, dies in der Öffentlichkeit klarzulegen. So hat es dafür wenig mehr als szeneinterne Aufmerksamkeit gegeben.

Ulrike Gramann

(1) Az 239 Ds 446/99
(2) Az (3) 1 Ss 410/00 (35/01). Vgl. auch das Urteil im Verfahren gegen Volker Böge: Az (3) 1 Ss 388/00 (115/00).

Spendenaufruf zur Instandsetzung des MAHNMALS FÜR GEWALTLOSIGKEIT am Blankeneser Marktplatz in Hamburg

Die Plastik am Marktplatz Blankenese

Zu Beginn des Jahres 1991 habe ich anläßlich des Golfkrieges die Figur des Soldaten, der sein Gewehr zerbricht, am Blankeneser Marktplatz aufgestellt. Dieser Aufruf zur Gewaltlosigkeit war in den vergangenen Jahren vielfach Ziel von – zum Teil geglückten – Zerstörungsversuchen. Wegen des vor einigen Jahren abgerissenen und verschwundenen zerbrochenen Gewehrs ist die Botschaft des Mahnmals nicht mehr unmittelbar verständlich. In ihrem inzwischen schwer beschädigten Zustand wird die Figur in nicht allzu ferner Zukunft vollständig zerstört sein.

Deshalb haben Ulrich Wolff, der schon 1991 die technische Seite der Fertigung betreute, und ich bereits vor zwei Jahren beschlossen, das Mahnmal wiederherzustellen. Dazu wird nötig sein, daß wir den Soldaten abbauen, ihn in der Werkstatt restaurieren, alle fehlenden Teile ersetzen und die ganze Figur dann abformen, um sie schließlich in einem Stück wieder neu zu gießen. Der so entstandene massive Guß wird dem Original von 1991 optisch sehr ähnlich sein, nur wird er aufgrund seiner Massivität besser als die jetzige Figur vor Zerstörungen und schädlichen Umwelteinflüssen geschützt sein. Wir werden mit den Arbeiten an der Figur voraussichtlich im Frühjahr 2002 beginnen.

Obgleich Ulrich Wolff und ich selbstverständlich auch diesmal ohne Honorar arbeiten werden, werden sich die Kosten für Material, Transport und Maschinennutzung auf ca. 18.000 DM belaufen, die wir unmöglich selbst aufbringen können. Seit dem Sommer 1999 existiert ein Spendenkonto für das Mahnmal, auf dem mittlerweile knapp 7.000 DM an Spenden eingegangen sind. Wir werden deshalb im kommenden Frühjahr mit der Arbeit beginnen.

Schon im ersten Spendenaufruf für die Instandsetzung des Mahnmals hatten wir geschrieben, daß es uns angesichts der traurigen Tatsache, daß auf der Welt nach wie vor viele politische Konflikte gewaltsam und kriegerisch ausgetragen werden, sehr wichtig erscheint, daß ein Mahnmal, das diese Botschaft transportiert in Blankenese erhalten bleibt und überdauert. Nach den verheerenden aktuellen Ereignissen in den USA und deren furchterregenden möglichen Konsequenzen und als Antwort auf die überall lautwerdende Kriegs- und Vergeltungspropaganda, finden wir die Botschaft der Gewaltlosigkeit, den Appell zu individuellem und kollektivem Gewaltverzicht, den Aufruf zur Suche nach nicht-kriegerischen Lösungen für die heutigen brennenden und hochexplosiven Konflikte auf dieser Welt wichtiger und dringlicher denn je.

Mit einer Spende können Sie die Wiederherstellung des Mahnmals für Gewaltlosigkeit unterstützen.

HELFEN SIE, DEN SOLDATEN, DER SEIN GEWEHR ZERBRICHT, WIEDERHERZUSTELLEN!

Andrea Peschel, im September 2001

Allen bisherigen Spendern danken wir sehr herzlich!

Spendenkonto bei der Hamburger Sparkasse, BLZ: 200 505 50 Kontonr.: 12 65 13 87 33 Kontobez.: Mahnmal Blankenese, Andrea Peschel

Der Beitrag von Erika Mezger hat durch die Morde vom 27.9.2001 an Politikern und weiteren Personen, verübt mit Armeewaffen, zusätzlich Aktualität erhalten.

Zu viele Knarren

Welche Schweizerin, welcher Schweizer ist nicht schon einem Soldaten im Zug begegnet, mit Rucksack, Sturmgewehr und im »Vierfruchtkombi«. (Gemeint ist der Kampfanzug der Schweizer Soldaten – in der Schweiz wird der Ausdruck »Vierfrucht« für all das Zeug in Tarnfarben benutzt.) Oder sieht Samstagnachmittag in einer Kleinstadt die wehrpflichtigen Männer mit Velo oder Töff und umgehängtem Sturmgewehr Richtung Schießplatz fahren, die ihr »Obligatorisches« schießen müssen, die regelmäßige Schießpflicht der Schweizer Soldaten. Für uns in der Schweiz ein alltägliches, aber immer noch furchteinflößendes Bild.

Früher konnte jeder Wehrmann nach Absolvierung seiner Dienstzeit »seinen« Karabiner mit nach Hause nehmen. Zudem lagern die Soldaten der Schweizer Armee seit je her ihre Dienstwaffen zu Hause, mit Uniform, Rucksack und Munition. Schon vor dem 1. Weltkrieg galt es, die Philosophie des »Wehrwillens« zu demonstrieren. Die Schweizer Armee sollte ihre Präsenz markieren im Sinne von »Wenn der Feind an der Grenze steht, sind die Schweizer parat«. Momentan sollen rund 450.000 Gewehre in Schweizer Wohnstuben aufbewahrt werden. Schon in den achtziger Jahren bemängelten Feministinnen diese patriarchale Schweizer Eigenart, hatten aber keine Chance etwas gegen dieses uralte Gewohnheitsrecht zu unternehmen. Und die Armeeabschaffungsinitiative ging ja bekanntlich 1998 verloren. Der Frauen, die zu Hause von ihren Männern mit ebendiesen Gewehren bedroht, gefügig gemacht oder umgebracht wurden, waren nicht wenige. Nur schon das Wissen um Waffe und Munition hatte damals ausgereicht, um Frauen in meist klassischen Rollen gefügig zu machen.

Im neuen Jahrtausend wird einerseits der Wehrwillen der jungen Schweizer immer kleiner, und die Armeereform XXI sieht auch eine bedeutend kleinere Armee vor. Nun hat die Armee 250.000 Sturmgewehre übrig und will sie verschenken! An »berechtigte Angehörige der Armee«, was immer das auch heißen mag. Was das für kriegsgefährdete Gebiete heißen kann, will sich im VBS, dem zuständigen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, wohl keiner so richtig vorstellen. Die zuständige Sicherheitspolitische Kommission hat über die genauen Bedingungen der Abgabe der Waffen an die Wehrmänner und deren Bedeutung noch nicht getagt. Und darüber daß mit den Gewehren ein riesiges Geschäft gemacht werden könnte, wohl auch nicht. Wie das Schweizer Nachrichtenmagazin »Facts« in einem Artikel in diesem Jahr schrieb, tauchten Schweizer Sturmgewehre in Kriegsgebieten in Mazedonien auf. In den letzten Jahren wurden die halbautomatischen Waffen immer wieder für Überfälle, Privatfehden oder Morde benutzt. Und nun sollen also eine Viertelmillion Waffen an die Soldaten verschenkt werden. Da werden Nato-Truppen nach Mazedonien geschickt, um Waffen einzusammeln, und die Schweiz wirft neue auf den Markt, wovon sicherlich einige den Weg auf den Balkan finden werden!

Da der Schweiz der Feind schon länger ausgegangen ist, lancierte die GSoA eine zweite Armeeabschaffungsinitiative, welche am 2.12. dieses Jahres zur Abstimmung kommt. Wir hoffen, daß die Schweizer BürgerInnen am 2. Dezember die Armee endgültig abschaffen und daß sämtliche Waffen im Schredder landen.

Erika Mezger

Kontakt

Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
Postfach 103
CH- 8031 Zürich

www.gsoa.ch

Ja. Ich abonniere

illoyal

Journal für Antimilitarismus
ab der nächstmöglichen Ausgabe
für ein Jahr (vier Ausgaben).
Das Abo verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
❍ DM 20 für ein Jahresabo (gilt für Abobestellungen bis einschl. Dez. 2001)
❍ DM 50 für ein UnterstützerInnenabo
habe ich auf das Konto
von Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Nr. 741 834 109
bei der Postbank Berlin (BLZ 10010010)
unter dem Stichwort *illoyal* überwiesen.
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen.

Name

Anschrift

Unterschrift
Bitte ausschneiden und an
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin senden.

Gelöbnix 5
Ein Aktionsbericht der »Scharping-Töchter«

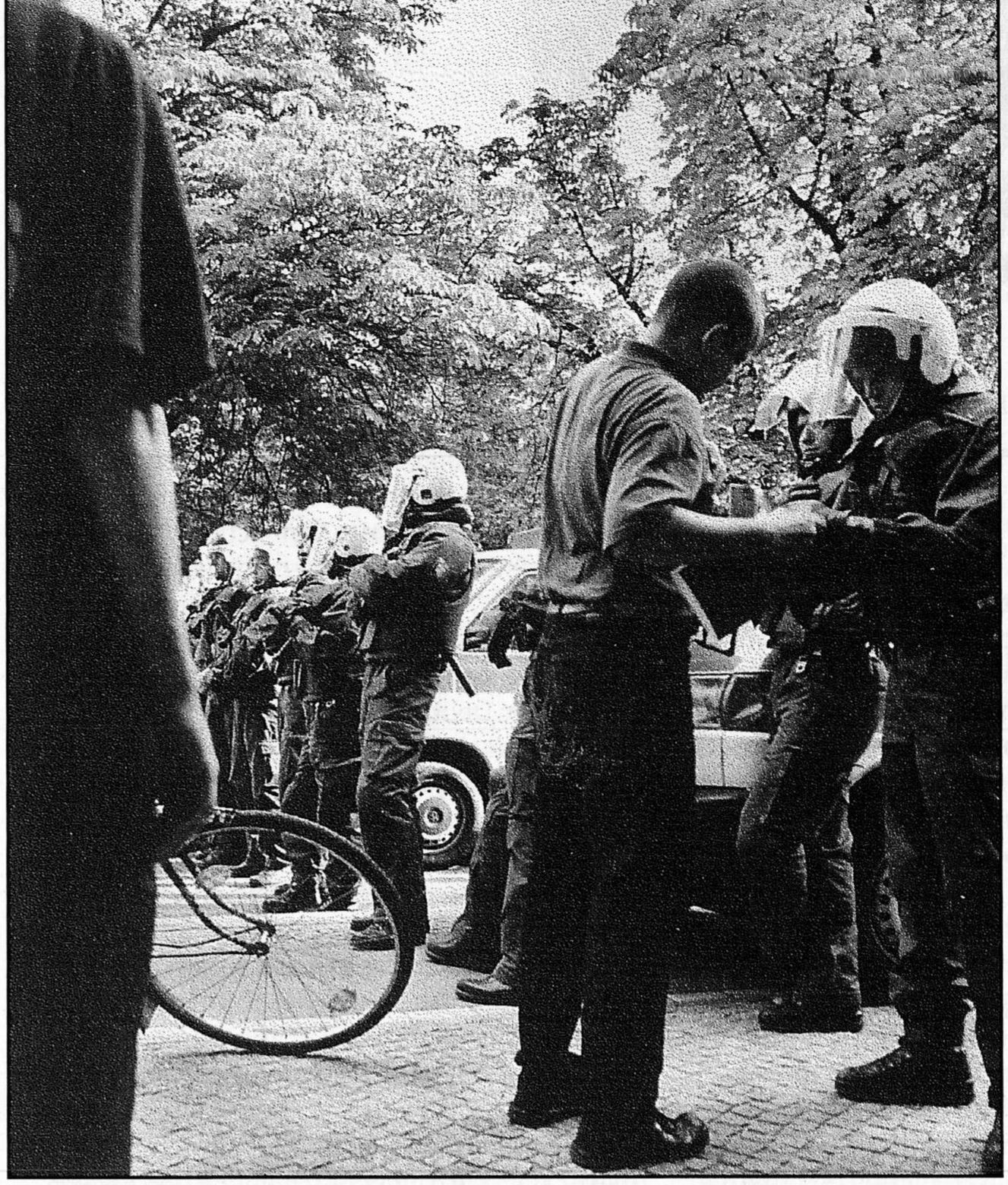
Berlin, 20. Juli 2001: Zwei junge, gut gekleidete Frauen steigen vor dem Hotel Adlon in einen schwarzen Mercedes S-Klasse und lassen sich zum Bundeswehrgelöbnis chauffieren, bei dem sie ihrem Vater Rudolf Scharping Gesellschaft leisten wollen.
Eine halbe Stunde später springen eben diese Damen aus der Limousine, ketten sich an den Zaun, der den Appellplatz umgibt, und lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit mittels Alarmeiern und lauten Rufen »Bundeswehr abschaffen« auf sich.
Wieder blieb ein Gelöbnis nicht ungestört.

Mit dem Ziel, die Gesellschaft an die Präsenz der Bundeswehr zu gewöhnen, finden in Berlin seit 1996 Bundeswehrgelöbnisse wieder im öffentlichen Raum statt. Diese Zeremonien stehen für Unmündigkeit, Gehorsam und für eine militärische Tradition, die den Grundwerten einer demokratischen Gesellschaft widerspricht. Nach nur kurz währender nationaler und internationaler Zurückhaltung aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands versteht sich die Bundeswehr nun wieder als Symbol eines starken vereinigten Deutschlands.
Und Zwangsdienste, Disziplinierung, Tapferkeit für das Vaterland und Verlust der Individualität werden mit den Gelöbnissen als demokratische Errungenschaften gefeiert.
Doch die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer weltweit einsatzfähigen Kriegsarmee sorgt immer wieder für Protest. Wie schon in den letzten zwei Jahren richtet sich dieser auch gegen den Versuch, die Attentäter des 20. Juli 1944 als antifaschistische Widerstandskämpfer zu bejubeln. Dabei wird systematisch ihre Beteiligung an den NS-Verbrechen unterschlagen.
In den letzten Jahren konnten die Rekruten nie ohne Störungen durch antimilitaristische AktivistInnen geloben. Nachdem 1996 und 1998 die Gelöbnisse durch Demonstrationen begleitet wurden, gelang es 1999 ca. 20 AktivistInnen, sich unter die BesucherInnen zu mischen. Als die Gelöbnisformel gesprochen wurde, rannten sie auf den Appellplatz, zeigten Regenschirme mit der Aufschrift »Tucholsky hat recht« und lieferten sich Wettrennen mit den Feldjägern. Diese spektakuläre und erfolgreiche Aktion verschärfte den Sicherheitswahn der Streitkräfte. Der militaristische Schutzwall wurde von Jahr zu Jahr verstärkt, so daß die Kreativität der GelöbnisgegnerInnen jedes Jahr aufs Neue gefordert ist.
Aufgrund des hohen Polizeiaufgebots war es dieses Jahr schier unmöglich, eine größere Anzahl von Personen ins weiträumig abgesperrte Gebiet zu schleusen. Bei den JungdemokratInnen / Jungen Linken Berlin entstand deshalb die Idee, es dem Hauptmann von Köpenick gleichzutun, um als VIP alle Türen und Tore geöffnet zu bekommen. Im Vertrauen auf die Obrigkeitshörigkeit innerhalb der Bundeswehrhierarchie fiel die Wahl auf die Töchter des obersten Befehlshabers, Bundesverteidigungsminister Scharping. Während etwa 500 AntimilitaristInnen außerhalb der 2000 Mann/Frau starken Abriegelung demonstrierten, gelang es zwei Jungdemokratinnen, in direkte Hör- und Sichtweite der Rekruten vorzudringen.
Um das Schauspiel möglichst glaubhaft zu gestalten, ließen wir uns mit einer gemieteten Limousine vom Hotel Adlon abholen. Der Chauffeur fuhr in dem Glauben, daß Brigitte Schulte (die parlamentarische Sprecherin des Bundesverteidigungsministeriums) am Appellplatz mit den Einladungen der Töchter warte. Eine von uns beiden »Schwestern« ging an Krücken. So mußten wir zweifelsfrei direkt zur Hauptwache gefahren werden. Im gekonnten Smalltalk mit dem Chauffeur stellte sich heraus, daß nicht nur so wichtige Personen wie die Töchter Scharpings, sondern auch Gorbatschow und Tom Jones schon seine Fahrgäste gewesen waren. Durch seine Souveränität und mit Hilfe einer Wagenkarte, die zur Auffahrt auf das abgesperrte Gelände berechtigte, sorgte er für einen fast reibungslosen Durchlaß.
An der ersten Absperrung wurden wir aufgefordert, uns auszuweisen. Trotz der strikten Anweisung, die Personalien der Gäste zu prüfen, wunderte sich der kontrollierende Feldjäger nicht darüber, daß auf unseren Personalausweisen der Name »Scharping« nicht auftauchte. Nach längerem Suchen der Namen auf der Gästeliste und einer Diskussion mit dem Chauffeur – beides löste bei uns eine gewisse Panik aus – wurden wir freundlich zum Haupteingang weitergeleitet. Zur Freude aller Beteiligten wurde die schwarze S-Klasse dort trotz fehlender Eintrittskarten und ohne weitere Fragen Richtung Appellplatz durchgewunken.
Kurz vor der Hauptwache ließen wir den Chauffeur anhalten, sprangen aus dem Wagen und ketteten uns mit Handschellen an den Zaun. Erfolgreich und lautstark machten wir uns bemerkbar, mittels Alarmeiern, die in unseren Handtaschen und unter der Festtagsbekleidung versteckt gewesen waren, so daß wir in Sekundenschnelle von Feldjägern und JournalistInnen umringt waren.
Aufgrund der hohen Sicherheitsvorkehrungen hatten wir kaum damit gerechnet, daß wir jemals so weit kommen würden. Doch dank der Professionalität des Chauffeurs und dank der Feldjäger, die vor Limousinen stramm stehen, wurden wir schließlich, vor Freude strahlend, von PolizistInnen abgeführt. Denn damit war es geglückt, die durchorganisierte Zeremonie aus dem Takt zu bringen und

Kontakt

JungdemokratInnen /
Junge Linke Berlin
Rosa-Luxemburg-Str. 19
10178 Berlin

Tel. 0 30 / 24 72 97 47



Helm auf zum Gelöbnis
Foto: Erwin Riedmann

Kritik an dem Vorhaben, die Bundeswehr wieder »salonfähig« zu machen, zu äußern.
Da es sich bei dem Protest um eine phantasievolle und friedliche Aktion handelte, wurde sie auch außerhalb des antimilitaristischen Spektrums von einer breiten Öffentlichkeit positiv aufgenommen. Um den Schutzwall der Bundeswehr nicht allzu lächerlich erscheinen zu lassen, ging durch die Presse, daß auch Rudolf Scharping herzlich gelacht und »Respekt vor dem Erfindungsreichtum« geäußert habe.
In den fünf Stunden Polizeigewahrsam hatten wir trotz Unverständnis für unsere Motive die Lacher auf unserer Seite. Obwohl die Bundeswehr keine Anzeige erstattet hat, ermittelt der Staatsschutz. Vorgeworfen wird uns Beleidigung, Verunglimpfung des deutschen Staates und seiner Symbole sowie Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Mit diesen konstruierten Anklagepunkten wird die Staatsanwaltschaft jedoch nicht weit kommen. Wie schon in den Prozessen der AktivistInnen von 1999 dient das forsche Vorgehen der Polizei nur der Kriminalisierung der MilitärkritikerInnen.
Auch wenn der Appellplatz zu einer kaum einnehmbaren Festung umgewandelt und der Protest vor Ort immer schwieriger wird, werden Gelöbnisse in Berlin auch in Zukunft nicht ungestört ablaufen. Die Aktion hat gezeigt, daß mehr unkonventionelle Ideen gefordert sind. Denn wir lassen uns unser Recht nicht nehmen, die Bundeswehr und die damit verbundene Militarisierung des öffentlichen Raumes und der Gesellschaft lautstark zu kritisieren.

In diesem Sinne: Bundeswehr abschaffen! Wir stören auch nächstes Jahr wieder gern!

Susanne Braun, Rebekka Streck

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
... wurde am 21.7.1990 von Kriegsdienstverweigerern, Wehrflüchtlingen und AntimilitaristInnen in Berlin gegründet. Unser Ziel ist die ersatzlose Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundenen Zwangsdienste. Außerdem setzen wir uns für die Abrüstung, Reduzierung und Auflösung der Armeen ein.
Derzeitige Schwerpunkte unserer Arbeit sind:
- *Information und Hilfestellung für Kriegsdienstverweigerer*
- *Hilfe für in Bedrängnis geratene Wehrpflichtige bei der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr*
- *Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Dienstpflicht, KDV*
- *internationale Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung*
- *Herausgabe der Zeitschrift illoyal*

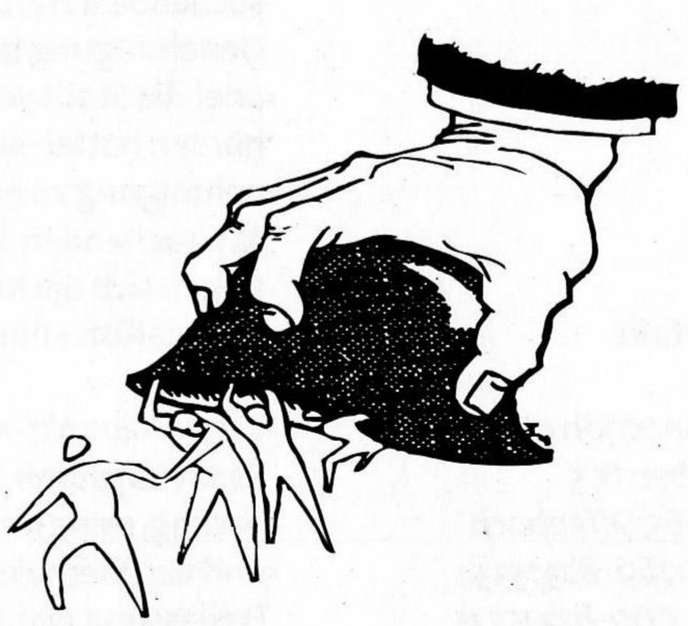
Als Mitglied erhältst Du
- *kompetente Hilfe bei allen Fragen der Wehrpflicht und Verweigerung*
- *aktuelle Informationen zur Praxis der Militärbehörden bei Musterung, Einberufung usw.*
- *Spezialberatung zur KDV für Soldaten, Reservisten und Doppelstaater*
- *vier mal jährlich die Zeitschrift illoyal frei Haus*

☐ Ich möchte weitere Informationen über den Verein
☐ Ich möchte Mitglied von »Mit uns gegen die Wehrpflicht« werden

Name

Adresse

Bitte ausschneiden und an folgende Adresse senden:
MIT UNS GEGEN DIE WEHRPFLICHT E.V.
Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin



Türkische und kurdische Verweigerer treffen sich in Münster

Im September 2001 richteten Connection e.V. und die Heinrich-Böll-Stiftung NRW in Münster ein Seminar für türkische und kurdische Kriegsdienstverweigerer aus. Es war inzwischen das sechste Seminar für diese Zielgruppe, auf dem mit den TeilnehmerInnen die Bedeutung der Kriegsdienstverweigerung in der Türkei und die Ziele der türkischen antimilitaristischen Gruppen diskutiert werden.

Mehr und mehr hatte sich bei den Seminaren herauskristallisiert, daß ein wichtiger Bestandteil der Arbeit in der Stärkung und Unterstützung der Eigeninitiative der Verweigerer liegen muß. Sie kommen als Flüchtlinge ohne Sprachkenntnisse, ohne Wissen über die politischen Strukturen, ohne Kontakte zu deutschen Gruppen, mit einem anderen Verständnis von Vereinsarbeit und oft ohne die Erfahrung, daß ihre eigene Meinung, ihre eigene Position zählt, nach Deutschland. Ohne Kenntnis des Asylverfahrens sind sie den Behörden ausgeliefert und letztlich mit ihrer Situation oft hoffnungslos überfordert. So ist es wichtig, die ersten Schritte einer politischen Arbeit und der gegenseitigen Solidarität über die Seminare zu vermitteln.

Es war besonders erfreulich, daß einige der Teilnehmer schon das zweite oder sogar dritte Mal an einem solchen Seminar teilnahmen. Es wird ganz offensichtlich als Austausch, als eine Basis für die gemeinsame Arbeit verstanden. Es ist auch ein Ort, an dem private Kontakte gestärkt werden, die für einen Teil der notwendigen Solidarität untereinander sorgen.
Insgesamt kamen mehr als 30 Personen und damit praktisch alle, die sich angemeldet hatten. Das war bei ähnlichen Seminaren in den vergangenen Jahren anders gewesen. Grund dafür war in der Vergangenheit unter anderem der Umstand, daß Asylsuchende aufgrund der Residenzpflicht eine Genehmigung benötigen, wenn sie den Landkreis oder die Stadt verlassen wollen. Die Ausländerbehörden hatten sich mehrfach geweigert, diese Genehmigung zu erteilen, und hinderten damit die Asylsuchenden an der Teilnahme. Inzwischen setzen sich die Kriegsdienstverweigerer teilweise aber darüber hinweg und kommen trotzdem.

Ein Höhepunkt war der ausführliche Bericht von Sedat Baydemir über seine Kriegsdienstverweigerung, seine Inhaftierung in der Abschiebehaft und darüber, wie er die Unterstützung zu seiner Freilassung wahrgenommen hatte. Sedat Baydemir war im Mai 2001 bei seinem Versuch, die Duldung bei der Ausländerbehörde verlängern zu lassen, verhaftet worden. Der Abschiebeversuch scheiterte letztlich nur daran, daß er einen Schlüssel verschluckt hatte. Während der sich daran anschließenden Abschiebehaft hatte Connection e.V. gemeinsam mit Pro Asyl, dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat, der DFG-VK und anderen Gruppen und Organisationen seine Situation öffentlich gemacht, Kundgebungen durchgeführt und auch eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet. Aufgrund der Petition entschied sich der Landrat des Main-Kinzig-Kreises dazu, die Abschiebung vorläufig auszusetzen und die Entscheidung über die Petition abzuwarten. So wurde Sedat schließlich aus der Abschiebehaft entlassen und erhielt eine Duldung. Über die Petition wurde bislang noch nicht entschieden. Das heißt also, daß seine Situation in Deutschland nach wie vor ungeklärt ist. Es ist weiterhin möglich, daß er abgeschoben wird, auch wenn sich seine Lage zunächst entspannt hat.

In seinem Beitrag erklärte Sedat Baydemir deutlich, daß er auch nach einer Abschiebung und der von ihm erwarteten Inhaftierung am Flughafen in der Türkei bei seiner Entscheidung geblieben wäre. Er wolle als Kriegsdienstverweigerer Widerstand leisten, keine Uniform anziehen und die Befehle verweigern. Das führte bei anderen zu Widerspruch. So zweifelte einer der Teilnehmer Sedats Glaubwürdigkeit an. Wie könne er sich denn in dieser Beziehung so sicher sein? Eine solche Art von Widerstand zu leisten und durchzuhalten, das könne nur ein Intellektueller wie Osman Murat Ülke, gerade weil in der Türkei die Repressionen wesentlich schärfer wären als z.B. in Deutschland in der Abschiebehaft. Es zeigte sich aber, daß viele der Teilnehmer Sedat in seiner Entscheidung unterstützten und diesen Vorwurf zurückwiesen.
Über den Bericht von Sedat Baydemir, sein Asylverfahren und die Aktivitäten für seine Freilassung hinaus konnten auf dem Seminar auch weitere wichtige Themen angesprochen werden. Zum einen wurde deutlich, daß die deutschen Gerichte und Behörden die Kriterien für eine Asylanerkennung bei türkischen und kurdischen Kriegsdienstverweigerern immer enger auslegen. Sie waren ohnehin noch nie von dem Grundsatz abgewichen, die Verfolgung von Desertion und Kriegsdienstverweigerung stelle keinen Asylgrund dar. Wenn sie aber Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei teilweise Asyl oder Flüchtlingsschutz zusprachen, dann weil sich diese öffentlich, z.B. vor türkischen Konsulaten, gegen den Krieg und für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung eingesetzt hatten. Die aufgrund dessen zu erwartende zusätzliche Strafverfolgung wirkte sich zugunsten der Verweigerer aus. Inzwischen sprechen aber einige Gerichte davon, es gebe jetzt so viele Kriegsdienstverweigerer, daß der türkische Staat sie gar nicht mehr ernstnehme und davon ausgehe,

Kontakt

Connection e.V.
Gerberstr. 5
63065 Offenbach
Tel.: 069-82375534
Fax: 069-82375535
E-Mail:
office@Connection-eV.de

daß die öffentlich erklärte Kriegsdienstverweigerung in erster Linie das Ziel habe, Asyl zu erhalten. So hagelte es nach der letzten Aktion am 1. Dezember 2000 in Hannover, bei der etwa 50 türkische Wehrpflichtige ihre Verweigerung öffentlich erklärt hatten, Ablehnungen, obwohl die türkische regierungsnahe Tageszeitung Hürriyet alle Verweigerer als PKK-Sympathisanten denunziert hatte.

Insgesamt haben bislang etwa 240 Männer öffentlich ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt. Schon allein daher offenbart sich die Argumentation der Gerichte in höchstem Maße als restriktives Mittel, um Asyl zu verwehren. amnesty international stellt in einem Schreiben vom 29.8.2001 zudem fest: »Die Einschätzung, daß mit zunehmender Anzahl von Aktionen türkischer Kriegsdienstgegner das Verfolgungsinteresse des türkischen Staates nachlassen würde – wie auch der Formulierung in dem Urteil zu entnehmen ist – ist eine reine Vermutung, die sich auf keinerlei Erfahrungswerte gründet. Aus unserer Sicht gibt es keine Anhaltspunkte für eine solche Einschätzung.«

Folgerungen für UnterstützerInnen

Sedat Baydemir hatte im Grunde viel zu spät um Unterstützung gebeten. Er hatte sich, wie viele andere, auf die beschränkten Möglichkeiten der RechtsanwältInnen verlassen und gehofft, daß schon nichts passieren würde. Immerhin konnte er noch rechtzeitig dafür sorgen, daß nahe Angehörige über seine Verhaftung informiert wurden. Als unterstützender Gruppe fehlten uns aber zunächst alle Unterlagen. Wir brauchten zwei Wochen, um uns überhaupt ein Bild machen zu können, wie Sedats Situation tatsächlich ist, und mit Hilfe einer ausführlichen Schilderung seiner Lage Unterstützung von anderen Organisationen und Gremien zu holen. Kostbare Zeit, die auch seine vorzeitige Abschiebung hätte bedeuten können. Deshalb diskutierten wir im Verlauf des Seminars Möglichkeiten, wie jeder einzelne Verweigerer ein Unterstützungsnetz für sich aufbauen und organisieren muß. Es gilt, Freunde, Menschenrechts-, Friedens- und Flüchtlingsorganisationen in der Nähe anzusprechen und sich zumindest eine deutsche Person zu suchen, die neben dem Anwalt bzw. der Anwältin regelmäßig informiert wird. Es gilt, sich auf die Behördengänge, Verfahren usw. gemeinsam vorzubereiten. Es gilt, sich gegenseitig bei den Verfahren zu unterstützen und z.B. für Verfahren vor dem Verwaltungsgericht zu mobilisieren. Es gilt, mit Gruppen vor Ort politische Arbeit zu entwickeln. Und all das sollte frühzeitig und regelmäßig umgesetzt werden.

Angesichts der Situation wollten die Teilnehmer keine weitere Aktion vorbereiten, sondern hatten viel stärker das Interesse, Möglichkeiten für die gegenseitige Unterstützung zu finden. So wurde zum Abschluß eine Telefonliste erstellt, die in Notfällen oder für Aktionen dafür sorgen soll, daß alle möglichst schnell darüber informiert sind und zusammenkommen können.

Rudi Friedrich

ANTIMILITARIST BÜLTEN: Zeitschrift für türkische und kurdische KriegsgegnerInnen in Deutschland –
Der seit letztem Februar von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) herausgegebene türkischsprachige Rundbrief Antimilitarist Bülten (Antimilitaristisches Bulletin) erscheint alle drei Monate und richtet sich an die türkischen und kurdischen Mitglieder der DFG-VK sowie an alle in Deutschland lebenden KurdInnen und TürkInnen, die an antimilitaristischer Politik Interesse haben und in diesem Bereich aktiv sein wollen.
ANTIMILITARIST BÜLTEN erscheint bis jetzt als Beilage zum Rundbrief »KDV im Krieg«. Ab Januar 2001 ist Antimilitarist Bülten direkt bei der DFG-VK zu beziehen.

Bestellungen über:
DFG-VK
Bundesgeschäftstelle
Schwanenstr. 16
42551 Velbert

illoyal
Journal für Antimilitarismus

BISHER ERSCHIENEN:
Heft 0: Zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Sieben Jahre Kampagne (vergriffen)
Heft 1: Schöne neue Bundeswehr. Weltweit einsatzbereit (vergriffen)
Heft 2: Helm ab! Europa verweigert
Heft 3: TraditionsREICH. Militaristische Traditionen
Heft 4: Hang zum Zwang. Wehrpflicht, Zwangsdienste, Militär
Heft 5: Verstehen, vermitteln, versuchen. Zivile Konfliktbearbeitung
Heft 6: Innere Sicherheit
Heft 7: Frauen, Männer, Militär. Militär und Geschlechterverhältnis (vergriffen)
Heft 8: Ökologisch denken – europaweit handeln. Nato-Krieg in Europa
Heft 9: System Folter
Heft 10: Verweigern verboten! *(vergriffen)*
Heft 11: Antimilitarismus anderswo
Heft 12: Krieg wie geschmiert
Heft 13: Rüstungsexport
Heft 14: Nach der Reform ist vor dem Krieg
Heft 15: Bewegt, befreit, am Ende?
Heft 16: Vernichtung muß sein – Deutsche Rüstzeit
Von Heft 2 bis 13 sind noch Einzelhefte lieferbar. Sie werden zum Einzelpreis von DM 2,50 zuzüglich Porto abgegeben. (ab 2002: 1,50 Euro plus Porto)

Ja. Ich bestelle *illoyal*. Journal für Antimilitarismus

❍ Heft .... Stück
❍ Heft .... Stück
❍ Heft .... Stück
❍ Heft .... Stück
❍ Heft .... Stück

❍ Einen Verrechnungsscheck über DM ..... habe ich beigelegt.
❍ Ich habe Briefmarken im Wert von DM ..... beigelegt.
❍ Ich zahle per Rechnung.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen.)

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte ausschneiden und an
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin senden

TKDV
- Arrest -

Große Angst vor schwarzen Schafen: Bundeswehr beugt Recht

Der totale Kriegsdienstverweigerer Kai Steyer wurde am 2. Juli 2001 in das Panzergrenadierbataillon 323 in Schwanewede einberufen. Er ist dieser Einberufung gefolgt, hat aber sofort jeden Befehl verweigert und wurde daraufhin vorläufig festgenommen. Es folgten drei Arrestierungen mit einer Gesamtdauer von 42 Tagen. Am 15. August stimmte das Truppendienstgericht Nord der vierten Arrestierung für die Dauer von nochmals 21 Tagen zu.

Nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen darf eine Arrestierung keine Strafe sein. Arrestierung soll die »Bereitschaft« fördern, die »soldatische Pflicht zu erfüllen.« Wenn 42 Tage Arrest weder die Gewissensentscheidung noch den Willen eines Totalverweigerers gebrochen haben, werden weitere 21 Tage Arrest ihn ebenfalls nicht dazu bringen, sich dem Militär unterzuordnen. Eine solche erneute Arrestierung ist ungesetzlich, weil sie ausschließlich Strafcharakter hat. Die ohnehin an Isolationshaft erinnernden Bedingungen des Arrestvollzugs in der Bundeswehr wurden bei Kai Steyer zunehmend verschärft. Obwohl der Briefverkehr nicht überwacht werden darf, erhielt er Briefe erst mit Verspätung ausgehändigt. Es wurde ihm angedroht, daß Briefe mit »wehrkraftzersetzenden Parolen oder Aufklebern« gar nicht bzw. erst nach Zensur ausgehändigt würden. Außerdem wurde ihm mitgeteilt, daß Briefe der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär allein auf Grund des Namens nicht mehr ausgehändigt werden. Angesichts der zunehmenden Kritik an der Wehrpflicht ist eine Arrestierungspraxis, wie sie im Fall Kai Steyers von der Bundeswehr geübt wurde, skandalös. Obwohl einerseits nicht mehr jeder Wehrpflichtige zum Wehrdienst einberufen wird, verfolgt die Bundeswehr andererseits totale Kriegsdienstverweigerer in unnachgiebiger Härte und mit rechtsbeugenden Maßnahmen.

Kai Steyer wurde am 3. September 2001 nach 64 Tagen Arrest entlassen. Am Morgen dieses Tages wurden von dem Bataillonskommandeur nochmals 21 Tage Arrest beantragt. Das Truppendienstgericht-Nord stimmte dem nicht mehr zu. Daraufhin wurde gegen Kai S. ein Dienstverbot ausgesprochen. Begründung: »Durch Ihre Anwesenheit gefährden Sie die militärische Ordnung und Sicherheit in der Kompanie.« Kai befindet sich seitdem in Freiheit und hat nun ein gerichtliches Verfahren zu erwarten.

Noch aus dem Arrest schrieb Kai an *illoyal*.

(Redaktion)

Kontakt zu Kai Steyer und der Gruppe »Non serviam!«

E-Mail:
non.serviam@gmx.de

Brief aus dem Bundeswehrarrest

Seit dem 2. Juli 2001 stehe ich in der Schwaneweder Weser-Geest-Kaserne unter Arrest. Ich hatte mich dazu entschlossen, den Kriegsdienst direkt in der Kaserne zu verweigern, um zu zeigen, daß es noch immer pazifistischen Widerstand gegen die Kriegstreiberei gibt. Nach einer kurzen Ratlosigkeit der Soldaten über diese Entscheidung folgte meine sofortige Arrestierung zur »Aufrechterhaltung der disziplinaren Ordnung«, damit ich keine Unruhe unter den neuen Soldaten stiften konnte.

Ich habe mich bewußt dazu entschlossen, jeden Kriegsdienst konsequent zu verweigern und die Bundeswehr damit direkt zu konfrontieren: als lebende Wehrzersetzung, als Zeichen, daß es möglich ist, sich dem Zwangsdienst zu widersetzen und eine bewußte Entscheidung gegen Gewalt, Hierarchien, Krieg und Unterdrückung zu fällen, obwohl ich wußte, daß die Bundeswehr mit Arrest und der Staat mit einem Strafverfahren darauf reagieren wird, als Zeichen des Protests und des Widerstands, als Pazifist wissend, daß Pazifismus strafbar ist. Weil ich Pazifist bin, lasse ich mich nicht militärisch verplanen, weder von der Bundeswehr als Wehrdienstleistender noch innerhalb eines »zivilen« Ersatzdienstes als billige Arbeitskraft, deren niedrige Kosten das Lohnniveau bei sozialen Berufen auf einen nicht haltbaren Stand nach unten drückt. Zivildienst dient in erster Linie der Aufrechterhaltung der Wehrpflicht, er dient dazu, eine angebliche Wehrgerechtigkeit zu erhalten, was aber schon heute sehr fragwürdig ist. Zivis tragen dazu bei, in der BRD das Zwangsdienstsystem als Ganzes und den Kriegsdienst im besonderen aufrechtzuerhalten. Der Zivildienst ist für mich als Pazifist deshalb abzulehnen. Des weiteren können Zivildienstleistende in einem »Verteidigungsfall« zu einem unbefristeten Dienst herangezogen werden, der direkt oder indirekt kriegsunterstützend wirken kann. Da wären z.B. Straßenbau, Verwaltung, Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, Lazarettdienst – Soldaten zusammenflicken, damit diese weiter töten können – etc. Zivildienst ist nicht nur kriegsunterstützend, sondern zum Teil auch unsozial (Lohndumping).

Aus diesen Gründen halte ich es für mich für zwingend notwendig, jeden Kriegsdienst konsequent zu verweigern. Deshalb sitze ich im Bundeswehrarrest.

Bundeswehrarrest bedeutet für mich konkret bisher 9 Wochen Einzelhaft in einer 7 Quadratmeter großen Zelle mit einer hochklappbaren Holzpritsche und Schaumstoffauflage, einem Tisch, einem Stuhl Waschbecken und Toilette im Raum. Kein warmes Wasser, kein Spiegel, keine Türklinke. Eine Stunde Ausgang pro Tag unter Bewachung auf dem Kasernengelände, in der ich mich um meine Körperhygiene – duschen, rasieren etc. – und telefonische Außenkontakte bemühe. Pro Woche wird mir eine Stunde Besuchsrecht gewährt. Das Fenster in der Zelle befindet sich in 1.80 m Höhe und gewährt mir etwa 30 mal 60 Zentimeter freien Ausblick von auf den Himmel. Die Zelle ist verdreckt und runtergekommen. Licht spendet mir eine an der Decke in Aluminium und Plexiglas eingesperrte Leuchtstoffröhre von morgens 5.30 bis 21.00 Uhr abends. Die Zellentür hat einen Sehschlitz, den die Wache aus Langeweile und unangekündigt zum Spannen nutzt. Privatsphäre gibt es keine. Den Tag verbringe ich isoliert in der Zelle, so daß kaum Gespräche möglich sind, nur zu den Mahlzeiten werde ich in die Kantine geführt, wo ich vereinzelt Smalltalk halten kann. 6.00 Uhr Frühstück, 11.30 Uhr Mittagessen, 16.15 Uhr Abendessen und zwischen 17 und 18 Uhr Ausgang. So sieht mein Alltag aus.

Bundeswehrarrest ist eine disziplinarische Maßnahme und soll dazu dienen, das schwarze Schaf zur Vernunft zu bringen. Dort im Arrest hätte ich Zeit, so der Kasernenkommandeur, mein Verhalten zu überprüfen und zur Besinnung zu kommen. Besinnung worauf? Darauf, daß Krieg Menschenleben zerstört, daß Kollateralschäden auch Menschenopfer beinhalten, daß Waffen dazu dienen zu töten, daß Deutschland eines der größten Waffenexportländer der Welt ist, daß deutsche Soldaten im Ausland wieder Krieg spielen dürfen. Das wußte ich schon vorher! Aber ist das bei Ihnen schon ins Bewußtsein gedrungen, Herr Kasernenkommandant?

An meinem Entschluß ändert diese Disziplinierung nichts, ich stehe zu meiner Gewissensentscheidung, und meine Kritik und Ablehnung haben sich gefestigt. Ich halte es für notwendiger denn je, sich der Kriegsmaschinerie Bundeswehr entgegenzustellen. Für Frieden und Freiheit, gegen Krieg und Unterdrückung.

Während meiner bisherigen Arrestzeit wurden mir von meinen »Vorgesetzten« immer wieder absurde Kompromisse vorgeschlagen und mir wurde indirekt gedroht, was noch alles an Strafen im Zivilen auf mich zukommen würde. Mein gesamtes Berufsleben würde ich mir verbauen. Ich könnte ja immer noch Zivildienst beantragen, ich brauchte keine Uniform zu tragen, ich wäre von der Waffe und den dazugehörigen Schulungen entbunden: psychischer Druck und Kompromisse. Jeder Kompromiß wäre für mich ein fauler Kompromiß, ich würde mich selbst belügen und mit der Kriegsmaschinerie Hand ihn Hand arbeiten.

Meine Gewissensentscheidung steht fest. Laßt euch nicht erzählen, daß Krieg Frieden schafft. Krieg ist, wenn Frieden nicht existiert. Kriege lösen nicht die eigentlichen Probleme, diese werden mit Gewalt unterdrückt und angestaut: Krieg schafft sogar noch mehr Probleme. Nach einem Krieg mag »Frieden« folgen, doch nur deshalb, weil der Stärkere den Schwächeren mit Gewalt dazu zwingt und unterdrückt.

29. August 2001

Kai Steyer

anzeige

Nachbereitungsreader zum Vernetzungstreffen der Abschiebehaftgruppen

06.04.-08.04.2001 in Leipzig

Inhalt:
Ergebnisse des Treffens
Referate
(Abschiebehaft in West- und Osteuropa/ Geschichte der Abschiebehaft)
Selbstdarstellungen der Abschiebehaftgruppen
Adressen/Literaturempfehlungen
Infos zur Kampagne gegen Abschiebehaft

Bestelladresse:
Flüchtlingsrat Leipzig e.V.
Projekt Vernetzung
Sternwartenstr. 4
04103 Leipzig
Tel. & Fax: 0341/25 77 242
ashg-lpz@gmx.de
www.abschiebehaft.de

Preis:
5,- DM (incl. Porto)
Rabatt auf Anfrage

www.abschiebehaft.de

Innenansichten
- Bike for Peace -

Verdun - Ramstein, 31. August-2. September 2001

Von Köln, Stuttgart, Saarbrücken, Ludwigshafen und Ulm, aus Holland, Deutschland und Frankreich reisten sie an und trafen sich auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges in Verdun. Ihr Ziel war das pfälzische Ramstein. Ihr Anlaß war der 1. September, der Antikriegstag, jener Tag, an dem 1939 der Zweite Weltkrieg begann. Ihr Fortbewegungsmittel: das Fahrrad.

Die internationale Initiative »Bike for Peace« hatte eine Friedenstour von Verdun zum Nato-Flughafen Ramstein, der größten militärischen Einrichtung der amerikanischen Streitkräfte außerhalb den USA, organisiert.

Die Radfahrer haben sich während der Reise mit der Friedensinitiative in Verdun, den Bürgermeistern von Fresne-en-Woevre, einer Frontstadt des 1. Weltkriegs, die damals stark zerstört wurde, und außerdem mit dem Bürgermeister von Gravelotte getroffen. Dort fand am 6. August 1870 eine Schlacht zwischen Deutschen und Franzosen statt. Am Abend des 1. September waren sie Gast der Gewerkschaftsjugend auf ihrer Veranstaltung zum Antikriegstag. Der Oberwürzbacher Ortsvorsteher Hermann Mischo begrüßt Bike for peace ebenso wie in Homburg Astrid Klug, SPD-Kandidatin zur Oberbürgermeisterwahl. In der Westpfalz ging es vorbei am Munitionsdepot Miesau nach Ramstein zur Flugtaggedenkstätte, wo die Friedensradfahrer mit Angehörigen und Opfern der Katastrophe während der NATO-Flugschau 1988 zusammentrafen.

»Warum macht ihr das?« Dazu sagt Mit-Initiator Konni Schmidt aus Kaiserslautern: »Ausgerechnet zum Antikriegstag sind Nato- und Bundeswehr-Soldaten in Mazedonien im Einsatz. Es handelt sich um die dritte langfristige Stationierung von Bundeswehr-Einheiten außerhalb unseres Landes. Wenn es um Militäreinsätze geht, sind uns keine Kosten zu hoch. Für wirkliche Friedensaktionen war noch nie so viel Geld da.« Volker Jung aus Saarbrücken ergänzt: »Fahrradfahren ist wie keine andere Aktion geeignet, den Menschen den Friedensgedanken näherzubringen.« Er ist ein begeisterter Fahrradfahrer, auch seine Frau und sein kleines Kind nehmen an der Tour teil. »Mit dem Rad kann man große Räume verbinden und kommt sehr leicht in Kontakt mit der Bevölkerung«, so Volker Jung.

Konni Schmidt informiert uns über das Anliegen von Bike for Peace. »Die Gruppe ist aus der Friedensbewegung der 80er Jahre hervorgegangen.« Damals hatten »Sportlerinnen und Sportler für den Frieden« eine Vielzahl von Veranstaltungen organisiert. Höhepunkt war die Friedensstafette Paris-Moskau im Jahre 1989. Viele bekannte Sportler unterstützten diese Initiative, Fahrradweltmeister Wladimir Kaminsky aus Minsk, der zweifache Marathon-Olympiasieger Waldemar Cierpinsky aus Halle, NOK-Mitglied und Ruder-Olympiasieger Horst Meyer, die Kugelstoßerin Helena Fibingerova. Insgesamt 120 Sportlerinnen und Sportler aus 10 europäischen Ländern waren dabei.

Viele Teilnehmer dieser Aktionen sind Freunde geblieben, und so sind über die Jahre viele Kontakte entstanden. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts waren die Fahrradfahrer für den Frieden als Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf verschiedenen Friedensstafetten von unterschiedlichen Organisationen unterwegs, beispielsweise mit der DFG-VK oder der DGB-Jugend.

1999 fuhr »Bike for peace« von Jugoslawien nach Wien. Das war kurz nach Ende des völkerrechtswidrigen Bombenangriffs auf Jugoslawien. Ein junger Mann aus Köln betont sein politisches Anliegen. »Jetzt erhält die Bundeswehr für den Mazedonieneinsatz zusätzlich 148 Millionen Mark und dazu 15 Millionen DM monatlich. Damit soll die Herausbildung kriegsführungsfähiger Einheiten beschleunigt werden. Sehenden Auges laufen die Regierenden in einen neuen gefährlichen Kampfeinsatz, die Militarisierung der Außenpolitik wird munter vorangetrieben. Da kann ich doch nicht einfach zu Hause sitzen bleiben. Da muß ich was machen,« so der Kriegsdienstgegner. »Dabei,« so ein weiterer Radfahrer aus Stuttgart, »hat sich die Bundesrepublik in den EU-Einsatzkräften mit 18.000 von 60.000 Mann einen großen Einfluß auf diese Truppe gesichert.« Er befürchtet, daß »deutsche Interessen« künftig zunehmend über die Militarisierung der EU wahrgenommen werden. Konni Schmidt schaut auf die Uhr, die Gruppe muß weiter, sonst kommen sie aus dem Zeitplan. »Wissen Sie,« sagt er, »62 Jahre nach der Entfesselung des bis dahin größten und verbrecherischsten Krieges in der Geschichte der Menschheit werden mitten in Europa und unter maßgeblicher Beteiligung unseres Landes Kriege angezettelt und geführt, Landkarten verändert und Staaten zerschlagen oder neu errichtet, und es werden militärische Vorkehrungen getroffen, sogenannte deutsche oder europäische Interessen global durchzusetzen. Das macht mir und meiner Familie Angst.«

Bike for peace will weitermachen. Nächstes Jahr steht eine Tour von Straßburg nach Brussel an, die man gemeinsam mit Mitgliedern der DFG-VK organisieren will. Auch eine zweite Tour, diesmal in die andere Richtung, Ramstein-Verdun, soll es um den 1. September geben. Die geknüpften Kontakte zur Initiative der Ramstein-Opfer sollen intensiviert werden. »Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit,

Kontakt

www.bike-for-peace.de

Foto: Bike for Peace

nach den Katastrophen reden alle Politiker von unbürokratischer Hilfe, aber wahr ist, daß die Ramstein-Opfer noch keinen Pfennig Entschädigung bekommen haben. 2005 wollen wir einen großen Traum realisieren. Von Banska Bystrica in der Slowakei bis nach Paris fahren wir mit dem Fahrrad, dann durch Kanada und die USA, schließlich von Tokyo nach Hiroshima. Gemeinsam mit den Atombombenopfern wollen wir 2005 des 60. Jahrestages des ersten Atombombenabwurfes gedenken.«

Michael Quetting, Konni Schmidt

Eindrücke von der Friedensfahrradtour Verdun - Ramstein

Auf dieser Strecke gibt es zahlreiche Stätten, die uns das Grauen und die Unmenschlichkeit von Kriegen und der gewaltsamen Austragung von Konflikten eindringlich vor Augen geführt haben: die Schlachtfelder von Verdun, auf denen im 1. Weltkrieg rund eine Million Soldaten getötet wurden; Gravelotte, wo im deutsch-französischen Krieg eine Schlacht stattfand; Saarbrücken, wo von 1943-1944 das KZ »Neue Bremm« von SS und Gestapo betrieben wurde.

Die Motivation für unsere Tour war: Solche Grausamkeiten darf es in einer menschlichen Zukunft nicht geben! Mit unserer Radfahrt demonstrieren wir für ein aktives Eintreten für eine menschliche, gewaltfreie Zukunft für alle Menschen. Leider geht der Trend derzeit nicht in diese Richtung: Die Politik der mächtigsten Länder der Welt setzt zur Lösung von Konflikten zunehmend auf die militärische Karte. Traurige Höhepunkte dieser Entwicklung sind: die Selbstmandatierung der NATO zum Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, der Krieg Rußlands gegen Tschetschenien. Es gibt etwa 50 »vergessene« Kriege in aller Welt. Und allzu oft wird der Einsatz militärisch organisierter Gewalt mit dem Scheinargument »Wir können dem doch nicht tatenlos zusehen« gerechtfertigt.

Dem halten wir entgegen: Friedlichkeit ist nicht Tatenlosigkeit! Und: Gewalt beginnt nicht erst mit dem Krieg. Sie beginnt bereits mit der Rüstung und der einseitigen Vorbereitung zur Reaktion auf Krisen und Konflikte mit gewaltsamen Mitteln. Der Rüstungsetat beträgt das 1000-fache des Etats für zivile Konfliktbearbeitung.

Luzie und Jan von der Kölner Friedensinitiative PaxAn

Verdun mit seinen Gräberfeldern, die Gedenksteine und Mahnmale am Streckenverlauf brachten die vergangenen Kriege in Erinnerung. Heute leben die Menschen in dieser Region friedlich nebeneinander und miteinander. Wenn damals die Kriege möglich waren, weil die Kriegsursachen, die Wirtschafts- und Profitinteressen der Kriegsgewinnler nicht bewußt waren, ist die Kriegsgefahr heutzutage geringer? Der Kurs unserer Tour führte uns zu den neuen Orten neuer Kriegsbedrohungen, zu den Waffenarsenalen und Stützpunkten der NATO-Kriegsmaschinerie, so zum Beispiel zum US-Waffendepot Miesau, wo Tausende Bomben, darunter auch Atomwaffen gelagert sind.

In Ramstein gedachten wir ergriffen der Opfer der US-Militärflugschau von 1988. Rüstung tötet auch schon im Frieden. Die Begegnung mit einigen Angehörigen der Opfer und mit Verletzten hat uns erkennen lassen, wie sehr Menschen körperlich und psychisch leiden, denen die Kriegswaffen geliebte Menschen entrissen haben.

Hans Bernhard, Herbrechtingen bei Ulm

anzeige

antimilitarismus Information

USA auf Konfrontationskurs

6/01 ami

Die Aktualität des ABM-Vertrages US-Rüstungsexporte an Taiwan Der amerikanische Krieg in Kolumbien Gesetzentwurf von CDU/CSU zu Bannmeile und Versammlungsrecht Totale Kriegsdienstverweigerung und der K(r)ampf der Gerichte Wehrpflicht vor dem Aus uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 12 Normal- und Themenhefte DM 60.-; Ausland: DM 80.-; Normalheft DM 5,- Themenheft DM 6.- (+Porto). ***Probeheft grati***
Bezug: Verein für friedenspolitische Publiz stik e.V. Kurfürstenstr. 14,
10785 Berlin, Fon/Fax: ++30-25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de
http://www.antimilitarismus-information.de

»Wir bleiben wachsam«
Antimilitaristische Arbeit in Südfrankreich

Foto: COT

Das COT, das Kollektiv von Kriegsdienstverweigerinnen und -verweigerern in der Region des Tarn, ist eine lokale antimilitaristische Organisation im Süden Frankreichs, in der Nähe der Stadt Toulouse, die vor mehr als 20 Jahren gegründet wurde und sich mit verschiedenen Fragestellungen zur Wehrpflicht (Nationaldienst), aber auch mit Fragen allgemeinerer Art, wie der Militarisierung der Gesellschaft, befaßt.

Das COT gibt seit 1978 Informationen für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen heraus und hat diejenigen unterstützt, die sich dem Nationaldienst widersetzt haben, Totalverweigerer und Deserteure. In Frankreich läuft die Wehrpflicht aus und wird im Jahr 2002 definitiv abgeschafft sein, so daß diese Aktivitäten dann enden. Aber unser Tätigkeitsfeld ist hiermit nicht ausgeschöpft; das COT arbeitet selbstverständlich auch zu anderen Problemfeldern: Die Wehrpflicht ist abgeschafft, die Militarisierung geht weiter.

Das COT hat 1990/92 gegen den Golfkrieg gekämpft, hat sich gegen das Blutvergießen gewandt und ein täglich aktualisiertes Infotelefon eingerichtet, ein Bulletin mit dem Titel »Krieg... Nein!«, in dem Informationen über Aktionen gegen den Krieg zusammengestellt und in ganz Frankreich weiterverbreitet wurden.
Während des Krieges in Jugoslawien haben wir Konferenzen organisiert, konnten aber den Deserteuren aus Ex-Jugoslawien lediglich Unterstützung anbieten. Das COT hat außerdem zu dem Kollektiv »Tschetschenien-Südfrankreich/Pyrenäen« Verbindung aufgenommen, das sich gegen das Massaker durch die russische Armee an der tschetschenischen Bevölkerung wendet. Darüber hinaus hat COT aus dem Kosovo vertriebene Familien unterstützt, die in Frankreich nicht als politische Flüchtlinge anerkannt sind. Vor zwei Jahren hat das COT eine lokale Plakataktion durchgeführt, die sich gegen den Krieg der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung richtet. Frankreich verkauft auch der türkischen Armee Waffen. Wir bleiben immer wachsam gegenüber bereits existierenden oder künftig aufkommenden Konflikten und versuchen, im Hinblick auf eine gewaltfreie Lösung der Konflikte zu informieren und zu handeln. Wir arbeiten zu aktuellen Themen, die uns empören, wie z.B. die Politik Frankreichs in Afrika, und auch zum Thema des Asylrechts für politische Flüchtlinge.
Darüber hinaus arbeiten wir mit der ATTAC-Bewegung zusammen, die Widerstand gegen die weltweite Verbreitung des Kapitalismus leistet und deren Losung lautet: »Die Welt ist keine Handelsware!«

Unsere hauptsächlichen Aktivitäten richten sich heute gegen die Rüstungsmärkte. Frankreich belegt auf der internationalen Skala der rüstungsproduzierenden Länder den dritten Rang.
Medienwirksame Aktionen gegen die Rüstungsmessen sind wichtig, damit wir nicht erst einen Krieg brauchen, um uns zu erinnern, daß Waffen auch benutzt werden. Wir haben z.B. vor dem Haupttor der Rüstungsmesse Eurosatory 2000, der internationalen Ausstellung für Heerestechnik, demonstriert und werden auch zum nächsten Termin 2002 vor Ort sein. Diese Messe ist eine der weltweit größten und versammelt Aussteller und Käufer aus aller Herren Länder. Wir arbeiten in einem Netzwerk an diesen Aktionen und haben das Kollektiv »Eurosatory muß schließen« gegründet. Wir haben dem Verteidigungsministerium eine Petition übergeben und verteilen Broschüren, die den unmoralischen Waffenhandel anprangern. Des weiteren haben wir im Juni 2000 die Räume von Lagardère, einem wichtigen Waffenproduzenten, der zugleich auch ein Pressekonzern ist, in Paris besetzt und am Eingang der Messe eine Fahne als Zeichen der Trauer auf Halbmast gesetzt.
Im Juni 2001 waren wir wieder beim Aerosalon Le Bourget, dem Schaufenster der Rüstungsindustrie in Frankreich. Dort haben wir uns an den Helikopter »Tiger« des Eurocopter/EADS-Konzerns, eines deutsch-französischen Konzerns mit Lagardêre-Beteiligung, angekettet und Transparente ausgerollt mit dem Text »Waffenverkäufe ... es reicht!« (Foto) Die Gruppe, die für diese direkte und gewaltfreie Aktion gegründet wurde, trägt diesen Namen. »Politis« und »Charlie-Hebdo«, zwei französische Wochenzeitungen, haben über unsere Aktion berichtet.

Unsere alleinigen »Einkünfte« erzielen wir aus den Einnahmen des jährlich stattfindenden antimilitaristischen Festes. Selbstverständlich ist hier jeder freiwillig.

Julien Maliet
Übersetzung: Ulla Menzel

Kontakt

Mehr Informationen zum Kollektiv »Eurosatory muß schließen« und/oder zur Petition 2002 gibt es im Internet unter: www.fermons-eurosatory.com
Gruppen außerhalb Frankreichs haben sich dem Kollektiv bereits angeschlossen, z.B. CAAT-England.

Internet: www.cot81.com
Wer uns schreiben möchte, tut dies am besten in englischer oder französischer Sprache.
E-Mail: courrier@cot81.com

COT
BP 229
F – 81 006 ALBI
France
Tel : +33 5 63 38 39 55

Innenansichten
- Kampagne Potsdam -

»Wir kriegen sie alle« – irgendwann

Anfang Februar 2000 wollten einige Mitglieder und Sympathisanten der Potsdamer Kampagne mit einer spontanen Flugblattaktion vor der Geltower Tresckow-Kaserne die herausströmenden Rekruten vom Sinn einer Kriegsdienstverweigerung überzeugen (*illoyal* Nr. 11). Die Staatsanwaltschaft Potsdam indes, nicht müßig, versucht nun, die Beteiligten mit dem Vorwurf des Hausfriedensbruches, begangen an eben jener Kaserne, ihrer gerechten Strafe für diese unerhörte Tat zuzuführen. Es ist uns gelungen, das Tagebuch des verantwortlichen Staatsanwaltes zu beschaffen, ein Meisterstück des investigativen Journalismus, welches wir hier nun in Auszügen unserer Leserschaft zugänglich machen wollen.

»Wo sind diese Straftäter nicht schon überall gewesen, vor welchen Kasernen haben sie nicht schon gelungert, welche Tore haben sie nicht schon blokkiert, an welchem Kasernentor haben sie nicht schon gerüttelt, eines ging sogar mal auf, ja wie oft haben sie eigentlich schon vor diesem Tor krakeelt? Und was ist passiert – nichts! Kein Wunder, daß die immer noch weitermachen!
Aber diesmal haben sie sich verrechnet, jetzt ist Schluß, ein für allemal. Diesmal sind sie endgültig dran, die werden wir so fertig machen...
Was diese Verbrecher nicht wissen, sie haben Kasernengelände betreten! Ohne Erlaubnis! Das ist HAUSFRIEDENSBRUCH!
Das Kasernengelände beginnt nämlich gar nicht am Kasernentor, nein, es beginnt weit vor dem Tor der Kaserne, genau am Straßenrand.
Das ist ganz deutlich gekennzeichnet, mit zwei! Schildern nämlich.
Jetzt ist es vorbei, wir kriegen sie alle.

16.01.2001 Angeklagter I
Freispruch und das gleich beim ersten Prozeß, was denken die beim Amtsgericht sich eigentlich?
Berufung, jawohl.
Naja, der Hauptbelastungszeuge, der ehemalige Kasernenkommandant Leinebach war ja auch schlecht, konnte sich an die Vorgänge nur noch bruchstückhaft erinnern, na, und die anderen erst, hatten nichts gesehen und eigentlich auch nichts gehört.

27.02.2001 Angeklagter II
Freispruch, schon wieder, dabei war der Leinebach sich diesmal an jedes Papierfetzchen und an den Beklagten persönlich ganz genau erinnerte, die ganze schöne Vorbereitung... So geht das nicht, Berufung.

09.07.2001 Angeklagter I
Was ist bloß los, Freispruch vor dem Landgericht, das kann, darf nicht sein, da läuft was falsch, Revision!

10.07 2001 Angeklagte III, IV, V, VI
Wieso wurden die vier freigesprochen? Der Leinebach war gut, er glänzte diesmal geradezu mit seinem Detailwissen. Doch es hat wieder nicht gereicht, alle Beklagten wurden von den Vorwürfen wegen Hausfriedensbruch freigeprochen.
Naja, wenigstens für das abgerissenen Korpsschild haben wir sie gekriegt, beim Rütteln des Kasernentores abgefallen, halten die uns für blöd??
Und beim Hausfriedensbruch werden wir ja sehen, Berufung!

10.08.2001 Angeklagter VII
Die Zeugen werden immer teurer, müssen die Kameraden von der Bundeswehr die auch sonstwohin schicken? Die haben auch irgendwie keine Lust mehr, bis auf Herrn Leinebach, famos dieser Mensch, erinnert sich an einfach alles, was man braucht. Warum verurteilt dieses Amtsgericht bloß nicht?
Egal, Berufung!

10.09.2001 Angeklagter II
Zehn Minuten, zehn Minuten und dann wird dieser Kerl freigesprochen, diese liberalen Spinner, überall machen sie sich breit, jetzt sogar schon am Landgericht, das geht so nicht, ich kämpfe und wenn es das Letzte ist, was ich tue, REVISION...«

In die Staatsanwaltschaft fühlte sich ein:
Oliver Solms.

Kontakt

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Potsdam
Lindenstr. 53
14467 Potsdam

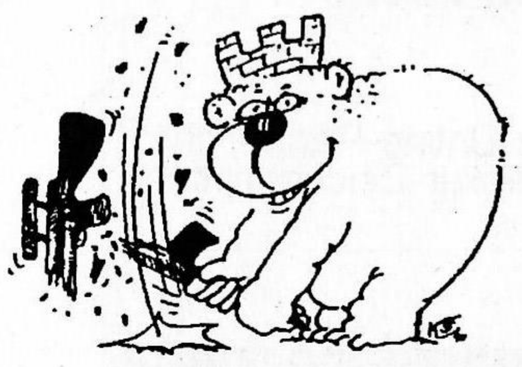
Tel. 03 31 / 2 80 50 83
E-Mail:
potsdam@kampagne.de

anzeige
dataspace
datenbank linksradikaler publikationen
"you can't know everything – but you can find it..."
thematische Online-Recherche von Artikeln linker Zeitschriften
www.nadir.org/dataspace

Jeder hat ein Recht auf Akteneinsicht

Über jeden Wehrpflichtigen führt das zuständige Kreiswehrersatzamt (KWEA) eine Akte, in der alle Vorgänge und Schriftwechsel gesammelt werden. Es gibt gute Gründe dafür, einmal einen Blick in seine Personalakte beim KWEA oder beim Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) zu werfen. Einerseits, um selbst zu prüfen, ob oder wann die Behörden beabsichtigen, einen zur Ableistung der Wehrpflicht einzuberufen, andererseits, um eventuelle Schlupflöcher zu finden, die noch vor dem Dienst schützen. In diesem Zusammenhang kann es immer wieder zu Problemen mit den Behörden kommen, denn diese versuchen, die Akteneinsicht zu verweigern oder zu erschweren.

Das Recht auf Akteneinsicht leitet sich aus dem Verwaltungsverfahrensgesetz ab (§ 29 Akteneinsicht durch Beteiligte). Die Behörde hat den Beteiligten eines Verfahrens Einsicht in die das Verfahren betreffenden Akten zu gestatten, soweit deren Kenntnis zur Geltendmachung oder Verteidigung ihrer rechtlichen Interessen erforderlich ist. In § 25 Abs. 6 Wehrpflichtgesetz (WpflG) wird dieses Recht konkretisiert.
Das Recht auf Akteneinsicht bezieht sich auf die vollständige Akte. Das bedeutet, daß man innerhalb der Akte alle Vorgänge finden müßte, die einen betreffen. Darunter befinden sich auch solche, die dem Wehrpflichtigen normalerweise nicht bekanntgegeben werden, jedoch den Sachbearbeitern bei der Bearbeitung dienen. Ebenso kann man Einsicht in Verfahren nehmen, die noch nicht abgeschlossen sind, und damit vielleicht deren weiteren Verlauf beeinflussen. Die Akteneinsicht ist unabhängig von einem bestimmten Anlaß zu gewähren. Dieses Recht ist jedoch bis zum Erlaß des Musterungsbescheides eingeschränkt, da laut Kommentar des Wehrpflichtgesetzes eine Einsicht in die Akte vor einem Musterungsbescheid wenig hergibt. Bevor man gemustert worden ist, wird demnach die Einsicht in die Akte verwehrt. In manchen Fällen kann es aber doch wichtig sein, bereits vor der Musterung die Akte einzusehen; in diesen Fällen muß man die Dringlichkeit speziell erklären und sein Recht gegebenenfalls erkämpfen.



Akteneinsicht bietet sich besonders an:
- in bezug auf das Musterungsverfahren; z.B. um zu prüfen, inwiefern der bei der Musterung gewürdigte Sachverhalt im beabsichtigten isolierten Zurückstellungsverfahren noch vorgetragen werden kann,
- in bezug auf die ärztliche Untersuchung; dabei sollte (laut Wehrpflichtkommentar) eine Person des ärztlichen Dienstes zur Aktenerklärung bereitgestellt werden,
- im Einberufungsverfahren, wenn der Einberufungsbescheid ergangen ist,
- zur Prüfung, ob ein Widerspruch sinnvoll ist,
- beim Kriegsdienstverweigerungsverfahren.

Manchmal ist es nicht sinnvoll, daß ein Wehrpflichtiger selbst zum KWEA geht, um dort Akteneinsicht zu nehmen. Dann haben andere Personen die Möglichkeit auf Akteneinsicht, müssen aber vom Betroffenen dazu bevollmächtigt werden. Auch Hinterbliebene von Wehrpflichtigen haben ein Recht auf Akteneinsicht, zum Beispiel wenn sie Rechtsansprüche wegen einer Rentenauszahlung, geltend machen möchten.
Grundsätzlich ist es möglich, sich die Akte oder Auszüge daraus kopieren zu lassen. Für diesen Zweck ist es ratsam, eine passende Erklärung parat zu haben, warum man die Kopien benötigt (z.B. Verlust der Originalunterlagen).

Die Akte wird nach Ableistung des Wehr- oder Zivildienstes und nach Ende der Wehrüberwachung (32. Geburtstag) weiter aufbewahrt und zwar bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem
- Ungediente und Mannschaften, die keine Berufs- und Zeitsoldaten sind oder waren, das 45. Lebensjahr erreichen (gilt auch für Zivildienstleistende),
- Offiziere und Unteroffiziere das 60. Lebensjahr vollenden,
- Berufssoldaten das 65. Lebensjahr vollenden.
Nicht berücksichtigt wird dabei, daß im Verteidigungsfall bei Mannschaften und Zivis die Wehrpflicht mit dem 31. Dezember des Jahres endet, in dem sie 60. Jahre alt geworden sind.

Die Personalakten anerkannter Kriegsdienstverweigerer muß das KWEA nach Erlangen der Rechtskraft der Anerkennung mit der Anerkennungsentscheidung dem BAZ übersenden. Die Akten über das Anerkennungsverfahren müssen vom KWEA spätestens sechs Monate nach Rechtskraft des Anerkennungsbescheides vernichtet werden. Die Akten über das Anerkennungsverfahren von Wehrpflichtigen, die als KDVer abgelehnt wurden, oder die ihren Antrag zurückgenommen haben, müssen beim KWEA in einem geschlossenen Umschlag getrennt von den Personalakten aufbewahrt werden.

Michael Behrendt

Service

In Anbetracht eines angekündigten Vergeltungsschlags der USA auf Territorien andere Staaten und einer möglichen Nato-Beteiligung weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß aktuelle Termine der Friedensbewegung abzurufen sind unter:
WWW.FRIEDENSKOOPERATIVE.DE

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin
Tel. 0 30 / 44 01 30-0 · Fax 0 30 / 44 01 30-29
E-Mail: info@kampagne.de · www.kampagne.de
Überblicksveranstaltung: dienstags 17.30
Information für Doppelstaater, Deserteure, Totalverweigerer, Soldaten, Reservisten und alle anderen Wehrpflichtigen: nach Vereinbarung
Aktuelle Fragestunde: freitags 17.30
Vorbereitung auf die mündliche KDV-Anhörung: freitags 16.30 (Bitte anmelden!)

Adressen

Es gibt bundesweit zahlreiche Anlaufstellen. Wer eine aktuelle Adresse sucht, wende sich bitte an die Berliner Kampagne. Dort wird gern Kontakt vermittelt zu: Kampagnen und Beratungsstellen bundesweit, TKDV-Anlaufstellen, Rechtshilfefonds, Schwulen Kriegsdienstgegnern und Zivildienstberatung.

Bücher und Broschüren

anti wehrpflicht broschüre *von Michael Behrendt und Matthias Mücke, Standard-Ratgeber für alle Fragen der Wehrpflicht, herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Neuauflage erscheint 2001.*

Nix wie raus – Kriegsdienstverweigerung für Soldaten und Reservisten *von Michael Behrendt, Klaus Dieter Meyer, Ralf Siemens, Herausgeber und Verlag Mit und gegen die Wehrpflicht, Berlin 2000, 64 S. DM 4,00*

Totalverweigerung – eine Streitschrift für die Totale Kriegsdienstverweigerung *von Christian Herz herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, 5. Auflage, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 1995, 227 S., DM 13,00*

Askerligi Reddedelim – Kriegsdienste verweigern! Ratgeber für türkische Staatsangehörige und für deutsch-türkische Doppelstaater *von Christian Herz und Mustafa Ünalan, zweisprachig türkisch-deutsch, herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 52 S., DM 3,00*

Auf keinen Fall zum Bund! *Gespräche mit ratsuchenden Wehrpflichtigen, Redaktion: Ulrich Hesse Herausgabe, Verlag und Vertrieb: Mit uns gegen die Wehrpflicht, Berlin 1998, 50 S., DM 4,00*

Termine

19.10.2001 - 21.10.2001 Berlin
Kongreß der internationalen Attac-Bewegung »Eine andere Welt ist möglich – Globalisierung ist kein Schicksal ...«
Technische Fachhochschule, Luxemburger Str. 10
Attac-Kongreßkoordination: Berlin c/o BLUE 21,
Tel.: 030/6946101 · E-Mail: info@attac-netzwerk.de

19.10.2001 - 21.10.2001 Hamburg
Bundestreffen der TKDV
»Just«, Justus-Strandes-Weg 14 (HH-Ohlsdorf)
Kontakt: desertoere@gmx.de

26.10.2001 – 28.10.2001 Bonn
Tagung »Frauen und Friedensarbeit in West- und Mittelosteuropa – Gestaltung eines zukünftigen europäischen Netzwerks«, Andreas-Hermes-Akademie, In der Wehrhecke 1 (Bonn-Röttgen)
Kontakt: Frauennetzwerk für Frieden,
Tel.: 0228/623835 · Fax: 0228/626780
E-Mail: fn.frieden@t-online.de

Montag, 29.10.2001 Marburg
»Die amerikanischenRaketenabwehrpläne – eine Gefährdung der internationalen Sicherheit« mit Bernd W. Kubbig (HSFK), 18.30-20 Uhr, Hörsaalgebäude der Universität (Biegenstraße), Raum HG 116, Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg, Kontakt: Uni Marburg, Johannes M. Becker, Tel.: 06421/32517

02.11.2001 Münster
13. ordentlicher Bundeskongreß DFG-VK »Schritte zur Abrüstung – jetzt!«. Beginn: 19 Uhr. Ort: Jugendgästehaus am Aasee. Kontakt: DFG-VK Bundesgeschäftsstelle, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert,
Tel.: 02051-4217 · E-Mail: info@dfg-vk.de

13.11.2001 Köln
Diskussionsveranstaltung »Krieg im Weltraum«
Regina Hagen (INESAP, Darmstadt), 20 Uhr im Friedensbildungswerk Köln, Am Rinkenpfuhl 31
Kontakt: Friedensbildungswerk Köln, Am Rinkenpfuhl 31, 50676 Köln · Tel.: 0221/9521945

28.11.2001 – 13.01.2002 Berlin
Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944« (überarbeitete Version), Kunst-Werke Berlin (KW), Auguststraße 69,
E-mail: presse@kw-berlin.de, Kontakt: Hamburger Institut für Sozialforschung, E-Mail:presse@his-online.de

Absender: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. ·
Kopenhagener Str. 71 • 10437 Berlin
Postvertriebsstück • Entgelt bezahlt • VKZ: A 45596

Kampagne gegen Wehrpflicht
Infoladen Conne Island
Koburger Str. 3

04277 Leipzig (Connewitz)

3

Im Namen der Namen

Ein Kaukasier, zum Beispiel,
der seine Heimat
bewaffnet zum eigenen Staat machen will, ist
ein Freiheitskämpfer.

Ein Bosnier,
der desgleichen tut, ist gar
ein Held.

Ein Ire,
hinwieder, im nämlichen Fall, ist
ein Terrorist.

Ganz wie ein Baske, ein Korse,
ein Katalane
oder

ein Palästinenser,
lang ehe er schließlich
Fundamentalist heißt.

Ein Kurde gar, und sei er
wo immer, ist schlechthin wohl
Abschaum.

Die freie Welt
bietet nun eben
die freie Wortwahl auch für ihr
Taufregister.

Namenlos
bleibt nur
das Leid.

Arthur West
1995

EIGENTUMSVORBEHALT:
Diese Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.
ISSN 1434-2871